

**Solvabilität
und Finanzlage**
Öffentliche
Lebensversicherung
Braunschweig

Berichtsjahr
2023



Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	4
Zusammenfassung	6
A. Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis	9
A.1 Geschäftstätigkeit	9
A.2 Versicherungstechnisches Ergebnis	11
A.3 Anlageergebnis	11
A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten	13
A.5 Sonstige Angaben	13
B. Governance-System	14
B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System	14
B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit	19
B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung	23
B.4 Internes Kontrollsystem	27
B.5 Funktion der Internen Revision	29
B.6 Versicherungsmathematische Funktion	30
B.7 Outsourcing	31
B.8 Sonstige Angaben	32
C. Risikoprofil	33
C.1 Versicherungstechnisches Risiko	34
C.2 Marktrisiko	37
C.3 Kreditrisiko	43
C.4 Liquiditätsrisiko	44
C.5 Operationelles Risiko	45
C.6 Andere wesentliche Risiken	47
C.7 Sonstige Angaben	48
D. Bewertung für Solvabilitätszwecke	49
D.1 Vermögenswerte	49
D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen	56
D.3 Sonstige Verbindlichkeiten	60
D.4 Alternative Bewertungsmethoden	65
D.5 Sonstige Angaben	65
E. Kapitalmanagement	66
E.1 Eigenmittel	66
E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung	69
E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung	70
E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen	70

E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung	71
E.6 Sonstige Angaben	71
Glossar	72
Anhang	76

Abkürzungsverzeichnis

ALM	Asset Liability Management
Art.	Artikel
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BCM	Business Continuity Management
BSCR	Basis Solvency Capital Requirement
CMS	Compliance-Management-System
CoC	Costs of Capital
COSO-Standards	Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission
CSR	Corporate Social Responsibility
CSRD	Corporate Sustainability Reporting Directive
DAV	Deutsche Aktuarvereinigung
DIIR	Deutsches Institut für Interne Revision e.V
DORA	Digital Operational Resilience Act
DVO	Delegierte Verordnung
EIOPA	European Insurance and Occupational Pensions Authority
EMU	European Monetary Union
EPIFP	Expected Profits In Future Premiums
ESG	Environment, Social, Governance
FM	Facility Management
GDV	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GSB	Gesamtsolvabilitätsbedarf
HGB	Handelsgesetzbuch
IAS	International Accounting Standards
IFRS	International Financial Reporting Standards
IIA	Institute of Internal Auditors
IKS	Internes Kontrollsystem
IT	Informationstechnologie
LoB	Line of Business
LTG	Long Term Guarantees (Langfristige Garantien)
MaGo	Mindestanforderungen an die Geschäftsorganisation
MCR	Minimum Capital Requirement (Mindestkapitalanforderung)
NGFS	Network for Greening the Financial System
NORD/LB	Norddeutsche Landesbank Girozentrale
NÖVersG	Gesetz über die öffentlich-rechtlichen Versicherungsunternehmen in Niedersachsen
NPersVG	Niedersächsisches Personalvertretungsgesetz
ORSA	Own Risk and Solvency Assessment
REIT	Real Estate Investment Trust
RfB	Rückstellung für Beitragsrückerstattung
Rst.	Rückstellungen
RT	Rückstellungstransitional
SAA	Strategische Asset Allocation
saG	Selbst abgeschlossenes Geschäft
SCR	Solvency Capital Requirement (Solvenzkapitalanforderung)
SFCR	Solvency and Financial Condition Report
SÜAF	Schlussüberschussanteilsfonds
SVN	Sparkassenverband Niedersachsen
TEUR	Tausend Euro
TW	Tarifwerk
VA	Volatility Adjustment (Volatilitätsanpassung)

VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
VAIT	Versicherungsaufsichtliche Anforderungen an die IT
VMF	Versicherungsmathematische Funktion
VöV	Verband öffentlicher Versicherer
Vt.	versicherungstechnisch

Zusammenfassung

Der Solvency and Financial Condition Report (SFCR) ist Teil des Berichtswesens unter Solvency II und dient der Offenlegung von quantitativen und qualitativen Informationen über das Unternehmen. Der SFCR-Bericht wird jährlich von der Öffentlichen Lebensversicherung Braunschweig zum Bilanzstichtag 31.12. erstellt. Die Struktur und die Inhalte des Berichts folgen den aufsichtsrechtlichen Vorgaben gemäß Anhang XX der Delegierten Verordnung (DVO) und werden durch die Regelungen des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG), die Leitlinien über die Berichterstattung und die Veröffentlichung von der European Insurance and Occupational Pensions Authority (EIOPA) und durch die Hinweise zum Berichtswesen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) ergänzt.

Kennzahlen der Öffentlichen Lebensversicherung (Stand 31.12.2023)

Solvabilitätsübersicht

Vermögenswerte	1.970.058 TEUR
Versicherungstechnische Rückstellungen	1.634.048 TEUR
Verbindlichkeiten	1.766.248 TEUR
Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten	203.810 TEUR

Anrechenbare Eigenmittel

Tier 1 Basiseigenmittel	254.677 TEUR
Tier 2 Basiseigenmittel	5.499 TEUR
Tier 3 Basiseigenmittel	0 TEUR
Anrechenbare Eigenmittel (SCR)	260.176 TEUR

Kapitalanforderungen und Bedeckungsquoten

Solvenzkapitalanforderung	60.686 TEUR
Mindestkapitalanforderung	27.309 TEUR
Anrechenbare Eigenmittel im Verhältnis zum SCR	429 %
Anrechenbare Eigenmittel im Verhältnis zum MCR	953 %

Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis

Die Öffentliche Lebensversicherung ist ein regionales Versicherungsunternehmen, dessen Geschäftsgebiet sich auf das ehemalige Herzogtum Braunschweig bezieht. In ihrem Geschäftsgebiet betreibt die Öffentliche Lebensversicherung alle wesentlichen Sparten im Bereich der Lebensversicherung. Darüber hinaus zeichnet sich das Unternehmen insbesondere durch einen guten Service aus, der sich in ihrem dominierenden Filialnetz widerspiegelt.

Mit der Unternehmensstrategie geht die Öffentliche Lebensversicherung die Stärkung der Wirtschaftlichkeit weiterhin konsequent und umfassend an. Der daraus entstandene Maßnahmenkatalog ist die Antwort auf die Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft. Viele dieser Maßnahmen werden im Verlauf der kommenden Jahre weiter umgesetzt, um die durch die Strategie vorgegebenen Ziele zu erreichen.

Die Prämieinnahmen der Verträge mit Überschussbeteiligung sowie der fondsgebundenen Versicherungen haben sich insbesondere aufgrund des gesunkenen Einmalbeitragsgeschäfts im Vergleich zum Vorjahr verringert. Das Anlageergebnis ist im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen. Wesentliche Treiber dafür waren die Erträge aus Festzinsanlagen und Fondsausschüttungen.

Governance-System

Das durch den Vorstand der Öffentlichen Lebensversicherung eingerichtete Governance-System sorgt für die Einhaltung der Gesetze, Verordnungen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen und soll somit eine solide und umsichtige Leitung und

Kontrolle des Unternehmens gemäß § 23 VAG unterstützen. Das Governance-System besteht aus vier Schlüsselfunktionen (Risikomanagementfunktion, Compliance-Funktion, Versicherungsmathematische Funktion und der Funktion der Internen Revision). Es wird durch Vorgaben zum Outsourcing und durch ein etabliertes Internes Kontrollsystem (IKS) ergänzt. Im Rahmen der regelmäßigen Angemessenheitsüberprüfung des Governance-Systems wurde bestätigt, dass das Governance-System der Öffentlichen Lebensversicherung angemessen eingerichtet und die Geschäftsorganisation wirksam, ordnungsgemäß und der Art, dem Umfang und der Komplexität der Tätigkeiten angemessen ist.

Der Vorstand der Öffentlichen Lebensversicherung setzte sich zum 31.12.2023 aus den drei Vorstandsmitgliedern Marc Knackstedt (Vorsitzender des Vorstandes), Nina Hajetschek und Dr. Alexander Tourneau (ordentliche Vorstandsmitglieder) zusammen.

Risikoprofil

Das Risikoprofil der Öffentlichen Lebensversicherung ergibt sich insbesondere aus versicherungstechnischen Risiken, Risiken aus der Kapitalanlage und operationellen Risiken. Darüber hinaus können zusätzlich Reputationsrisiken und strategische Risiken entstehen.

Versicherungstechnische Risiken ergeben sich für die Öffentliche Lebensversicherung aus den Geschäften mit klassischen Risikoversicherungen, kapitalbildenden Versicherungen und Rentenversicherungen. Zunehmende Bedeutung erlangen die Berufsunfähigkeitsversicherung, die betriebliche Altersversorgung, die Rentenversicherung gegen Einmalbeitrag sowie fondsgebundene und kapitaleffiziente Rentenversicherungen. Diesen Risiken begegnet das Unternehmen insbesondere mit einer fundierten Annahme- und Zeichnungspolitik.

Die Kapitalanlage der Öffentlichen Lebensversicherung besteht hoch diversifiziert aus Aktien, Staats- und Unternehmensanleihen, Immobilien- und Infrastrukturfonds. Durch eine breite Mischung und Streuung der Kapitalanlagen im Rahmen der Strategischen Asset Allocation (SAA) begegnet das Unternehmen den möglichen Risiken, die sich aus der Kapitalanlage ergeben könnten. Darüber hinaus führt die Öffentliche Lebensversicherung für versicherungstechnische Risiken und Risiken der Kapitalanlage Stresstests und Sensitivitätsanalysen durch.

Für das operationelle Risiko hat die Risikoinventur 2023 keine Hinweise auf Risiken mit besonders hohem Gefährdungspotenzial ergeben. Das Bewusstsein für Cyberrisiken ist stetig gewachsen und die Informationssicherheit ein ständiger Begleiter in der digitalen Arbeit.

Strategische Risiken bestehen für die Öffentliche Lebensversicherung in ihrer langfristigen Ausrichtung und Zielsetzung unter Berücksichtigung der technischen Entwicklung und der sich ständig veränderten Kundenbedürfnisse. Aufgrund des begrenzten Geschäftsgebietes der Öffentlichen Lebensversicherung und der starken Zugehörigkeit in der Region bedürfen zudem Reputationsrisiken einer besonderen Aufmerksamkeit. Strategische Risiken wurden im Berichtsjahr im Rahmen von ORSA-Szenarien betrachtet.

Bewertung für Solvabilitätszwecke

Die dominierenden Positionen der Solvabilitätsübersicht sind auf der Aktivseite die Kapitalanlagen und auf der Passivseite die versicherungstechnischen Rückstellungen.

Die Vermögenswerte der Öffentlichen Lebensversicherung sind im Vergleich zum Vorjahr um 26.957 TEUR gestiegen und betragen zum 31.12.2023 unter Solvency II insgesamt 1.970.058 TEUR. Der Wert der Kapitalanlagen beträgt zum 31.12.2023 unter Solvency II 1.863.022 TEUR, liegt über dem HGB-Wert von 1.837.274 TEUR und weist Reserven in Höhe von 25.748 TEUR aus. Im Vergleich zum vorjährigen Berichtszeitraum haben sich die Marktwerte der Kapitalanlagen der Öffentlichen Lebensversicherung positiv entwickelt und sind von 1.853.592 TEUR um 9.430 TEUR auf 1.863.022 TEUR gestiegen. Im Berichtszeitraum ergaben sich vor allem aufgrund von Umschichtungen größere Anstiege im Bereich der Anleihen und entsprechend Rückgänge im Bereich der Organismen für gemeinsame Anlagen.

Die Verbindlichkeiten der Öffentlichen Lebensversicherung betragen zum 31.12.2023 unter Solvency II insgesamt 1.766.248 TEUR und sind im Vergleich zum vorjährigen Berichtszeitraum um 25.587 TEUR gestiegen. Die versicherungstechnischen Rückstellungen sind im Vergleich zum vorjährigen Berichtszeitraum von 1.616.037 TEUR um 18.010 TEUR auf

1.634.048 TEUR gestiegen. Ursächlich dafür zeigt sich nahezu vollständig ein Anstieg der index- und fondsgebundenen Versicherungen.

Die Solvabilitätsübersicht wurde durch den Abschlussprüfer „KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft“ zum Stichtag 31.12.2023 geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Kapitalmanagement

Die Ermittlung der Solvabilitätsanforderung erfolgt bei der Öffentlichen Lebensversicherung mittels der Solvency II-Standardformel, bei der die gesamte Risikoexposition den verfügbaren Eigenmitteln gegenübergestellt wird. Ein Quotient von über 100 % zeigt hierbei, dass die aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen erfüllt werden. Die Öffentliche Lebensversicherung nutzt bei der Berechnung der Bedeckungssituation die aufsichtsrechtlich zulässigen Modifikationen des Rückstellungstransitionals (RT) und Volatility Adjustments (VA).

Zum 31.12.2023 stehen einer Solvenzkapitalanforderung (SCR) in Höhe von 60.686 TEUR Eigenmittel in Höhe von 260.176 TEUR gegenüber. Die vorhandenen Eigenmittel übersteigen die Solvenzkapitalanforderung mit einer Bedeckungsquote von 429 % (inkl. VA und RT) deutlich. Auch ohne Berücksichtigung des RT beläuft sich die Bedeckungsquote auf 215 % (inkl. VA) auf auskömmlichem Niveau. Somit erfüllt die Öffentliche Lebensversicherung die aufsichtsrechtlichen Anforderungen ohne Einschränkungen. Die Öffentliche Lebensversicherung sieht sich durch ihre Finanzstärke und durch ihre strategische Ausrichtung den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen auch in einem weiterhin schwierigen Marktumfeld gewappnet. Die grundsätzliche Stabilität wird auch durch Prognoserechnungen für die nächsten Jahre und umfangreiche Szenariobetrachtungen bestätigt.

A. Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis

A.1 Geschäftstätigkeit

A.1.1 Unternehmensporträt

Die Öffentliche Lebensversicherung Braunschweig (im Folgenden Öffentliche Lebensversicherung genannt) ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts, deren Rechtsverhältnisse sich nach dem Gesetz der öffentlich-rechtlichen Versicherungsunternehmen in Niedersachsen (NÖVersG) und durch die Satzung des Unternehmens bestimmen. Das Unternehmen wurde 1754 von Herzog Karl I als Landesbrandversicherungsanstalt gegründet und anschließend von der Öffentlichen Lebensversicherung übernommen. Weitere Informationen über die Öffentliche Lebensversicherung sind in der folgenden Tabelle dargestellt.

Angaben zum Unternehmen (Stand 31.12.2023)	
Name und Kontaktdaten des Unternehmens	Öffentliche Lebensversicherung Braunschweig Theodor-Heuss-Str. 10 38122 Braunschweig Telefon: 0531 / 202 – 0 Telefax: 0531 / 202 – 15 00 E-Mail: service@oeffentliche.de Website: www.oeffentliche.de
Finanzaufsicht	Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung Friedrichswall 1 30159 Hannover Fon: 0511 / 120-0 Fax: 0511 / 120-5770 E-Mail: poststelle@mw.niedersachsen.de
Abschlussprüfer	KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Prinzenstr. 23 30159 Hannover Fon: 0511 / 8509-0 Fax: 0511 / 8509-5102 E-Mail: information@kpmg.de

Halter qualifizierter Beteiligungen am Unternehmen

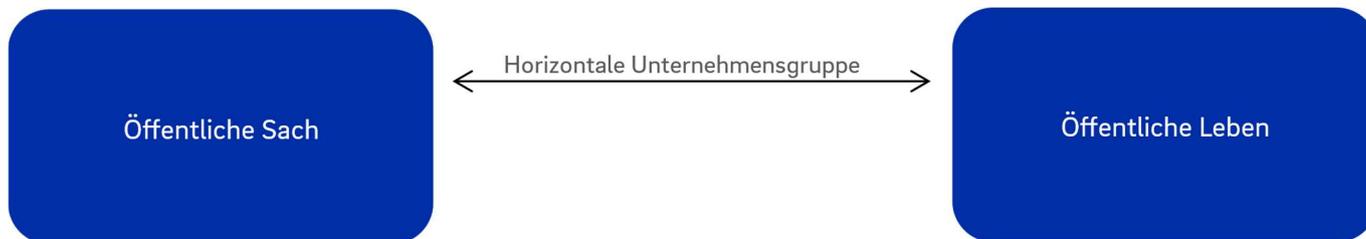
Die Träger der Öffentlichen Lebensversicherung werden als Halter qualifizierter Beteiligungen im aufsichtsrechtlichen Kontext verstanden. Die Trägerschaft teilt sich wie folgt auf:

Halter qualifizierter Beteiligungen	Anschrift	Anteil am Trägerkapital
Norddeutsche Landesbank Girozentrale	Friedrichswall 10 30159 Hannover	75,0 % Trägerkapital
Sparkassenverband Niedersachsen	Schiffgraben 6 30159 Hannover	12,5 % Trägerkapital
Land Niedersachsen	Schiffgraben 10 30159 Hannover	6,25 % Trägerkapital
Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz	Löwenwall 16 38100 Braunschweig	6,25 % Trägerkapital

Das Trägerkapital beträgt 2.000 TEUR und ist voll eingezahlt.

A.1.2 Struktur der Gruppe

Die Öffentliche Lebensversicherung bildet zusammen mit der Öffentlichen Sachversicherung und ihren verbundenen Unternehmen eine Unternehmensgruppe nach europäischem und nationalem Recht. Die Öffentliche Sachversicherung als beteiligtes Unternehmen bzw. Mutterunternehmen bildet auf oberster Ebene mit der Öffentlichen Lebensversicherung eine horizontale Unternehmensgruppe mit zwei Teilgruppen. Die folgende Abbildung stellt die vereinfachte Gruppenstruktur dar:



Die Öffentliche Lebensversicherung wurde durch die Aufsichtsbehörde von der Gruppenaufsicht befreit. Grundlage dieser Entscheidung ist Art. 214 Abs. 2c Richtlinie 2009/138/EG (im Folgenden Solvency II-Rahmenrichtlinie genannt) sowie § 246 Abs. 2 des VAG.

Weiterführende Informationen

Eine ausführliche Unternehmensdarstellung finden Sie unter www.oeffentliche.de.

A.1.3 Geschäftsbereiche und Regionen

Das Geschäftsgebiet der Öffentlichen Lebensversicherung erstreckt sich auf das Gebiet des ehemaligen Herzogtums Braunschweig, welches sich aus den Städten und Landkreisen Braunschweig, Wolfenbüttel, Salzgitter, Holzminden, Bad Harzburg, Helmstedt, Wolfsburg und der Samtgemeinde Thedinghausen zusammensetzt. Der Hauptsitz der Öffentlichen Lebensversicherung ist in Braunschweig. Im vergangenen Geschäftsjahr betrieb das Unternehmen die folgenden Versicherungszweige:

Selbst abgeschlossenes Geschäft (saG)	In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft (üG)
Lebensversicherung	Lebensversicherung
Einzelkapitalversicherung (inkl. Gruppenkapitalversicherung nach Einzeltarifen)	
Vermögensbildungsversicherung	
Einzelrenten- und Pensionsversicherung (inkl. Gruppenkapitalversicherung nach Einzeltarifen)	
Gruppenlebensversicherung (Sondertarif)	
Zusatzversicherung	
Lebensversicherung (Anlagerisiko wird vom Versicherungsnehmer getragen)	

A.1.4 Geschäftsvorfälle und sonstige Ereignisse

Die verschiedenen wirtschaftlichen und geopolitischen Entwicklungen prägen das Jahr 2023 vor allem durch die kriegerischen Auseinandersetzungen vornehmlich in der Ukraine, die weiterhin hohe Inflation sowie die Geldpolitik der Notenbanken (Leitzinsanstieg bis auf 4,5 %). Im Umfeld der Informationssicherheit ist die Bedrohungslage nach Einschätzung des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik unverändert hoch. Weiterhin zeigt sich für das Unternehmen der demografische Wandel mit seinem starken Fachkräftemangel und der Umgang mit neuen regulatorischen Anforderungen wie CSRD oder DORA herausfordernd.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wurden regelmäßig beobachtet und zum Teil auch durch Szenarien (siehe Kapitel C) bewertet, um frühzeitig reagieren zu können.

Auf der Produktseite verfolgt das Unternehmen neben Risiko- und Berufsunfähigkeitsversicherungen eine Drei-Produkt-Strategie der Rentenversicherungen (LöwenRente) in der privaten Altersvorsorge und bietet Lösungen in der betrieblichen Altersvorsorge an. Dabei bietet die Öffentliche Lebensversicherung mit der LöwenRente „Klassik“ weiterhin ein Produkt mit einer garantierten Verzinsung an. Vorsorge mit Chancen auf attraktive Rendite wird mit der fondsgebundenen LöwenRente „Invest“ angeboten. Als mittlere Säule steht die LöwenRente „GarantInvest“ zur Verfügung, mit einer anteiligen Garantie und einer Renditechance durch die Anlage überschüssigen Guthabens in die bewährten Fondsinvestments. Der Fokus der Produktentwicklungen verschob sich im Vorjahr auf die Biometrie und konkret auf die Überarbeitung der Berufsunfähigkeitsversicherung. Die neuen Berufsunfähigkeitsrenten Komfort und Premium werden im Februar 2024 vertriebllich eingeführt.

Nachdem das langjährige Niedrigzinsumfeld im Jahr 2021 noch die Absenkung von Rechnungszinssätzen mit einem Höchstrechnungszins von 0,25 % erforderlich machte, führte die Inflation zu einer Zinswende mit sprunghaften Renditeanstiegen in den Jahren 2022 und 2023. Dies wirkte sich in der Wiederanlage und in der mittel-/ langfristigen Ertragserswartung der Kapitalanlage positiv aus. Im Jahr 2023 konnte zum zweiten Mal infolge einer Erhöhung der laufenden Gesamtverzinsung auf nun 2,75 % deklariert werden. Maßnahmen zur Verkaufsförderung und für das Wiederanlagegeschäft wurden weiterverfolgt, konnten im angespannten Marktumfeld und Zinswettbewerb mit den Banken eine deutlich rückläufige Produktion und Beitragseinnahme schlussendlich nicht verhindern. Insbesondere das Neugeschäft an Einmalbeitragsversicherungen verzeichnete einen deutlichen Rückgang. Die Stornoquoten bewegten sich im Korridor des langfristigen Mittels, jedoch bleibt das Stornorisiko im besagten Marktumfeld bestehen.

A.2 Versicherungstechnisches Ergebnis

Das Versicherungstechnische Ergebnis der Öffentlichen Lebensversicherung wird auf aggregierter Ebene nach den Geschäftsbereichen „Verträge mit Überschussbeteiligung“ und „Fondsgebundene Verträge“ aufgeschlüsselt. Im Wesentlichen ist das Ergebnis durch die Größen Prämien (verdient), Aufwendungen für Versicherungsfälle und angefallene Verwaltungskosten zusammengestellt. Für die wesentlichen Geschäftsbereiche der Verträge mit Überschussbeteiligung und der fondsgebundenen Verträge ergeben sich die folgenden Brutto-Ergebnisse.

	Verträge mit Überschussbeteiligung (Stand 31.12.2022)	Verträge mit Überschussbeteiligung (Stand 31.12.2023)
Prämien (verdient)	118.176 TEUR	105.112 TEUR
Aufwendungen	165.000 TEUR	172.987 TEUR
Verwaltungskosten	20.059 TEUR	18.953 TEUR

	Fondsgebundene Versicherung (Stand 31.12.2022)	Fondsgebundene Versicherung (Stand 31.12.2023)
Prämien (verdient)	25.275 TEUR	16.566 TEUR
Aufwendungen	2.021 TEUR	4.891 TEUR
Verwaltungskosten	3.532 TEUR	3.455 TEUR

Die Prämieinnahmen der Verträge mit Überschussbeteiligung sind wie im Vorjahr insbesondere aufgrund gesunkenem Einmalbeitragsgeschäft im Vergleich zum Vorjahr um 13.064 TEUR auf 105.112 TEUR gesunken. Die Aufwendungen der Verträge mit Überschussbeteiligung sind im Berichtszeitraum um 7.986 TEUR gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die Verwaltungskosten konnten während des Berichtszeitraums im Vergleich zum Vorjahr um 1.107 TEUR reduziert werden. Die fondsgebundenen Versicherungen wurden durch das Angebot attraktiver Fonds in den letzten Jahren stärker nachgefragt. Aufgrund des geringeren Einmalbeitragsgeschäfts sind die Prämieinnahmen jedoch um 8.708 TEUR im Vergleich zum Vorjahr auf 16.566 TEUR gesunken. Die Verwaltungskosten der fondsgebundenen Versicherungen sind im Berichtszeitraum auf gleichem Niveau geblieben. Die Aufwendungen sind mit wachsendem Bestand im Vergleich zum Vorjahr angestiegen.

A.3 Anlageergebnis

A.3.1 Erträge aus und Aufwendungen für Anlagegeschäfte

Die Kapitalanlagen der Öffentlichen Lebensversicherung generierten im Jahr 2023 ein Ergebnis in Höhe von 56.541 TEUR. Das Ergebnis lag somit um +846 TEUR bzw. 1,5 % über dem Vorjahresergebnis. Der Kapitalanlagenbestand (zu Buchwerten) ist dabei um -23.750 TEUR bzw. -1,2 % gesunken.

Die folgende Tabelle zeigt die Zusammensetzung der Kapitalanlageerträge und -aufwendungen sowie deren Veränderungen zum vorjährigen Berichtszeitraum, aufgeteilt nach Vermögenswertklassen.

Vermögenswertklasse	Erträge/Aufwendungen 2022		Erträge/Aufwendungen 2023		Delta
	TEUR	% Ertrag	TEUR	% Ertrag	TEUR
Immobilien	3.296	5,1 %	1.288	2,1 %	-2.008
Anteile an verbundene Unternehmen, einschließlich Beteiligungen		0,0 %	44	0,1 %	44
Aktien - nicht notiert		0,0 %	0,00	0,0 %	
Staatsanleihen	21.618	33,6 %	15.807	25,8 %	-5.811
Unternehmensanleihen	6.386	9,9 %	7.942	13,0 %	1.556
Organismen für gemeinsame Anlagen	32.842	51,0 %	34.851	56,9 %	2.009
Darlehen u. Hypotheken an Privatpersonen	62	0,1 %	64	0,1 %	2
Policendarlehen	128	0,2 %	113	0,2 %	-15
Zahlungsmittel und -äquivalente	96	0,1 %	1.113	1,8 %	1.017
Erträge insgesamt	64.427	100,0 %	61.221	100,0 %	-3.206
Immobilien	1.145	15,9 %	1.048	40,8 %	-97
Anteile an verbundene Unternehmen, einschließlich Beteiligungen		0,0 %		0,0 %	
Aktien - nicht notiert	111	1,5 %		0,0 %	-111
Staatsanleihen	4.553	63,2 %		0,0 %	-4.553
Unternehmensanleihen		0,0 %	1.336	52,0 %	1.336
Organismen für gemeinsame Anlagen	1.309	18,1 %	185	7,2 %	-1.124
Darlehen u. Hypotheken an Privatpersonen		0,0 %		0,0 %	
Policendarlehen		0,0 %		0,0 %	
Zahlungsmittel und -äquivalente	90	1,3 %		0,0 %	-90
Zurechenbare Aufwendungen insgesamt	7.207	100,0 %	2.569	100,0 %	-4.639
Nicht zurechenbare Aufwendungen	1.528		2.111		583
Kapitalanlageergebnis	55.695		56.541		846

Die wesentlichen Treiber des Kapitalanlageergebnisses waren die Erträge aus Festzinsanlagen und die Fondsausschüttungen. Bei den Fondsinvestments (Organismen für gemeinsame Anlagen) erhöhten sich die Erträge im Vergleich zum Vorjahr um +2.009 TEUR auf 34.851 TEUR. Dies ist darauf zurückzuführen, dass im Jahr 2023 höhere Abgangsgewinne aus dem Private Equity-Fonds und dem Masterfonds vorgenommen wurden, wohingegen die Ausschüttung aus dem Masterfonds etwas geringer ausfiel als im vorherigen Jahr. Bei den Festzinsanlagen (Staats- und Unternehmensanleihen) sanken die Erträge insbesondere aufgrund geringerer Abgangsgewinne im Vergleich zum Vorjahr um -4.255 TEUR auf 23.749 TEUR. Bei den Immobilien gingen die Erträge um -2.008 TEUR auf 1.288 TEUR zurück. Der Grund waren die Abgangsgewinne im Immobiliendirektbestand des Vorjahres, welche im aktuellen Geschäftsjahr nicht angefallen sind.

Die gesamten Aufwendungen für Kapitalanlagen sind im Berichtsjahr um -4.056 TEUR auf 4.679 TEUR gefallen. Der Wesentliche Treiber waren geringere Verlustrealisierungen im Rentendirektbestand sowie gesunkene Aufwände bei den Organismen für gemeinsame Anlagen, welche sich vorwiegend auf geringere Abschreibungen auf Publikumsfondsanteile zurückführen lassen.

Das Kapitalanlageergebnis des Jahres 2023 entspricht einer Nettorendite von 2,95 % (Vorjahr: 2,89 %). Die durchschnittliche Nettoverzinsung der letzten zwölf Jahre lag mit 4,25 % um -0,10 Prozentpunkte unter dem Vorjahreswert. (Vorjahr: 4,35 %).

A.3.2 Direkt im Eigenkapital erfasste Gewinne und Verluste

Die Öffentliche Lebensversicherung stellt keinen Abschluss nach den IFRS (International Financial Reporting Standards) auf, so dass keine Gewinne oder Verluste direkt im Eigenkapital erfasst werden. Alle erfolgswirksamen Vorgänge werden innerhalb der Gewinn- und Verlustrechnung nach den deutschen Rechnungslegungsstandards erfasst.

A.3.3 Anlagen in Verbriefungen

Im Bestand der Öffentlichen Lebensversicherung befinden sich per 31.12.2023 keine Anlagen in Verbriefungen.

A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten

	Stand 31.12.2022	Stand 31.12.2023
Sonstige Erträge	2.706 TEUR	1.411 TEUR
Sonstige Aufwendungen	4.033 TEUR	3.014 TEUR
Saldo	-1.327 TEUR	-1.603 TEUR

Das sonstige Ergebnis als Saldo aus sonstigen Erträgen und Aufwendungen in Höhe von -1.603 TEUR (Vorjahr: -1.327 TEUR) ist ertragsseitig auch in 2023 durch die erbrachten Dienstleistungen der Öffentlichen Lebensversicherung in Höhe von 911 TEUR (Vorjahr: 897 TEUR) geprägt. Der Sondereffekt in 2022 mit einer Auflösung bei den Pensionsrückstellungen in Höhe von 1.581 TEUR ist in 2023 weggefallen. Aufwandseitig bleiben die Kosten für die erbrachten Dienstleistungen sowie für das Unternehmen als Ganzes stabil (2.352 TEUR). Die Reduktion der Aufwände um -1.019 TEUR resultiert vorrangig aus Effekten bei den Pensionsrückstellungen (628 TEUR) mit -709 TEUR, die sich durch die Veränderung des Abzinsungssatzes für die Bewertung der Pensionsrückstellungen beim versicherungsmathematischen Aufwand ergibt.

Die Öffentliche Lebensversicherung verfügt über Operating-Leasing-Vereinbarungen im betriebsüblichen Umfang. Diese konzentrieren sich vorrangig auf die Miete von IT-Soft- und Hardware, die Gestellung von Dienst- und Funktionsfahrzeugen sowie die Nutzung von Büromaschinen.

A.5 Sonstige Angaben

Weitere Angaben zur Geschäftstätigkeit und Leistung der Öffentlichen Lebensversicherung sind nicht zu machen.

B. Governance-System

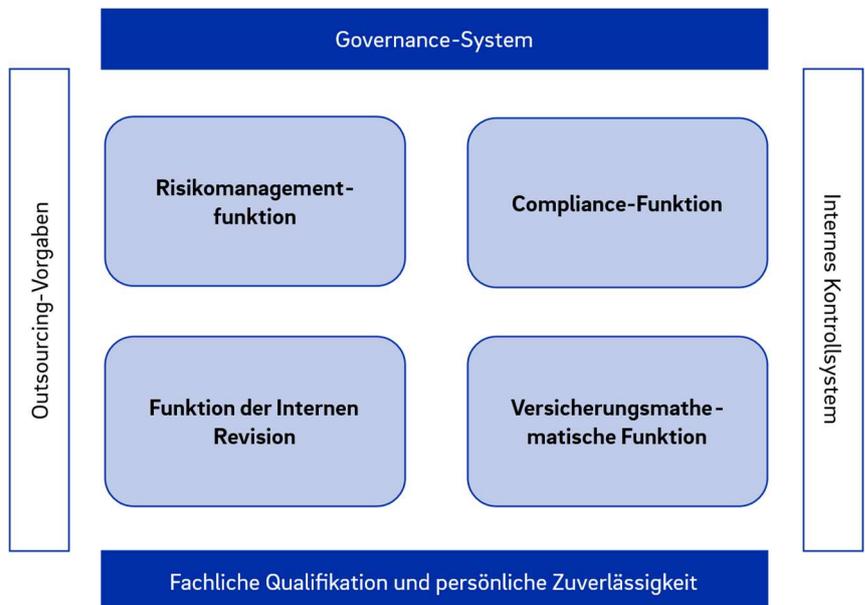
B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System

B.1.1 Vorstellung des Governance-Systems

Die Öffentliche Lebensversicherung verfügt über ein Governance-System, welches ihre Geschäftstätigkeit und das sich daraus ergebende Risikoprofil angemessen berücksichtigt. Das Kernelement bildet hierbei eine angemessene Organisationsstruktur mit klar definierten Aufgaben, Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten, die in Kapitel B.1.2 näher erläutert wird. Dabei ist ein besonderes Augenmerk auf die Trennung zwischen den Funktionen und Zuständigkeiten, die den Aufbau von Risikopositionen auf der einen Seite und die Kontrolle der Risikopositionen auf der anderen Seite betreffen, zu legen.

Die Hauptbestandteile des Governance-Systems der Öffentlichen Lebensversicherung bilden vier Schlüsselfunktionen (Risikomanagementfunktion, Compliance-Funktion, Versicherungsmathematische Funktion und Funktion der Internen Revision). Vorgaben zum Outsourcing und ein etabliertes Internes Kontrollsystem (IKS) ergänzen das Governance-System.

Neben den Schlüsselfunktionen werden in der Öffentlichen Lebensversicherung weitere Kontrollfunktionen, z. B. durch die Datenschutz- und IT-Sicherheitsbeauftragte und durch die Geldwäschebeauftragte ausgefüllt. Des Weiteren unterliegt das Governance-System einer regelmäßigen internen Überprüfung mit dem Ziel, die Angemessenheit und Wirksamkeit der Geschäftsorganisation in Bezug auf die Entstehung von Risiken im Einklang mit der Unternehmens- und Risikostrategie des Unternehmens zu überprüfen. Im Berichtszeitraum waren keine wesentlichen Änderungen des Governance-Systems zu verzeichnen und die Geschäftsorganisation gemäß § 23 VAG wirksam, ordnungsgemäß und angemessen.

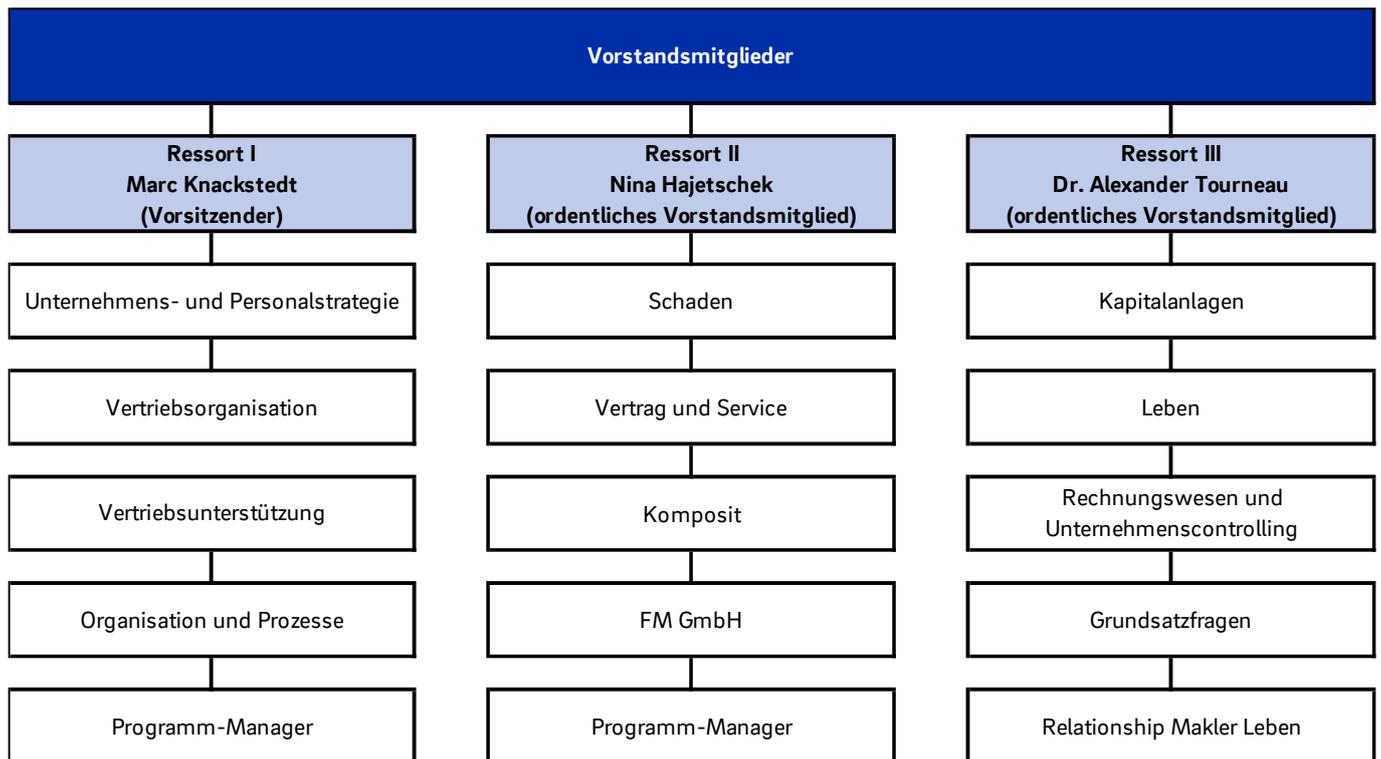


B.1.2 Organisationsstruktur

Das Verwaltungs-, Management- und Aufsichtsorgan der Öffentlichen Lebensversicherung besteht aus dem Vorstand, durch den die Geschäftsführung erfolgt und dem Aufsichtsrat, der die Geschäftsführung überwacht. Zur Unterstützung der Geschäftsführung wurden das Governance-Komitee eingerichtet und die Inhaber von Schlüsselfunktionen benannt. Allgemeine Zuständigkeiten und Berichtspflichten im Unternehmen sind aufbauorganisatorisch im Organigramm geregelt, welches auch die Organisation der Schlüsselfunktionen umfasst. Im Folgenden werden der Aufbau, die Hauptaufgaben und die Zuständigkeiten der verschiedenen Organe und Schlüsselfunktionen näher beschrieben.

Vorstand

Der Vorstand der Öffentlichen Lebensversicherung setzte sich zum 31.12.2023 aus den drei Vorstandsmitgliedern Marc Knackstedt (Vorsitzender des Vorstandes), Nina Hajetschek und Dr. Alexander Tournéau (ordentliche Vorstandsmitglieder) zusammen. Die Vorstandsmitglieder betreuen je ein Ressort, die sich im abgelaufenen Geschäftsjahr aus den folgenden Unternehmensbereichen zusammensetzten.



Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für das Unternehmen und legt die Geschäfts- und Risikostrategie fest. Die Geschäfte des Unternehmens führt der Vorstand der Öffentlichen Lebensversicherung in eigener Verantwortung nach Maßgabe einer vom Aufsichtsrat beschlossenen Geschäftsordnung. Darüber hinaus ist der Vorstand dafür zuständig, die Anforderungen an die Geschäftsorganisation gemäß § 23 VAG einzuhalten und ein Überwachungssystem zur frühzeitigen Erkennung den Fortbestand der Gesellschaft gefährdender Entwicklungen einzurichten.

Unter Berücksichtigung der Gesamtverantwortung des Vorstandes handelt jedes Vorstandsmitglied in den ihm zugewiesenen Geschäftsbereichen eigenverantwortlich, ist aber gehalten, die ressortbezogenen Interessen stets dem Gesamtwohl des Unternehmens unterzuordnen. Bei wesentlichen ressortübergreifenden Maßnahmen, die der Zustimmung des Aufsichtsrats bedürfen, entscheidet der Gesamtvorstand. Darüber hinaus haben sich die Vorstandsmitglieder einander unverzüglich über wichtige Geschäftsvorgänge und Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung zu unterrichten.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der Öffentlichen Lebensversicherung bestand zum 31.12.2023 aus insgesamt 15 Mitgliedern inkl. der Beschäftigtenvertreter gemäß dem Niedersächsischen Personalvertretungsgesetz (NPersVG). Ihm gehörten von der Norddeutschen Landesbank Girozentrale (NORD/LB) sowie vom Sparkassenverband Niedersachsen (SVN) und vom Land Niedersachsen zu benennende Mitglieder an. Die Amtszeit der Aufsichtsratsmitglieder beträgt vier Jahre. Scheidet ein Aufsichtsratsmitglied aus, so hat das ehemalige Mitglied auch nach seiner Amtszeit über Angelegenheiten oder Tatsachen, die ihm aufgrund seiner Zugehörigkeit zum Aufsichtsrat bekannt geworden sind, Stillschweigen zu bewahren.

Die Sitzungen des Aufsichtsrats finden, sooft die Geschäftslage es erfordert, mindestens dreimal im Jahr statt. Die Mitglieder des Vorstandes der Öffentlichen Lebensversicherung nehmen ebenfalls an den Aufsichtsratssitzungen, jedoch nur mit beratender Stimme, teil.

Aufsichtsratsmitglieder

Christoph Schulz (Vorsitzender)
bis 31. Dezember 2023 Mitglied des Vorstandes der
Norddeutschen Landesbank

Guido Mönnecke (stellv. Vorsitzender)
Verbandsgeschäftsführer des Sparkassenverbandes
Niedersachsen

Prof. Dr. Susanne Robra-Bissantz
Leiterin Institut für Wirtschaftsinformatik (TU Braunschweig)

Gerhard Glogowski
Ministerpräsident a. D.

Prof. Dr. Marc Gürtler
Leiter Institut für Finanzwirtschaft (TU Braunschweig)

Bernd Rosemeyer
Vorstandssprecher der ISR Information Products AG

Frank Klingebiel
Oberbürgermeister der Stadt Salzgitter

Dr. Anne Deter
Ministerialdirigentin Niedersächsisches Finanzministerium

Tobias Hoffmann
Geschäftsführender Gesellschafter HOFFMANN Maschinen-
und Apparatebau GmbH

Dipl.-Ing. Helmut Streiff
Präsident Industrie- und Handelskammer

Dorothee Henstorf
Gewerkschaftssekretärin ver.di

Thomas Voigt
Versicherungsangestellter der Öffentlichen Versicherung
Braunschweig

Thorsten Preiß
Versicherungsangestellter der Öffentlichen Versicherung
Braunschweig

Kathrin Albinus
Versicherungsangestellte der Öffentlichen Versicherung
Braunschweig

Nina-Isabel Popanda
Vorsitzende des Personalrates der Öffentlichen Versicherung
Braunschweig

Zu den Hauptaufgaben des Aufsichtsrates gehören die Bestellung und die Abberufung sowie die Beratung und die Überwachung des Vorstands. Er beschließt unter anderem die allgemeinen Richtlinien für die Geschäfte des Unternehmens, die Geschäftsordnung für den Vorstand, die Bestellung der Abschlussprüfer sowie die Bestellung und Abberufung des verantwortlichen Akteurs. Des Weiteren ist der Aufsichtsrat zuständig für die Feststellung des Jahresabschlusses, das Eingehen und die Aufgabe von Beteiligungen, die Aufnahme weiterer Versicherungssparten sowie für die Zustimmung zu strukturellen Änderungen in den betriebenen Versicherungssparten. Alle übrigen Geschäfte, die die Vermögens-, Finanz- und Ertrags- sowie Risikolage wesentlich beeinträchtigen, bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrates.

Schlüsselfunktionen

Die Öffentliche Lebensversicherung hat gemäß den aufsichtsrechtlichen Anforderungen die vier Schlüsselfunktionen (Risikomanagementfunktion, Compliance-Funktion, Versicherungsmathematische Funktion und Funktion der Internen Revision) eingerichtet, die einen wesentlichen Bestandteil des Governance-Systems bilden. Die folgenden Personen wurden als verantwortliche Inhaber der Schlüsselfunktionen zum 31.12.2023 für die Öffentliche Lebensversicherung benannt:

Schlüsselfunktion	Verantwortlicher Inhaber
Compliance-Funktion	Dr. Jens Zitzewitz, Bereichsleitung Grundsatzfragen
Funktion der Internen Revision	Dr. Jens Zitzewitz, Bereichsleitung Grundsatzfragen
Risikomanagementfunktion	Katja Linke, Abteilungsleitung Risikomanagement
Versicherungsmathematische Funktion	Katja Linke, Abteilungsleitung Risikomanagement

Die Schlüsselfunktionen stehen gleichrangig und gleichberechtigt nebeneinander und sind dem Gesamtvorstand unterstellt. Organisatorisch sind die Schlüsselfunktionen dem Vorstand des Ressort III unterstellt. Um Interessenskonflikte zu vermeiden,

sind für alle Inhaber der Schlüsselfunktionen direkte Berichtspflichten gegenüber dem Gesamtvorstand implementiert. Darüber hinaus sind die Schlüsselfunktionen unabhängig und ohne Weisungsbefugnis untereinander, besitzen aber zur Wahrung ihrer Aufgaben ein gegenseitiges Informationsrecht. Die Inhaber der Schlüsselfunktionen sind dazu verpflichtet, regelmäßig, mindestens einmal im Jahr, einen Tätigkeitsbericht sowie bei wesentlichen Veränderungen einen ad hoc-Bericht vorzulegen. Bei Konflikten ist eine direkte Eskalation an den Vorstand vorgesehen. Um einen kontinuierlichen Austausch zwischen den Schlüsselfunktionen sicherzustellen, finden regelmäßige Sitzungen des Governance-Komitees statt.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Hauptaufgaben der Schlüsselfunktionen:

Risikomanagementfunktion	<ul style="list-style-type: none"> • Umsetzung und Implementierung gesetzlicher und aufsichtsrechtlicher Anforderungen zum Risikomanagement, • Organisation des Risikomanagementprozesses, • Unterstützung des Vorstandes bei der Umsetzung des Risikomanagementsystems, • Beratung des Vorstandes in Risikomanagement-Fragen, • Überwachung der Angemessenheit und Wirksamkeit des Risikomanagementsystems, • Überwachung des Risikoprofils des gesamten Unternehmens, • Frühzeitiges Erkennen, Bewerten und Steuern sich abzeichnender Risiken, • Verantwortung für die Durchführung des ORSA-Prozesses, • Einschätzung von Risiken innerhalb des Neue-Produkte-Prozesses.
Versicherungsmathematische Funktion	<ul style="list-style-type: none"> • Prüfung und Bewertung der Angemessenheit der verwendeten Methoden und Annahmen zur Ermittlung der versicherungstechnischen Rückstellungen, • Bewertung von eventuellen Unzulänglichkeiten bzw. Unsicherheiten in Bezug auf die Datenqualität, die sich aus den versicherungstechnischen Rückstellungen im Berechnungsprozess bzw. in den resultierenden Ergebnissen für die Solvabilitätsübersicht ergeben, • Analyse von Wechselwirkungen zwischen der Annahme- und Zeichnungspolitik, der Preiskalkulation, der Rückversicherungspolitik und den versicherungstechnischen Rückstellungen, insbesondere bei neuen Produkten, • Beurteilung von Vereinbarkeit der Zeichnungs- und Rückversicherungspolitik mit der Risikotoleranz des Unternehmens, • Kommunikations- und Beratungsaufgaben im Rahmen des Risikomanagementsystems mit Blick auf versicherungstechnische Fragestellungen.
Compliance-Funktion	<ul style="list-style-type: none"> • Überwachung der Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorschriften, • Überwachung von Prozessen, eingerichteten Maßnahmen und Kontrollen zur Verhinderung von Compliance-Verstößen, • Beratung des Vorstandes, der Führungskräfte und Mitarbeitende in Compliance-relevanten Fragen, • Schulungen und Beratungen bzgl. interner und externer Vorgaben für das Unternehmen, • Beobachtung der Änderungen für das Unternehmen geltenden Rechtsvorschriften, • Risikokontrollaufgabe bzgl. Nichteinhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen.
Funktion der Internen Revision	<ul style="list-style-type: none"> • Prüfung und Beurteilung der Risiken, die sich aus der Geschäftstätigkeit ergeben, • Prüfung der Einhaltung von internen und externen Bestimmungen bzw. Vorgaben, • Prüfung und Beurteilung der Wirksamkeit und Angemessenheit des Internen Kontrollsystems und anderer Bestandteile des Governance-Systems, • Prüfung und Beurteilung der Wirksamkeit der Maßnahmen zur Verhinderung und Aufdeckung doloser Handlungen,

- Erbringung von Beratungsleistungen im Vorstandsauftrag der Öffentlichen Versicherung,
- Förderung, der bei Prüfungsfeststellung vereinbarten Maßnahmen und Kontrolle der Umsetzung.

Detaillierte Informationen zur Ausgestaltung der Schlüsselfunktionen sind in den jeweiligen Kapiteln B.3 bis B.6 dargestellt.

B.1.3 Vergütungsleitlinien und -praktiken

Die Vergütungspolitik der Öffentlichen Lebensversicherung berücksichtigt die langfristigen Interessen und Leistungen des Unternehmens und fördert dessen angemessene, transparente und nachhaltige Entwicklung. Sie orientiert sich an der Geschäfts- und Risikostrategie und ist so ausgestaltet, dass Interessenskonflikte und die Übernahme von Risiken, welche die Risikotoleranzschwellen des Unternehmens übersteigen, vermieden werden. Eine interne Vergütungsleitlinie legt die Grundsätze der Vergütungspolitik für Führungskräfte, Mitarbeitende und die Inhaber von Schlüsselfunktionen fest. Darin bestehen keine individuellen und kollektiven Erfolgskriterien, an die Aktienoptionen, Aktien und variable Vergütungsbestandteile geknüpft sind.

Vorstand und Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat hat Grundsätze für die Vergütung der Vorstandsmitglieder festgelegt. Danach steht die Gesamtvergütung jedes Vorstandsmitglieds in einem angemessenen Verhältnis zu seinen Aufgaben und Leistungen und übersteigt nicht das übliche Maß der Vergütung bei vergleichbaren Unternehmen. Ein kleinerer Teil der Gesamtvergütung ist an die Ziele geknüpft, die aus der Unternehmensstrategie abgeleitet sind und für eine nachhaltige Entwicklung des Unternehmens stehen. Ein Vorstandsmitglied hat eine von der Dauer der Vorstandstätigkeit abhängige Versorgungszusage.

Aufsichtsratsmitglieder erhalten ein festes Jahresentgelt sowie ein pauschales Sitzungsentgelt zur Erstattung der mit den Sitzungen entstandenen Auslagen. Diese Vergütung wird durch die Trägerversammlung festgelegt, die dabei auf die Angemessenheit der Höhe auch im Vergleich zu anderen Unternehmen achtet. Sonstige Vergütungen oder Zusagen erfolgen nicht.

Innendienst (angestellte Mitarbeitende)

Für die angestellten Mitarbeitenden des Innendienstes gilt grundsätzlich der Tarifvertrag für das private Versicherungsgewerbe in der jeweils gültigen Fassung. Zusätzlich bestehen, je nach Eintritt in das Unternehmen, die Ansprüche gemäß den gültigen arbeitsvertraglichen Einheitsregelungen und den Altersvorsorgewerken. Darüber hinaus bestehen keine individuellen sowie variablen Leistungskomponenten im Sinne einer individuellen Zielvereinbarung. Sozialleistungen wie z. B. Betriebssport, Möglichkeit des mobilen Arbeitens und bedarfsgerechte Gesundheitsangebote vervollständigen das Angebot für die Mitarbeitenden.

Innendienst (Führungskräfte)

Die Vergütungssystematik für Führungskräfte sieht neben den tariflich vorgeschriebenen Komponenten außerdem die Möglichkeit einer übertariflichen Zulage vor, die sowohl tariferhöhungsfähig als auch versorgungs- / pensionsfähig ist und in angemessenen prozentualen Schritten erhöht werden kann. Darüber hinaus kann zusätzlich oder alternativ eine nicht tariferhöhungs- sowie auch nicht versorgungs- / pensionsfähige Funktionszulage gewährt werden. Führungskräfte mit Prokura, die eine außertarifliche Vergütung beziehen, erhalten diese durch Entscheidung des Vorstandes. Zusätzlich besteht die Möglichkeit einer nicht tariferhöhungs- sowie auch nicht versorgungs- / pensionsfähigen Sonderzahlung. Ein variabler Vergütungsbestandteil wird für die Führungskräfte der Öffentlichen Lebensversicherung nicht gezahlt und ist somit kein Bestandteil der aktuellen Vergütungssystematik.

Die Versorgungswerke für die leitenden Angestellten gelten analog zu denen der angestellten Mitarbeitenden des Innendienstes.

Inhaber von Schlüsselfunktionen

Die Schlüsselfunktionen der Öffentlichen Lebensversicherung sind ausschließlich durch Führungskräfte besetzt, so dass die Angaben zur Vergütungspolitik und zu den Altersvorsorgewerken für Führungskräfte analog für die Inhaber der Schlüsselfunktionen angewendet werden.

Außendienst (angestellte Mitarbeitende)

Die Vergütung des angestellten Außendienstes besteht im Einzelnen aus den Einkommensbestandteilen Festeinkommen (Fixum), Anteilsvergütungspauschale, Geschäftsplanbonifikation und Besitzstandszahlung. Die Einkommensbestandteile Fixum und Anteilsvergütungspauschale werden erfolgsunabhängig gezahlt. Der Bestandteil Geschäftsplanbonifikation wird zusätzlich gewährt und dient der Steuerung und Motivation, ist aber in der Höhe streng limitiert. Die Besitzstandszahlung ist eine fixe quartalsweise Zahlung.

Für die Gruppe der organisatorisch tätigen Mitarbeitenden wurde innerhalb der jeweiligen Funktion ein sechsstufiges Karrieresystem eingerichtet. Je nach Leistungsstand und Unternehmenszugehörigkeit sowie gemäß der jeweils spezifischen Verantwortung erfolgt eine entsprechende Einstufung. Das Karrieresystem bildet sowohl die Vergütung als auch den Titel und die Vollmachten der angestellten Außendienstmitarbeitenden ab.

B.1.4 Wesentliche Transaktionen im Berichtszeitraum

Wesentliche Transaktionen mit Anteilseignern, Personen, die maßgeblichen Einfluss auf das Unternehmen ausüben oder Mitgliedern des Verwaltungs-, Management- oder Aufsichtsorgans finden nur zu marktüblichen Konditionen statt. Im Berichtszeitraum hat es keine Transaktionen in wesentlichem Umfang gegeben.

B.1.5 Bewertung der Angemessenheit des Governance-Systems

Die Bewertung der Angemessenheit des Governance-Systems der Öffentlichen Lebensversicherung findet regelmäßig statt und beinhaltet neben der Überprüfung der Einhaltung von gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen auch die Einhaltung der Mindestanforderungen an die Geschäftsorganisation (MaGo) und die Überprüfung der Aktualisierung der schriftlich fixierten Leit- und Richtlinien der einzelnen Schlüsselfunktionen.

Im Jahr 2022 wurde der Prozess zur Überprüfung des Governance-Systems erneut durchgeführt. Die Überprüfung der Geschäftsorganisation erfolgte entsprechend der MaGo-Vorgaben. Im Ergebnis hat der Vorstand bestätigt, dass die Geschäftsorganisation angemessen, wirksam und ordnungsgemäß ausgestaltet ist und der Art, dem Umfang und der Komplexität der Tätigkeiten entsprechend proportional eingerichtet ist. Der Vorstand hat festgelegt, dass die Überprüfung in einem regelmäßigen Turnus (mindestens alle 3 Jahre) erfolgen soll. Somit wird die nächste regelmäßige Überprüfung im Jahr 2025 oder ggf. anlassbezogen auch eine frühere Überprüfung durchgeführt.

B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit

B.2.1 Anforderungen an Fähigkeiten, Kenntnisse und Fachkunde

Personen, die ein Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen tatsächlich leiten oder andere Schlüsselfunktionen wahrnehmen, müssen entsprechend der Vorgaben des Aufsichtsrechts fachlich geeignet und persönlich zuverlässig sein. Die Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit für die Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrats sowie für die Inhaber von Schlüsselfunktionen werden im Folgenden näher erläutert.

Vorstand und Aufsichtsrat

Um die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Fähigkeiten, Kenntnisse und Fachkunde der Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates zu gewährleisten, wurden diese Anforderungen in Leitlinien festgelegt, die die Trägerversammlung für die Mitglieder des Aufsichtsrates und der Aufsichtsrat für die Mitglieder des Vorstandes verabschiedet haben. Die Auslegungen der Aufsichtsbehörden wurden darin berücksichtigt und die Leitlinien werden regelmäßig entsprechend aktualisiert. Demnach müssen die Mitglieder des Vorstandes in ihrer Gesamtheit über angemessene Qualifikationen, Erfahrungen und Kenntnisse in folgenden Bereichen verfügen:

- Versicherungs- und Finanzmärkte,
- Geschäftsstrategie und Geschäftsmodell,
- Governance-System,
- Finanzanalyse und versicherungsmathematische Analyse,

- regulatorischer Rahmen und regulatorische Anforderungen.

Jedes Vorstandsmitglied hat die fachliche Eignung für seinen Verantwortungsbereich zu erfüllen und muss zusätzlich über ausreichend Kenntnisse aller Geschäftsbereiche verfügen, um eine gegenseitige Kontrolle zu gewährleisten. Auch bei einer ressortbezogenen Spezialisierung der Vorstandsmitglieder bleibt die Gesamtverantwortung des Vorstandes bestehen.

Für Aufsichtsratsmitglieder gilt danach grundsätzlich, dass sie in der Lage sein müssen, die Vorstände angemessen zu kontrollieren, zu überwachen und die Entwicklung des Unternehmens aktiv begleiten zu können. Die den einzelnen Aufsichtsratsmitgliedern übertragenen Aufgaben sind zu berücksichtigen.

Jedes einzelne Aufsichtsratsmitglied muss über ausreichende Kenntnisse aller Geschäftsbereiche verfügen, um eine entsprechende Kontrolle zu gewährleisten. Die Kenntnisse und Erfahrungen der anderen Aufsichtsratsmitglieder bzw. anderer Mitarbeiter ersetzen nicht eine angemessene fachliche Eignung des jeweiligen Aufsichtsratsmitglieds. Qualifikationen, Kenntnisse und einschlägige Erfahrungen im Versicherungssektor, anderen Finanzsektoren und anderen Unternehmen sind zu berücksichtigen. Soweit relevant, sind hierbei die Gebiete Versicherung, Finanzen, Rechnungslegung, Abschlussprüfung, Versicherungsmathematik und Management zu beachten. Mindestens ein Aufsichtsratsmitglied muss über Sachverstand auf dem Gebiet Rechnungslegung verfügen und mindestens ein weiteres Aufsichtsratsmitglied über Sachverstand auf dem Gebiet Abschlussprüfung. Im Übrigen erfordert die fachliche Eignung eine stetige Weiterbildung, so dass die Aufsichtsratsmitglieder imstande sind, sich wandelnde oder steigende Anforderungen in Bezug auf ihre Aufgaben im Unternehmen zu erfüllen.

Schlüsselfunktionen

Auch die Anforderungen an die Fähigkeiten, Kenntnisse und Fachkunde der Inhaber von Schlüsselfunktionen wurden in einer unternehmensinternen Leitlinie zur fachlichen Qualifikation und persönlichen Zuverlässigkeit für Schlüsselfunktionen festgelegt.

Als grundlegendes Qualitätsniveau sind die Berufsqualifikation, Kenntnisse und Erfahrungen der Person relevant, die eine Schlüsselfunktion innehat. Über sie können Aussagen getroffen werden, ob ein solides und vorsichtiges Management gewährleistet werden kann. Darüber hinaus ist die spezielle fachliche Eignung in den tatsächlichen Aufgabenbereichen im Unternehmen notwendig. Die spezifischen Anforderungen an die Inhaber von Schlüsselfunktionen werden in der folgenden Übersicht dargestellt.

Spezifische Anforderungen an die Inhaber von Schlüsselfunktionen	
Risikomanagementfunktion	Versicherungsmathematische Funktion
Qualifikation und vertiefte Kenntnisse über Standards, Methoden und Prozesse im Risikomanagement, insbesondere in den Bereichen: <ul style="list-style-type: none"> • Identifikation, Bewertung und Analyse von Risiken (inkl. Risikokonzentration), • Risikotragfähigkeitskonzepte und daraus abgeleitete Limitsysteme, • Risikoüberwachung, • Methoden zur Validierung von Risikoeinschätzungen der Bereiche, • Auswirkungen von neuen Produkten im Bereich der Kapitalanlage und der Versicherungstechnik auf die Risikosituation, • Risikokommunikation, • Kenntnisse und Erfahrungen, die ein solides und vorsichtiges Management gewährleisten. 	Qualifikation und vertiefte Kenntnisse über Standards, Methoden und Prozesse in der Versicherungsmathematik, insbesondere in den Bereichen: <ul style="list-style-type: none"> • Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen in der Solvabilitätsübersicht (inkl. Analyse der Datenqualität), • Annahme- und Zeichnungspolitik (inkl. Methoden zur Beurteilung aus Sicht der VMF), • Rückversicherungspolitik (inkl. Methoden zur Beurteilung aus Sicht der VMF), • Risikomanagement, um die Unterstützung der Risikomanagementfunktion gemäß Solvency II zu gewährleisten.
Compliance-Funktion	Funktion der Internen Revision
Qualifikation und vertiefte Kenntnisse über Standards, Methoden und Prozesse im Compliance-Management, insbesondere in den Bereichen:	Qualifikation und Kenntnisse in den Bereichen: <ul style="list-style-type: none"> • Juristische und betriebswirtschaftliche Erfahrung,

<ul style="list-style-type: none"> • Beratung in Bezug auf die Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorschriften, • Beurteilung der möglichen Auswirkungen von Änderungen des rechtlichen Umfelds (Frühwarnung), • Identifizierung und Beurteilung von Compliance-Risiken, • Überwachung der Einhaltung von Compliance-Anforderungen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Kenntnisse zur Arbeit auf Basis eines risikoorientierten Prüfungsplans, der das gesamte Governance-System einschließt (Prüfung und Reporting), • Ausreichende Kenntnisse zur Überprüfung der gesamten Geschäftsorganisation insbesondere des IKS auf Angemessenheit und Wirksamkeit, • Kenntnisse über die Inhalte des Ethikkodex, • Kenntnisse zur Erstellung des jährlichen Revisionsberichts.
--	---

Alle Inhaber von Schlüsselfunktionen haben nachgewiesene Kenntnisse in den entsprechenden Sachgebieten sowie analytische Fähigkeiten, Problemlösungskompetenzen und die Kommunikationsfähigkeit in allen Unternehmensebenen. Darüber hinaus verfügt die genannte Personengruppe in ihrer Gesamtheit über ausreichend Kenntnisse in den folgenden Bereichen:

- Versicherungs- und Finanzmärkte,
- Geschäftsstrategie und Geschäftsmodell,
- Governance-System,
- Finanz- und versicherungsmathematische Analyse,
- Aufsichtsrecht.

Unabhängig von dem Erfordernis der fachlichen Eignung müssen Personen, die eine Schlüsselfunktion innehaben, zuverlässig sein. Die interne Leitlinie legt die notwendigen Anforderungen sowie Prozesse und Verfahren zu deren Gewährleistung ebenfalls fest. Die Zuverlässigkeit umfasst:

- Eine zuverlässige und integre Persönlichkeit, wobei die Zuverlässigkeit hierbei vor allem Redlichkeit und finanzielle Solidität meint. Anhaltspunkte sind der Charakter, das persönliche Verhalten sowie das Geschäftsgebaren.
- Keine Verstöße gegen Straftat- oder Ordnungswidrigkeitsverfahren, die im Zusammenhang mit Tätigkeiten bei Unternehmen stehen.
- Keine negative gewerbliche Zuverlässigkeits- oder Eignungsprüfung einer Aufsichtsbehörde.
- Kein Schuldner in einem Insolvenzverfahren.

B.2.2 Vorgehensweise bei der Bewertung der fachlichen Qualifikation und persönlichen Zuverlässigkeit

Vorstand und Aufsichtsrat

Die Beurteilung der fachlichen Qualifikation und der persönlichen Zuverlässigkeit erfolgt für die Mitglieder des Vorstands intern durch den Aufsichtsrat und extern durch die zuständige Aufsichtsbehörde. Die Überprüfung der fachlichen Qualifikation und der persönlichen Zuverlässigkeit erfolgt für die Mitglieder des Aufsichtsrats durch eine interne Begutachtung der Trägerversammlung und einer externen Prüfung durch die Aufsichtsbehörde. Vor der Bestellung eines neuen Mitglieds überprüft die Trägerversammlung das Vorliegen der fachlichen Qualifikation und der persönlichen Zuverlässigkeit für die Mitglieder des Aufsichtsrats und der Aufsichtsrat für die Mitglieder des Vorstands anhand der in Kapitel B.2.1 „Anforderungen an Fähigkeiten, Fachkunde und Kenntnisse“ aufgeführten Kriterien.

Zur Beurteilung der fachlichen Qualifikation machen die Personengruppen gegenüber der Aufsichtsbehörde differenzierte Angaben über ihre Berufsausbildung, frühere Tätigkeiten und erfolgte Fortbildungen. Nachzuweisen sind angemessene theoretische und praktische Kenntnisse im Versicherungsgeschäft sowie im Fall der Wahrnehmung von Leitungsaufgaben ausreichende Leitungserfahrung. Die Angaben werden mit einem Lebenslauf und entsprechenden Zeugnissen nachgewiesen. Zur Beurteilung der persönlichen Zuverlässigkeit machen die Personengruppen gegenüber der Aufsichtsbehörde differenzierte Angaben zur eigenen Person und belegen diese mit einem Führungszeugnis sowie einem Gewerbezentralregisterauszug. Zusätzlich wird geprüft, ob im Einzelfall bei einer Person Interessenskonflikte vorliegen.

Während der Amtsperiode vergewissern sich der Arbeitsausschuss und der Aufsichtsrat laufend im Rahmen der Zusammenarbeit mit den Mitgliedern des Vorstandes und die Trägerversammlung im Rahmen der Zusammenarbeit mit den Mitgliedern des Aufsichtsrats über deren fachliche Eignung und persönliche Zuverlässigkeit. Für den Aufsichtsrat ist zudem ein Prozess der Selbsteinschätzung der fachlichen Kenntnisse festgelegt, der in einen Entwicklungsplan des Aufsichtsrates mit spezifischen

Fortbildungen mündet. In folgenden Fällen erfolgt eine anlassbezogene Überprüfung der fachlichen Qualifikation und persönlichen Zuverlässigkeit der Vorstands- und/oder der Aufsichtsratsmitglieder:

- wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass die Ausübung der Geschäftstätigkeit mit den anzuwendenden Gesetzen unvereinbar ist,
- wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass das betroffene Mitglied das Risiko von Finanzdelikten erhöht oder
- wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass das solide und vorsichtige Management des Unternehmens gefährdet ist.

Schlüsselfunktionen

Eignungsbeurteilung

Die Auswahl für die Besetzung einer Schlüsselfunktion erfolgt nach dem festgelegten Personalauswahlverfahren für Führungskräfte, das gleichzeitig die aufsichtsrechtlichen Vorgaben erfüllt und die Erfordernisse der Funktion umfassend berücksichtigt. Die jeweiligen konkreten Auswahl- und Überprüfungsinhalte für Schlüsselfunktionen werden mittels Checkliste auf Vollständigkeit geprüft und dokumentiert. Zur Bewertung der fachlichen Eignung gehören:

- allgemeine Kenntnisse im Versicherungsgeschäft,
- spezielle Kenntnisse in den Funktionsweisen des Risikomanagements,
- idealerweise mindestens eine dreijährige Leitungserfahrung bei einem Versicherungsunternehmen,
- regelmäßige Weiterbildungen.

Zur Beurteilung der fachlichen Eignung sind geeignete Unterlagen wie z. B. ein detaillierter Lebenslauf, Arbeitszeugnisse und Fortbildungsnachweise heranzuziehen. Darüber hinaus ist durch die Inhaber der Schlüsselfunktionen eine persönliche Erklärung mit Angabe zur Zuverlässigkeit abzugeben. Nach erfolgter Prüfung werden die vollständigen Unterlagen zusammen mit einem entsprechenden Anzeige-Schreiben an die zuständige Aufsichtsbehörde übermittelt. Über das Anzeige-Schreiben wird erklärt, dass

- die interne Prüfung der fachlichen Eignung und persönlichen Zuverlässigkeit der betreffenden Person in Übereinstimmung mit den normativen Bestimmungen sowie der entsprechenden internen Richtlinie erfolgt ist und
- die betreffende Person als fachlich geeignet und zuverlässig für die konkrete Tätigkeit angesehen wird.

Die gemäß interner Leitlinien festgelegten Anforderungen an die Inhaber der Schlüsselfunktionen werden regelmäßig überprüft. Die Verantwortung für die regelmäßige Durchführung der Überprüfung der fachlichen Eignung und der persönlichen Zuverlässigkeit der Schlüsselfunktionen trägt der jeweilige Ressortvorstand. Hierbei wird er von dem Bereich Unternehmens- und Personalstrategie unterstützt. Über die Ergebnisse ist dem Aufsichtsrat regelmäßig Bericht zu erstatten.

Fortlaufende Eignungsbeurteilung

Eine fortlaufende Eignungsbeurteilung erfolgt grundsätzlich nach den gleichen Kriterien wie eine Erstbeurteilung. Der Fokus liegt insoweit vorrangig auf der Aufrechterhaltung eines ausreichenden Qualifikationsniveaus. Im Turnus von zwei Jahren sind von den Inhabern der Schlüsselfunktionen folgende Unterlagen aktualisiert vorzulegen:

- Lebenslauf (Darstellung des Berufslebens mit Monatsangaben seit Bestellung / letzter Überprüfung; einschließlich Nebentätigkeiten),
- vollständiges Formular „Persönliche Erklärung mit Angaben zur Zuverlässigkeit“,
- Übersicht und Nachweis über die besuchten und/oder geplanten Fortbildungen (tabellarische Aufstellung mit Datum und Inhaltsübersicht).

Ferner sind alle sechs Jahre ein aktuelles Führungszeugnis sowie ein aktueller Auszug aus dem Gewerbezentralregister vorzulegen.

Anlassbezogene Beurteilung

Darüber hinaus kann individuell eine anlassbezogene Beurteilung der Eignung erfolgen. Auch diese erfolgt nach den gleichen Kriterien wie bei der Erstbeurteilung. Die anlassbezogene Beurteilung kann aus den folgenden Gründen erfolgen:

- für die Annahme, dass die betreffende Person das Unternehmen davon abhält, seine Geschäftstätigkeit in gesetzeskonformer Art und Weise auszuüben;
- für die Annahme, dass die betreffende Person das Risiko von Finanzdelikten erhöht (z. B. Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung);
- für die Annahme, dass das solide und vorsichtige Management des Unternehmens gefährdet ist.

Die anlassbezogene Beurteilung findet auch dann statt, wenn etwa anlässlich einer Revisionsprüfung, durch die Tätigkeit der Compliance-Funktion oder im Rahmen des Beschwerdemanagements Umstände auftreten, aufgrund derer entweder anzunehmen ist, dass die Betroffenen ihre Aufgaben nicht ordnungsgemäß erfüllen oder sich hieraus konkrete Anhaltspunkte für Zweifel an deren Zuverlässigkeit ergeben.

B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung

Einen wesentlichen Bestandteil des Governance-Systems der Öffentlichen Lebensversicherung bildet das Risikomanagementsystem, welches in wesentliche Entscheidungsprozesse des Unternehmens integriert ist und gegenüber dem Vorstand und innerhalb des Governance-Komitees eine angemessene interne Berichterstattung berücksichtigt.

Darüber hinaus besitzt das Risikomanagementsystem der Öffentlichen Lebensversicherung angemessene Strategien, Prozesse und interne Meldeverfahren, die dazu dienen, die möglichen Risiken zu identifizieren, zu bewerten, zu steuern und zu überwachen. Die Aufbauorganisation und die Ablauforganisation sowie die unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (ORSA) werden im Folgenden näher erläutert.

Aufbauorganisation

Das Risikomanagementsystem setzt sich aus der zentralen Risikomanagementfunktion und aus dem dezentralen Risikomanagement der einzelnen Bereiche des Unternehmens zusammen. Die Gesamtverantwortung für die Implementierung eines angemessenen und funktionierenden Risikomanagements sowie dessen Weiterentwicklung liegt beim Vorstand, hierbei wird er durch die Risikomanagementfunktion unterstützt.

Die Grundsätze und Zielsetzungen des Risikomanagements der Öffentlichen Lebensversicherung werden in der Risikostrategie und in der Risikomanagementleitlinie festgeschrieben. Die Risikostrategie wird auf Basis der Geschäftsstrategie entwickelt, mindestens einmal jährlich überprüft und an veränderte Zielvorgaben und Rahmenbedingungen angepasst. Ihr Geltungsbereich erstreckt sich auch auf das Tochterunternehmen Öffentliche FM GmbH (im Weiteren „FM GmbH“). Im Rahmen des Limitsystems erfolgt die laufende Überwachung der Einhaltung der risikostrategischen Zielsetzungen.

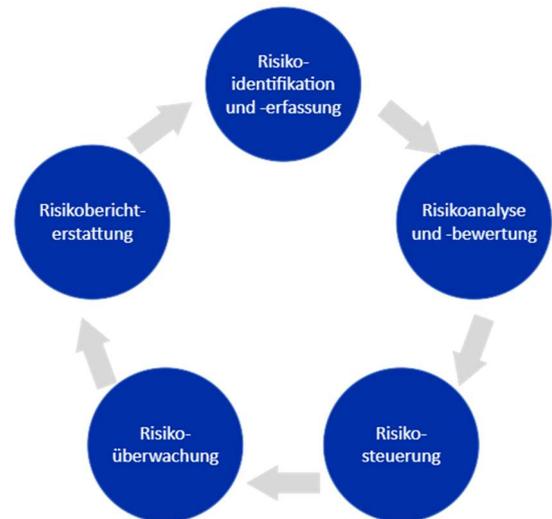
Die allgemeinen Risikomanagementziele der Öffentlichen Lebensversicherung sind:

- Frühzeitiges und systematisches Erkennen, Bewerten und Steuern von risikobehafteten Entwicklungen,
- Transparenz über die Maßnahmen, die zur Reduktion von Risiken beitragen,
- Sicherstellung einer angemessenen internen Risikosteuerung auf Basis der Solvency II-Standardformel,
- Erfüllung der externen Vorschriften des Risikomanagements,
- Förderung der Risikokultur mit einhergehender Erhöhung der Transparenz.

Im Rahmen der ganzheitlichen Risikosteuerung der Öffentlichen Lebensversicherung wurde als Unterstützung das Gremium „Risikoausschuss Leben“ gegründet. Dieses Gremium dient als Informationsaustausch zwischen aktiv- und passivseitigem Handeln, um das begrenzte Risikokapital effizient einzusetzen. Das Gremium setzt sich aus der Risikomanagementfunktion sowie den Bereichs- und Abteilungsleitern der Kapitalanlage und dem Aktuariat zusammen und trifft sich quartalsweise zum Austausch.

Ablauforganisation

Eine der wichtigsten Aufgaben der Risikomanagementfunktion besteht in der regelmäßigen Entwicklung und Durchführung von Prozessen und Verfahren zur Risikoidentifikation und -erfassung, Risikoanalyse und -bewertung, Risikosteuerung, Risikoüberwachung und Risikoberichterstattung, um einen zielgerichteten Umgang mit den möglichen Risiken sicherzustellen. Die wesentlichen Instrumente des Risikomanagements stellen dafür die Risikoinventur und das Limitsystem auf Basis der Solvency II-Standardformel sowie die unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (ORSA) dar. Die Bestandteile des Risikomanagementsystems werden im Rahmen des Risikomanagementprozesses näher erläutert.



Risikoidentifikation und -erfassung

Die Risikoinventur ist das zentrale qualitative Risikomanagementinstrument und dient der regelmäßigen strukturierten Identifikation und Erfassung von Risiken im Geschäftsbetrieb der Öffentlichen Lebensversicherung. Die Risikoinventur wird jährlich durchgeführt und konzentriert sich auf einen Betrachtungshorizont von einem Jahr. Basis der Risikoinventur ist die Risikomatrix, die gleiche Risikotreiber bzw. -ursachen zusammenfasst und einem Risikoverantwortlichen zuordnet.

Als Risikoverantwortliche gelten der Vorstand sowie die Bereichsleiter und der Geschäftsführer der Tochtergesellschaft FM GmbH. Die Risikoverantwortlichen der jeweiligen Bereiche sind dazu verpflichtet, ihre Risiken regelmäßig, mindestens einmal im Kalenderjahr zu identifizieren, zu bewerten und Maßnahmen zur Risikobewältigung nachvollziehbar zu beschreiben. Anschließend werden die identifizierten Risiken an das Risikomanagement gemeldet.

Darüber hinaus werden in der Risikoinventur auch die eingetretenen operationellen Risiken systematisch erfasst. So können in einem Geschäftsjahr tatsächlich realisierte Verluste und die damit einhergehenden Risikoquellen identifiziert und in Zukunft besser überwacht werden. Bei neu erkannten, sich materiell erhöhenden oder realisierten Risiken müssen die Risikoverantwortlichen unverzüglich eine ad hoc-Meldung für die Risikomanagementfunktion erstellen, wenn ein Melden bis zum nächsten Risikoinventurstichtag als nicht angemessen erachtet wird.

Risikoanalyse und -bewertung

Mittels Expertenschätzungen bewerten die Risikoverantwortlichen im Rahmen der Risikoinventur die jeweiligen Risiken auf Basis von Schadenhöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit. Darüber hinaus werden Risiken auf Basis der Solvency II-Standardformel quantifiziert und über das unternehmensweite Limitsystem gesteuert. Die Quantifizierung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs (GSB) der Öffentlichen Lebensversicherung erfolgt im Rahmen der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (ORSA).

Risikosteuerung

Die Risikosteuerung der Öffentlichen Lebensversicherung basiert im Wesentlichen auf den vorhandenen Risikominderungs-techniken und Kontrollen, die durch die Risikoverantwortlichen der jeweiligen Bereiche vorgenommen werden, sowie auf festgelegten Risikotoleranzschwellen, die sich die Öffentliche Lebensversicherung bei der Übernahme von Risiken in den einzelnen Kategorien auferlegt hat. Die Limitverteilung erfolgt jährlich neu zu Beginn des Jahres im Rahmen der Risikostrategie.

Die Risikosituation der Öffentlichen Lebensversicherung wird auf Basis eines konsistenten Limit- und Schwellenwertsystems regelmäßig überwacht und gesteuert. Die Überschreitung vorab definierter Schwellenwerte gibt frühzeitig Aufschluss über die Risikosituation und dient somit als Frühwarnindikator für das Unternehmen. Die Ergebnisse der Limitbedeckung werden im Rahmen der quartalsweisen Risikoberichterstattung an den Vorstand übermittelt und zusätzlich auch an die Gremien berichtet.

Risikoüberwachung

Die Risikoüberwachung erfolgt zum einen dezentral durch die Risikoverantwortlichen und zum anderen zentral und quantitativ durch die Risikomanagementfunktion, die die Entwicklung aller identifizierten Risiken sowie die Einhaltung der festgelegten Limite und Schwellenwerte regelmäßig beobachtet und den Vorstand im Rahmen der quartalsweisen Berichterstattung informiert. Bei einer Überschreitung der Schwellenwerte und somit der Gefahr einer Unterdeckung ist es Aufgabe des Vorstandes über weitere Maßnahmen zu entscheiden.

Darüber hinaus erfolgt die Risikoüberwachung auch noch qualitativ im Rahmen der einmal im Kalenderjahr durchgeführten Risikoinventur.

Risikoberichterstattung

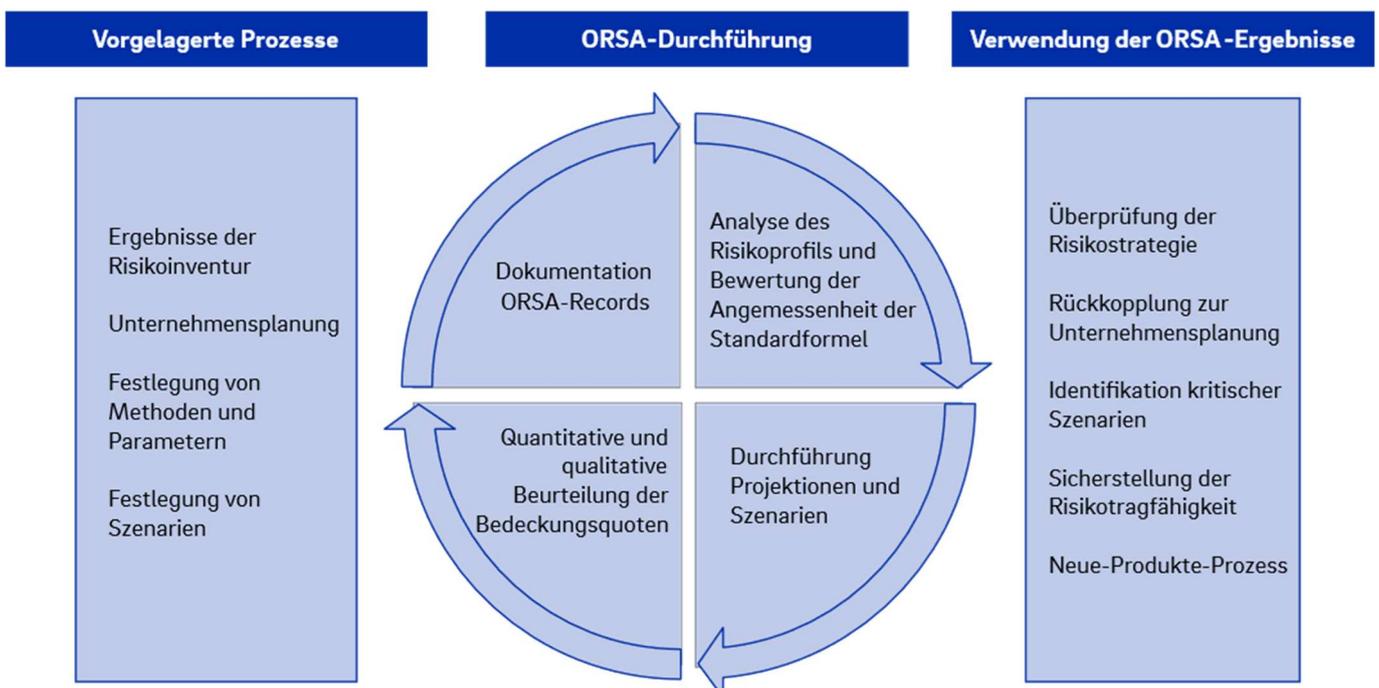
Die Risikoberichterstattung an den Vorstand und die Gremien erfolgt quartalsweise im Rahmen des Risikoberichtes, der unter anderem die Ergebnisse der Limitauslastung beinhaltet. Zudem wird der Vorstand jährlich über die Ergebnisse der Risikoinventur und des ORSA informiert.

Unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (ORSA)

Der ORSA bildet ein zentrales Risikomanagementinstrument unter Solvency II mit dem Ziel, das unternehmenseigene Risikoprofil zu analysieren und mit den Annahmen der Standardformel zu vergleichen sowie den daraus resultierenden Risikokapitalbedarf kontinuierlich zu bewerten. Ein weiteres Ziel des ORSA ist die Unterstützung der Geschäftsleitung bei der Etablierung und Aufrechterhaltung eines effektiven Risikomanagementsystems und bei der Operationalisierung der Risikostrategie.

Die Durchführung des regulären ORSA-Prozesses erfolgt bei der Öffentlichen Lebensversicherung einmal im Kalenderjahr in der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres. Sofern sich keine wesentlichen Änderungen des Risikoprofils ergeben haben, basiert der ORSA-Prozess auf dem Stichtag des letzten Jahresabschlusses. Für die Projektionsrechnungen über sechs Jahre werden die Ergebnisse des im Vorfeld stattfindenden unternehmensweiten Hochrechnungs- und Planungsprozesses verwendet, denen das Kapitalmarktumfeld per 30.06.2023 zugrunde liegt. Wesentliche Veränderungen des Gesamtrisikoprofils können die Durchführung eines unterjährigen ad hoc-ORSA erfordern. Zusätzlich wird die Veränderung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs durch die Berechnung der Bedeckungsquoten laufend überprüft.

Die folgende Grafik veranschaulicht den ORSA-Prozess bei der Öffentlichen Lebensversicherung, der im Folgenden näher erläutert wird.



Vorgelagerte Prozesse

Im Vorfeld des ORSA-Prozesses wird die Risikoinventur durchgeführt, deren Ergebnisse insbesondere bei der Beschreibung des Risikoprofils, der Bewertung der operationellen Risiken und der schwer quantifizierbaren Risiken, die innerhalb der Solvency II-Standardformel keine vollumfängliche Anwendung finden, berücksichtigt werden. Die Unternehmensplanung findet einmal jährlich statt, wird durch den Vorstand verabschiedet und bildet die Grundlage des ORSA. Damit stellt der ORSA einen direkten Bezug zur Geschäftsstrategie her, die als Grundlage für die Unternehmensplanung gilt. Darüber hinaus erfolgt die Festlegung und Verabschiedung von Methoden und Parametern zur Berechnung der Bedeckungsquoten im Vorfeld der Jahresmeldung sowie ggf. vor der ORSA-Projektion bei neuen Erkenntnissen oder größeren Veränderungen (z. B. Bestandsübertragungen). Zusätzlich findet die Festlegung von Szenarien für den ORSA statt, die ebenfalls durch den Vorstand verabschiedet werden.

ORSA-Durchführung

Im Fokus des ORSA-Prozesses stehen die Bestimmung des Solvency Capital Requirements (SCR) und die Bestimmung des GSB. Das SCR wird bei der Öffentlichen Lebensversicherung mithilfe der Solvency II-Standardformel berechnet. Bei der Bestimmung des GSB überprüfen die betreffenden Bereiche der Öffentlichen Lebensversicherung, ob die Annahmen der Solvency II-Standardformel für das eigene Risikoprofil angemessen sind. Darüber hinaus findet im Rahmen der Projektionsrechnung über den Planungszeitraum eine Analyse der Bedeckungssituation statt, um die jederzeitige Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen zu erfüllen.

- **Analyse des Risikoprofils und Bewertung der Angemessenheit der Solvency II-Standardformel**
Das Gesamtrisikoprofil wird durch die Ergebnisse der Risikoinventur und durch die Überprüfung der Angemessenheit der Annahmen der Solvency II-Standardformel erfasst, bewertet und dokumentiert. Anschließend wird der Risikokapitalbedarf für die Öffentliche Lebensversicherung durch das Risikomanagement in dem Tool „Solvara“ berechnet. Die Angemessenheit der Annahmen der Solvency II-Standardformel wurde für die Öffentliche Lebensversicherung auch im Jahr 2023 bestätigt, so dass diese neben der Berechnung des SCR auch für die Ermittlung des GSB verwendet werden kann.
- **Durchführung der Projektionen und Szenarien**
Die vorausschauende Beurteilung des GSB und die kontinuierliche Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen erfolgen konsistent zu der Unternehmensplanung und werden jeweils über den Hochrechnungs- und Planungszeitraum von insgesamt sechs Jahren projiziert. Darüber hinaus werden Stresstests und Szenarioanalysen im Rahmen des ORSA-Prozesses betrachtet. Parallel dazu findet durch die VMF eine Beurteilung der versicherungstechnischen Rückstellungen statt, die insbesondere die Themen Datenqualität sowie die Angemessenheit der Modellierung umfasst. Die Eigenmittel werden im Tool „Solvara“ ermittelt, den entsprechenden Tier-Klassen zugeordnet und auf ihre Anrechenbarkeit zur Bedeckung der Risiken geprüft. Anschließend findet die Berechnung der jeweiligen Bedeckungsquote statt.
- **Quantitative und qualitative Beurteilung der Bedeckungsquoten**
Im Anschluss an die Berechnung erfolgt eine Beurteilung der Ergebnisse, in der die größten Treiber für die Entwicklung der Risiken und Eigenmittel im Zeitverlauf ausgewertet werden.
- **Dokumentation**
Im letzten Schritt des ORSA-Prozesses wird der ORSA-Bericht erstellt, der dem Vorstand zur Verabschiedung vorgelegt wird. Der ORSA-Bericht stellt sowohl den internen Bericht für den Vorstand als auch den externen ORSA-Bericht für die Aufsichtsbehörde dar. Darin werden die Ergebnisse aus dem gesamten ORSA-Prozess gemäß den aufsichtsrechtlichen Anforderungen dargestellt und entsprechend der Erkenntnisse Schlussfolgerungen gezogen.

Verwendung der ORSA-Ergebnisse

Die Erkenntnisse aus dem ORSA-Prozess werden in der Unternehmensplanung berücksichtigt, die eine direkte Verbindung zur Geschäftsstrategie hat. Eine Verknüpfung mit der Risikostrategie und dem zugehörigen Limitsystem ist durch die direkte Verbindung zu den Risikotoleranzschwellen gegeben. Für die Festlegung dieser Limite sind die Ergebnisse jedes Einzeljahres der

Projektion und die Ergebnisse der Stresstests eine zentrale Grundlage. Des Weiteren können sich aus dem ORSA-Prozess mitunter weitere Maßnahmen, z. B. in Bezug auf die Entwicklung und Einführung neuer Produkte, ableiten lassen.

B.4 Internes Kontrollsystem

B.4.1 Beschreibung des Internen Kontrollsystems

Das Interne Kontrollsystem (IKS) ergänzt die vier Schlüsselfunktionen und ist somit ein weiterer bedeutender Baustein des Governance-Systems. Es beinhaltet alle unternehmensinternen Steuerungs- und Überwachungsprozesse und dient im Wesentlichen dem Management von operationellen Risiken. Das Design, die Implementierung und die Weiterentwicklung des IKS erfolgen in Anlehnung an die allgemeinen COSO-Standards (Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission), bestehend aus den fünf Kernelementen Kontrollumfeld, Risikobewertung, Kontrollaktivitäten, Information / Kommunikation sowie Überwachung und bildet somit den Orientierungsrahmen für die Ausgestaltung des IKS der Öffentlichen Lebensversicherung.

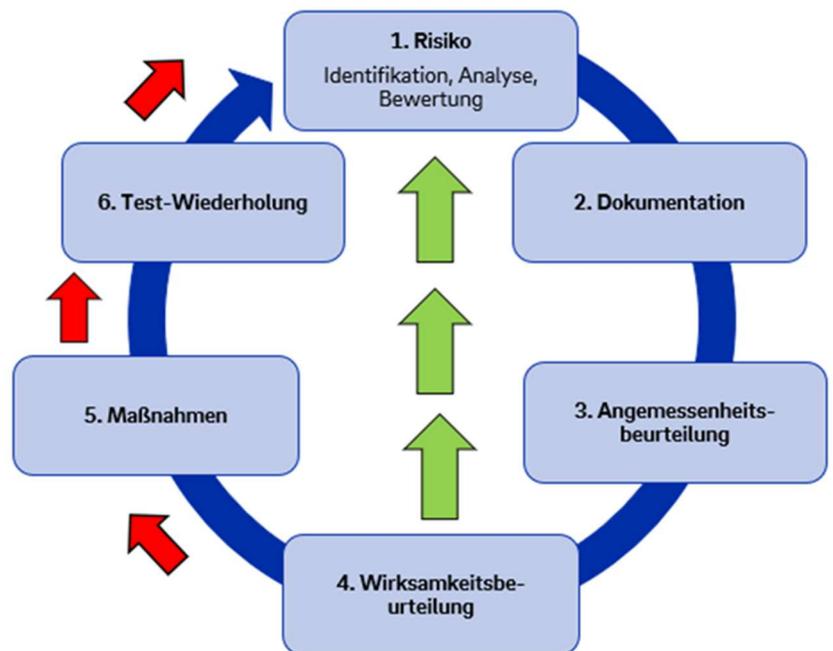
Die wesentlichen Ziele und Methoden des IKS stellen sich wie folgt dar:

Ziele	Methoden
<p>Die Gewährleistung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • der Wirksamkeit, Effizienz und der Geschäftstätigkeit, • der Einhaltung von Gesetzen und Verordnungen, allen aufsichtsrechtlichen Anforderungen und internen Vorgaben sowie Unternehmenszielen und • der Verfügbarkeit und der Verlässlichkeit finanzieller und nichtfinanzieller Informationen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Interne Kontrollen und ein risikobewusstes Verhalten erfolgen im Wesentlichen durch die operativen Bereiche. • Durchführung von regelmäßigen und prozessunabhängigen Prüfungen durch die Interne Revision. • Installierte Schlüsselfunktionen führen regelmäßige und prozessintegrierte Überwachungen durch.

Um ein unternehmensweit einheitliches IKS sicherzustellen, wurde durch den Vorstand der Öffentlichen Lebensversicherung eine zentrale IKS-Instanz eingerichtet, die organisatorisch dem Bereich Organisation und Prozesse zugeordnet ist. Der Vorstand trägt die Verantwortung für das IKS. Die Verantwortung für die Risiken und Kontrollen tragen die Risikoverantwortlichen der jeweiligen Bereiche.

Die Aufgaben der IKS-Instanz sind unter anderem die Erarbeitung von Vorgaben zur Ausgestaltung des IKS und die Überwachung der Umsetzung des IKS. Weitere Aufgaben im Zusammenhang mit dem Aufbau und Betrieb des IKS sind die Definition einheitlicher IKS-Standards zur Anwendung in den operativen Bereichen, die Erstellung verbindlicher Standards für die IKS-Dokumentationen und die Organisation des IKS-Reportings. Die IKS-Instanz berichtet jährlich über die Ergebnisse der Kontrolltests der Schlüsselkontrollen, der Kontrolldurchführungen und der IKS-Jahresberichte sowie bei besonderem Bedarf an den Vorstand.

Das IKS der Öffentlichen Lebensversicherung besteht aus den nachfolgend aufgeführten Komponenten, die in der Leitlinie IKS beschrieben sind. Diese Leitlinie wurde im Jahr 2023 überprüft und erforderliche Anpassungen wurden vorgenommen. Die einzelnen Verfahrensschritte des IKS-Regelkreises sind von allen Bereichen inklusive der FM GmbH regelmäßig einmal jährlich durchzuführen und werden im Folgenden näher erläutert:



1. Risiko

Die Risikobewertung ist eine regelmäßige quantitative und/oder qualitative Beurteilung der Prozessrisiken. Das Ziel der Risikobewertung ist, relevante Risiken in den zu betrachtenden Prozessen zu ermitteln und die entsprechenden Kontrollen für die Risiken im betreffenden Prozess festzulegen.

2. Dokumentation

- a) der Geschäftsprozesse inkl. Zuordnung von Risiken und Kontrollen
- b) der Kontrollen (Beschreibungen), Kontrolldurchführungen, Kontrolltests und Jahresberichte.

3. Angemessenheitsbeurteilung der Kontrollen

Bei der Beurteilung der Angemessenheit wird anhand der vorliegenden Kontrollbeschreibung überprüft, ob die Konzeption der Kontrolle grundsätzlich geeignet ist, den mit dem Kontrollziel verbundenen Zweck zu erfüllen und ob das entsprechende Risiko in ausreichendem Umfang reduziert oder sogar eliminiert werden kann. Die Ergebnisse der Angemessenheitsbeurteilung sind in geeigneter Weise zu dokumentieren.

4. Wirksamkeitsbeurteilung der Kontrollen

Die Wirksamkeitsbeurteilung ist eine Überprüfung der Funktionsfähigkeit der Kontrolle. Die Beurteilung, ob die Wirksamkeit der vorhandenen Kontrolle gewährleistet ist, erfolgt durch einen Wirksamkeitstest. Die Testergebnisse sind entsprechend zu dokumentieren.

5. Maßnahmenentwicklung zur Sicherstellung der Kontrollwirksamkeit

Die Entwicklung von Maßnahmen zur Sicherstellung der Kontrollwirksamkeit ist nur erforderlich, wenn Kontrollen unwirksam sind. Eine Kontrollschwäche im Sinne des IKS liegt vor, wenn die Konzeption oder die Ausführung der Kontrolle nicht gewährleisten, dass unter normalen Umständen Fehler zeitnah erkannt oder verhindert werden können. Zur Behebung der Kontrollschwächen sind geeignete Maßnahmen zu entwickeln, die sich direkt aus den identifizierten Kontrollschwächen einzelner Kontrollen ableiten oder die einen kontrollübergreifenden Charakter aufweisen. Die Umsetzung der Maßnahmen ist zu überwachen.

6. Test-Wiederholung/Simulation

Unwirksame Kontrollen sind nach Umsetzung geeigneter Maßnahmen einer erneuten Wirksamkeitsbeurteilung in Form einer Test-Wiederholung zu unterziehen. Ziel der Test-Wiederholung ist, die erfolgreiche Umsetzung einer Maßnahme zu belegen und im Ergebnis die Wirksamkeit der Kontrolle nachzuweisen.

Das IKS der Öffentlichen Lebensversicherung entspricht sowohl den gesetzlichen und regulatorischen Anforderungen als auch den Anweisungen des Vorstandes und ist somit als ordnungsgemäß und wirksam einzustufen. Dies wurde sowohl von der Internen Revision der Öffentlichen Lebensversicherung im Berichtsjahr sowie der Revision der NORD/LB und durch externe Wirtschaftsprüfer in den Vorjahren bestätigt.

B.4.2 Umsetzung der Compliance-Funktion

Ziel der Compliance-Funktion ist es, auf das rechtskonforme Verhalten des Unternehmens und der für das Unternehmen handelnden Personen hinzuwirken sowie die Unternehmenskultur auf das rechts- und regelkonforme Verhalten auszurichten. Dafür hat der Vorstand einen Verhaltenskodex in Kraft gesetzt, welcher Maßstäbe für regelkonformes Verhalten vorgibt. Nähere Informationen zum Verhaltenskodex sind auf der Internetseite der Öffentlichen Versicherung dargestellt.

Die Compliance-Funktion der Öffentlichen Lebensversicherung ist nach einem dezentralen Ansatz organisiert. Dies bedeutet, dass verschiedene Compliance-Themen einerseits von der Compliance-Funktion und andererseits von dezentralen Compliance-Fachverantwortlichen und Ansprechpartnern wahrgenommen werden. Der Leiter des Geschäftsbereiches Grundsatzfragen ist sowohl Inhaber der Compliance-Funktion als auch der Internen Revision. Als solcher ist er fachlich und disziplinarisch direkt dem Ressortvorstand unterstellt und dazu verpflichtet regelmäßig über seine Tätigkeit Bericht zu erstatten. Zusätzlich wird der Inhaber der Compliance-Funktion von den Mitarbeitenden der Compliance-Abteilung und den Compliance-Fachverantwortlichen unterstützt, die ihm fachlich und disziplinarisch zugeordnet sind. Darüber hinaus gibt es dezentrale Compliance-Ansprechpartner, die der Compliance-Funktion nur fachlich angebunden sind. Im Rahmen der Zusammenarbeit ist ein regelmäßiger

Informationsaustausch innerhalb des Compliance-Management-Systems (CMS), des regelmäßig tagenden Compliance-Arbeitskreises und innerhalb des Compliance-Komitees sichergestellt.

Die Compliance-Funktion führt jährlich eine Analyse durch, welche gesetzlichen Vorschriften für die Öffentliche Lebensversicherung gelten und welches Potential und welche Auswirkungen durch eine Verletzung dieser Vorschriften für das Unternehmen bestehen. Die Compliance-Funktion analysiert, identifiziert und bewertet Risiken, die aus dem möglichen Nicht-Einhalten der rechtlichen Anforderungen resultieren und überwacht die Angemessenheit und Wirksamkeit der in den Prozessen eingerichteten Maßnahmen und Kontrollen zur Verhinderung von Compliance-Verstößen. Darüber hinaus berät die Compliance-Funktion den Vorstand, die Führungskräfte und die Mitarbeitenden regelmäßig in Compliance-relevanten Fragen, führt Schulungen und Kommunikationsmaßnahmen durch und entwickelt Richtlinien, um Verhaltensanforderungen für die Mitarbeitenden transparent zu machen. Die Compliance-Funktion informiert den Vorstand mindestens einmal im Kalenderjahr in einem Gesamtbericht über ihre Tätigkeiten und anlassbezogen, sofern dies erforderlich ist. Zusätzlich geht die Compliance-Funktion auch Hinweisen auf Compliance-Verstöße nach, die über das vom Unternehmen eingerichtete Hinweisgebersystem eingehen.

Compliance-Funktion	Ombudsperson
Dr. Jens Zitzewitz Theodor-Heuss-Str. 10 38122 Braunschweig	Dr. Rainer Buchert und Dr. Caroline Jacob Kaiserstr. 22 60311 Frankfurt am Main
Fon: 0531 / 202 12 08 Fax: 0531 / 202 33 12 08	Fon: 069 / 71 03 33 30 Fax: 069 / 71 03 44 44
E-Mail: Jens.Zitzewitz@oeffentliche.de	E-Mail: Kanzlei@dr-buchert.de

B.5 Funktion der Internen Revision

B.5.1 Umsetzung der Funktion der Internen Revision

In Ausgestaltung und Erfüllung der Standards des Institute of Internal Auditors (IIA) verfolgt die Interne Revision der Öffentlichen Lebensversicherung das übergeordnete Ziel, den Wert des Unternehmens zu erhöhen und zu schützen, indem sie

- vorausschauend, risikoorientiert und objektiv prüft und so die für das Unternehmen wichtigen Risiken aufzeigt,
- im Rahmen von Beratungen im Vorstandsauftrag ihr Know-how den Organen, Bereichen und Projekten des Unternehmens zur Verfügung stellt,
- pro-aktiv Veränderungsprozesse anstößt, überwacht und begleitet, die Risiken wirksam mitigiert und hilft, die Öffentliche Lebensversicherung effizient und zukunftsorientiert auszurichten,
- Mitarbeitende der Internen Revision konsequent fördert und zukunftsorientiert ausbildet.

Die Erfüllung der Ziele wird unterstützt durch die in der Policy und im Revisionshandbuch definierten aktuellen Prozesse und Methoden. Diese schriftlich fixierte Ordnung der IR wird turnusgemäß zumindest jährlich oder anlassbezogen auf Aktualität und Anpassungsbedarf überprüft und fortgeschrieben. Auf Grundlage der geschäftspolitischen Grundsätze, Ziele und Strategien des Vorstandes übt die Interne Revision die folgenden Tätigkeiten und Funktionen aus:

- Prüfungsfunktion
- Beratungsfunktion im Auftrag des Vorstandes der Öffentlichen Versicherung Braunschweig
- Innovations- und Initiativfunktion.

Darüber hinaus prüft und beurteilt die Interne Revision im Rahmen eines risiko- und prozessorientierten Ansatzes:

- Risiken aus der Geschäftstätigkeit,
- die Umsetzung der geschäftspolitischen Grundsätze,

- die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements und des IKS sowie der Führungs- und Überwachungsprozesse, Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit aller Prozesse und Aktivitäten, inklusive der Einhaltung gesetzlicher und aufsichtsrechtlicher Anforderungen. Dazu zählt auch die Beurteilung der Wirksamkeit der Maßnahmen zur Verhinderung und Aufdeckung doloser Handlungen.

Die Prüfungstätigkeit der Internen Revision erstreckt sich auch auf wesentliche Projekte und Sonderaufgaben, auf den Neue-Produkte-Prozess, auf wesentliche Veränderungen der Aufbau- und Ablauforganisation sowie von IT-Systemen und auf die ein- und ausgelagerten Funktionen und Bereiche der Öffentlichen Lebensversicherung. Zur Vermeidung von Interessenskonflikten darf sie grundsätzlich in Entscheidungsgremien kein aktives Stimmrecht wahrnehmen. Zusätzlich können explizite Beratungsaufträge angenommen werden, wobei die Einhaltung der Prüffunktion bzw. die Erfüllung des Prüfungsplanes Vorrang haben.

Die Prüfungstätigkeit richtet sich nach einem jährlich von der Internen Revision zu erstellenden Prüfungsplan. Dabei sind Prüfungsthemen des Vorstandes und zur angemessenen Aufgabenabgrenzung -sofern möglich – auch Prüfungsschwerpunkte des Aufsichtsrates zu berücksichtigen. Der Prüfungsplan ist durch den Vorstand zu genehmigen und die Prüfungsplanung regelmäßig, mindestens quartalsweise und anlassbezogen, zu überprüfen und bei Bedarf anzupassen. Die Aktivitäten und Prozesse des Unternehmens sind in angemessenen Abständen, grundsätzlich jedoch innerhalb von fünf Jahren, zu prüfen. Wenn besondere Risiken bestehen oder externe Anforderungen dies explizit erfordern, ist jährlich oder ad-hoc im Rahmen von Sonderaufträgen des Vorstandes zu prüfen.

Die Interne Revision ist gegenüber dem Gesamtvorstand turnusmäßig und gegenüber dem Aufsichtsrat jährlich zur Berichterstattung verpflichtet, wobei über jede Prüfung ein schriftlicher Bericht anzufertigen ist. Sie ist bei der Berichterstattung und der Wertung der Prüfungsergebnisse keinen Weisungen unterworfen und besitzt gegenüber anderen Organisationseinheiten und Mitarbeitenden kein Weisungsrecht. Der Vorstand beschließt, welche Maßnahmen aufgrund der Feststellungen der Revisionsberichte zu ergreifen sind und die Interne Revision stellt die Umsetzung dieser Maßnahmen sicher.

Die Abteilung Interne Revision ist fachlich und disziplinarisch dem Leiter des Bereiches Grundsatzfragen unterstellt, der gleichzeitig auch die Funktion der Internen Revision und die Compliance-Funktion innehat. Die Interne Revision ist für den Gesamtvorstand tätig.

B.5.2 Gewährleistung der Objektivität und Unabhängigkeit

Gemäß den gesetzlichen und regulatorischen Aufgaben ist die Interne Revision eine Kontrollfunktion des Vorstandes und muss objektiv und unabhängig von anderen operativen Tätigkeiten sein. Sie hat ihre Aufgaben eigenverantwortlich und unabhängig wahrzunehmen. Zur Wahrung der Unabhängigkeit und ordnungsgemäßen Aufgabentrennung der Schlüsselfunktionen Compliance und Interne Revision hat der Vorstand eine ergänzende Arbeitsanweisung erlassen. Diese Arbeitsanweisung bildet zusammen mit der Policy und dem Revisionshandbuch den Bestandteil der schriftlich fixierten Ordnung für die Revisionsarbeit der Öffentlichen Lebensversicherung.

Darüber hinaus dürfen die Mitarbeitenden der Internen Revision grundsätzlich keine revisionsfremden Aufgaben oder Aufgaben, die nicht im Einklang mit ihrer Prüfungstätigkeit stehen, übernehmen. In begründeten Einzelfällen können Mitarbeitende aus anderen Bereichen der Öffentlichen Lebensversicherung mit entsprechendem Fachwissen zeitweise für die Interne Revision tätig werden bzw. kann bei Bedarf externe Unterstützung herangezogen werden. Die Mitarbeitenden der Internen Revision haben ihre Tätigkeit unabhängig, vertraulich und gewissenhaft auszuüben und orientieren sich dabei an den internationalen Standards für die berufliche Praxis der Internen Revision, dem Kodex der Berufsethik des Deutschen Instituts für Interne Revision (DIIR) sowie den Revisionsstandards des DIIR. Um Interessenkonflikte für neue Mitarbeitende der Internen Revision, die aus anderen Bereichen der Öffentlichen Lebensversicherung stammen, zu vermeiden, werden diese nach Einstellung für mindestens ein Jahr nicht als Prüfungsleiter in den Bereichen eingesetzt, aus denen sie stammen und dürfen keine Prozesse, Arbeiten oder ähnliche Tätigkeiten prüfen, an denen sie vorher direkt oder indirekt mitgewirkt haben.

B.6 Versicherungsmathematische Funktion

Die Versicherungsmathematische Funktion (VMF) stellt sicher, dass die versicherungstechnischen Rückstellungen als ein wesentlicher Posten der zukünftigen Verpflichtungen in der Solvabilitätsübersicht methodisch, prozessual und datentechnisch korrekt modelliert sind und ist operativ eng in die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen im sogenannten Branchensimulationsmodell eingebunden. Darüber hinaus prüft sie die Konsistenz der Risikostrategie mit der

Rückversicherungsstrategie und der Annahme- und Zeichnungspolitik. Zudem steht sie für strategische und operative versicherungstechnische Fragestellungen wie z. B. die adäquate Modellierung von neuen Produkten in der Solvabilitätsübersicht zur Verfügung. Diese Aktivitäten tragen zu einer effektiven Steuerung und Überprüfung von Risikominderungstechniken im Bereich der Versicherungstechnik bei.

Die Funktion wird organisatorisch durch die Abteilungsleitung des Risikomanagements wahrgenommen, die auch die Risikomanagementfunktion innehat. Die Prozesse der Versicherungsmathematischen Funktion sind getrennt von denen der Risikomanagementfunktion inkl. der Festlegung der erforderlichen Schnittpunkte, wie z.B. die Weitergabe der konkreten Arbeitsergebnisse eines Prozessschrittes. Jeder weitere Mitarbeitende, der an der Erfüllung der Aufgaben der VMF mitwirkt, besitzt die Qualifikationen, Kenntnisse und Erfahrungen, die für seinen Aufgabenbereich erforderlich sind. Dazu gehören insbesondere aktuarielle und finanzmathematische Kenntnisse. Da die VMF bei der Öffentlichen Lebensversicherung in einem Bereich angesiedelt ist, der keine versicherungstechnischen Kernprozesse, wie z. B. die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen verantwortet, ist hierdurch ein hohes Maß an Unabhängigkeit in Bezug auf die Validierungsaufgaben der VMF sichergestellt.

Darüber hinaus hat die VMF ein Auskunftsrecht gegenüber den zu überprüfenden Bereichen und berichtet unabhängig und im halbjährlichen Turnus über die im Berichtszeitraum durchgeführten Aktivitäten und Ergebnisse an den Vorstand. Die VMF wird frühzeitig in Fragestellungen der Produktentwicklung und Rückversicherungskoordination eingebunden und nimmt hier aktiv ihre Rolle der Validierung und Beratung des Vorstandes für die Auswirkung von neuen Produkten bzw. geänderten Rückversicherungsverträgen in Bezug auf das Risikoprofil wahr. Im Bereich der versicherungstechnischen Rückstellungen überprüft sie die Datenqualität sowie die angewendeten Methoden (z. B. mittels Vorjahresvergleiche, grafischen Analysen, Sensitivitätsrechnungen, Prüfungen von Expertenschätzungen). Darüber hinaus werden je nach Ausgangslage neue Validierungsschwerpunkte festgelegt, die bei der Validierung prozessbegleitend zur Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen erfolgen. Des Weiteren ist die VMF beratend bei der Weiterentwicklung der Themen Nachhaltigkeit und latente Steuern eingebunden.

B.7 Outsourcing

Unter Outsourcing ist die Ausgliederung von unternehmerischen Funktionen oder Versicherungstätigkeiten an Drittunternehmen zu verstehen.

Tätigkeiten oder Dienstleistungen werden nur dann ausgegliedert, wenn sie nicht selbst dauerhaft in gleichem Maße wirtschaftlich und qualitativ hochwertig erbracht werden können wie durch einen Ausgliederungspartner. Eine Ausgliederung von wichtigen versicherungsspezifischen Funktionen oder Tätigkeiten bedarf der Zustimmung des Vorstands. In diesen Fällen bleibt die Öffentliche Lebensversicherung als ausgliederndes Unternehmen für die Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Vorschriften und Anforderungen gemäß § 32 Abs. 1 VAG verantwortlich. Diese Verantwortlichkeit bleibt auch im Falle von Unter-Ausgliederungen oder bei gruppeninternen Ausgliederungen bestehen.

In einer unternehmensweit geltenden Ausgliederungsleitlinie hat das Unternehmen einen Ausgliederungsprozess etabliert, durch den ausgegliederte Funktionen oder Versicherungstätigkeiten entsprechend den aufsichtsrechtlichen Anforderungen analysiert, gesteuert und überwacht werden. Die Leitlinie beschreibt die in den MaGo geforderten Berichts- und Überwachungsmechanismen, um die Verfahrens- und Qualitätsstandards entsprechend zu gewährleisten. Die Ausgliederungsleitlinie wird regelmäßig überprüft und ggf. angepasst. Der Prozess einer Ausgliederung, beginnend mit der Entscheidung der Ausgliederung, der Auswahl des Dienstleisters, über deren Vollzug bis hin zur Überwachung der ausgegliederten Tätigkeit, erfolgt dabei stets durch den ausgliedernden Bereich. Ausgliederungen erfolgen aktuell nur auf in Deutschland ansässige und dem deutschen Rechtssystem unterliegende Dienstleister. Im Fall einer Ausgliederung an Cloud-Anbieter im Rahmen der IT wird von der BaFin das Merkblatt - Orientierungshilfe zu Auslagerungen an Cloud-Anbieter beachtet.

Die Öffentliche Sachversicherung erbringt wesentliche Dienstleistungen auf dem Gebiet der Informationsverarbeitung für die Öffentliche Lebensversicherung. Insbesondere umfassen diese Dienstleistungen die Beratung, die Anwendungsentwicklung, die Rechenzentrumsbetriebe, die Telekommunikation sowie die Beschaffung von IT.

Die Entscheidung zur Ausgliederung und die Auswahl der Dienstleister erfolgt unter Berücksichtigung des für die Dienstleistung erforderlichen Spezial-Skills sowie der für die Leistungserbringung erforderlichen Spezial-Infrastruktur und die durch Skaleneffekte erzielten geringeren Kosten hierfür.

Im IT-Bereich bestehen die folgenden wichtigen Ausgliederungen über die Öffentliche Sachversicherung für die Öffentliche Lebensversicherung:

- Der Betrieb der Versicherungssysteme erfolgt durch die NTT DATA Business Solutions Global Managed Services GmbH mit Sitz in Bautzen. Die NTT DATA Business Solutions Global Managed Services GmbH ist ein auf den Betrieb von SAP-Systemen spezialisierter Rechenzentrumsdienstleister.
- Die zentrale Erstellung und der Versand von Druckstücken ist ausgegliedert an den Druckdienstleister ePost Solutions GmbH in Einbeck. Die ePost Solutions GmbH ist eine hundertprozentige Tochter der Deutschen Post und ein führender Lösungsanbieter in der Dokumentenverarbeitung.
- Der Betrieb der Office-Produkte (Word, Excel, Outlook, Sharepoint) sowie die Bereitstellung von Server-Infrastruktur für nicht-versicherungstechnische Systeme erfolgt durch Microsoft Ireland Operations Ltd. in der European Cloud. Der Einkauf der Leistung erfolgt über die Finanz Informatik GmbH Co. KG mit Sitz in Frankfurt.

Zusätzlich wird die Weiterentwicklung der Lebensversicherungsprodukte inklusive der Lebensversicherungsmathematik durch das Softwareprodukt „Life Factory“ der msg life central europe GmbH mit Sitz in Leinfelden-Echterdingen unterstützt. Die msg life central europe GmbH bietet Software- und Consultinglösungen für Versicherer.

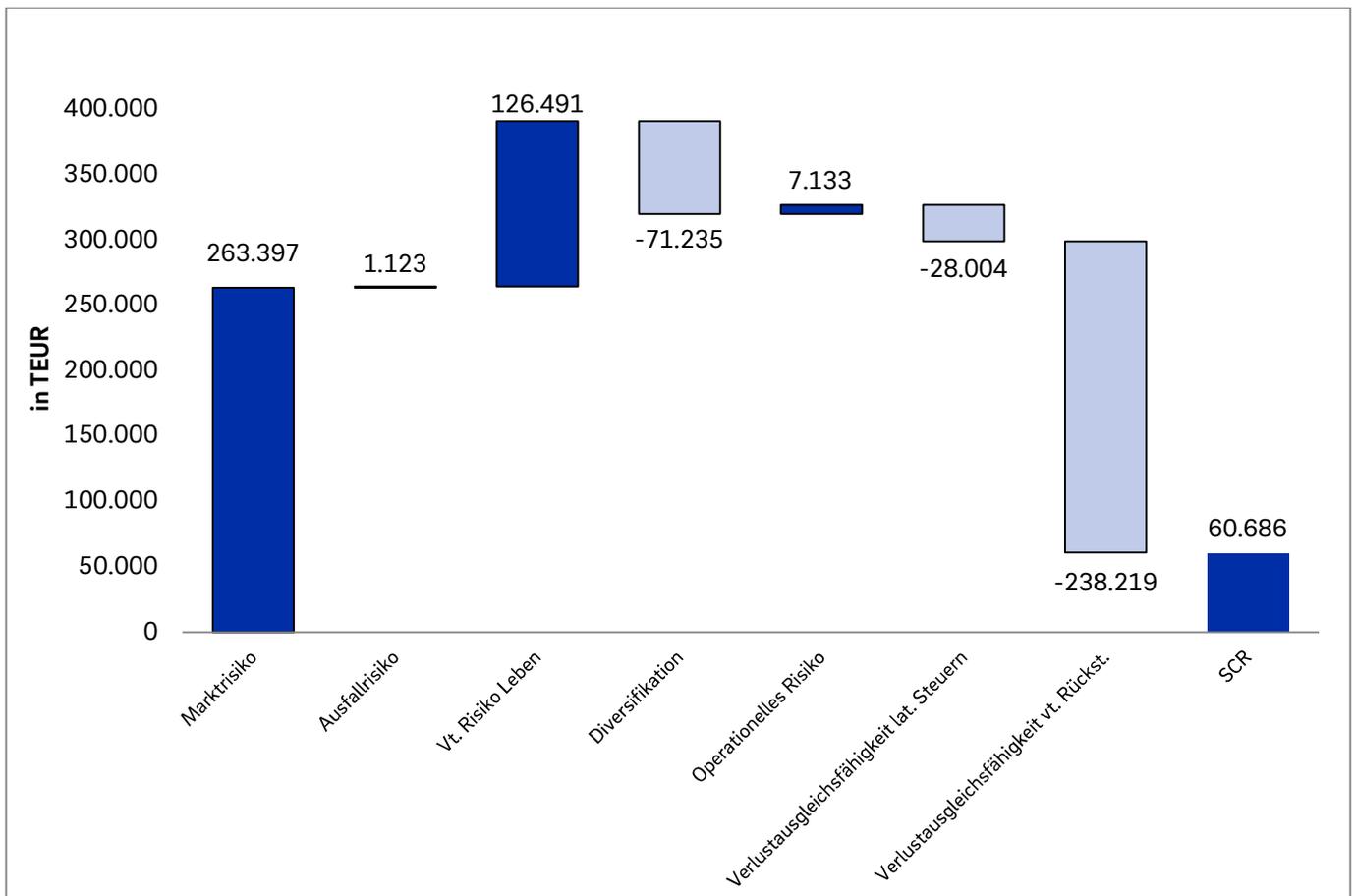
B.8 Sonstige Angaben

Weitere Angaben zum Governance-System sind nicht zu machen.

C. Risikoprofil

Die Bewertung der Risiken erfolgt bei der Öffentlichen Lebensversicherung anhand der Solvency II-Standardformel der EIOPA. Als Risikomaß für die Bestimmung des SCR wird der Value-at-Risk (VaR) zu einem Konfidenzniveau in Höhe von 99,5 % über einen Zeitraum von einem Jahr herangezogen. Dabei werden bei der Ermittlung des SCR unter dem Grundsatz der Unternehmensfortführung alle quantifizierbaren Risiken, denen ein Unternehmen ausgesetzt ist, berechnet. Das SCR ergibt sich aus den einzelnen Risiken – Marktrisiken, Ausfallrisiken, versicherungstechnischen Risiken sowie operationellen Risiken – unter der Berücksichtigung von risikomindernden Effekten wie z. B. Diversifikation, latenten Steuern und angepasste Überschussbeteiligung (Verlustrückstellungen der vt. Rückstellungen).

Für die Öffentliche Lebensversicherung ergeben sich vor allem Risiken aus Veränderungen an den Kapitalmärkten (Marktrisiken) sowie aus veränderten oder nicht ausreichenden Annahmen hinsichtlich der Bewertung der Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmenden (versicherungstechnische Risiken). Zudem ist das Unternehmen operationellen Risiken ausgesetzt. Das Ausfallrisiko ist dabei nur von untergeordneter Bedeutung. In der folgenden Abbildung wird die Zusammensetzung des SCR der Öffentlichen Lebensversicherung zum 31.12.2023 dargestellt. Nach Verlustrückstellungen latenter Steuern sowie versicherungstechnischer Rückstellungen beträgt das Netto-SCR 60.686 TEUR.



Im Vergleich zum Vorjahr ist das Marktrisiko aufgrund größerer Umschichtungen gesunken. Infolge des gestiegenen Zinsniveaus waren die Zinstitel im Bestand zu Marktwerten unterrepräsentiert und somit konnte wieder in überwiegend risikoärmere Anlageklassen zu attraktiven Renditen neu investiert werden. Das versicherungstechnische Risiko weist einen leichten Anstieg auf. Grund dafür sind etwas höhere Langlebigkeits- und Stornorisiken ebenfalls in Wechselwirkung zur Zinsentwicklung. Die risikomindernden Effekte haben sich leicht verringert, da sich das Basisrisiko als limitierende Größe verringert hat. Insgesamt ist ein Rückgang des SCR von -5.541 TEUR zu verzeichnen.

C.1 Versicherungstechnisches Risiko

Risikoexponierung

Als versicherungstechnisches Risiko der Lebensversicherung wird gemäß Art. 113 und 136-143 DVO und Art. 105 Solvency II-Rahmenrichtlinie das Risiko bezeichnet, das sich aus Lebensversicherungsverpflichtungen in Bezug auf die abgedeckten Risiken und die verwendeten Prozesse bei der Ausübung des Geschäfts ergibt. Dem versicherungstechnischen Risiko Leben unterliegen somit alle Verpflichtungen aus dem Lebensversicherungsgeschäft. Es gibt das Risiko an, dass Rechnungsgrundlagen sich anders entwickeln als angenommen.

Das versicherungstechnische Risiko der Lebensversicherung beträgt zum 31.12.2023 undiversifiziert 174.040 TEUR und setzt sich insbesondere aus den folgenden Teilrisiken zusammen, die teilweise noch weiter untergliedert sind:

- Sterblichkeitsrisiko,
- Langlebigkeitsrisiko,
- Invaliditäts- / Morbiditätsrisiko,
- Kostenrisiko,
- Stornorisiko,
- Katastrophenrisiko.

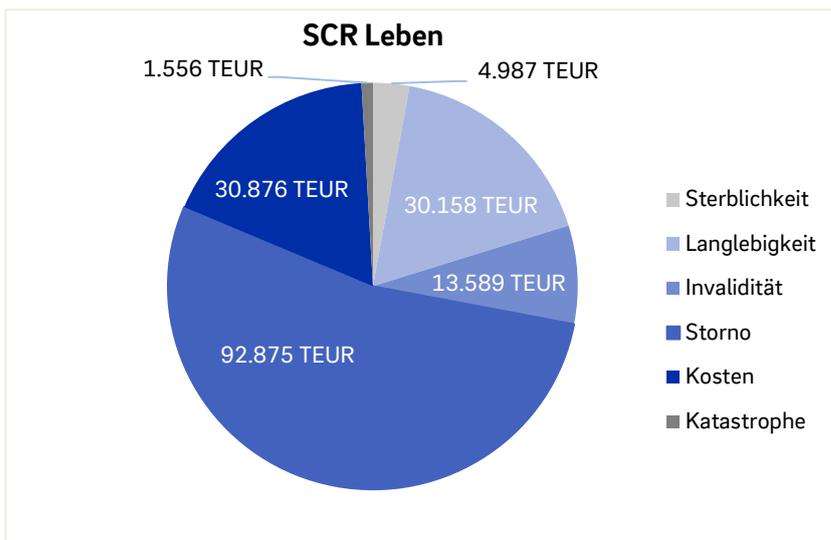
Bei der Öffentlichen Lebensversicherung bilden die Geschäfte mit klassischen Risiko-, kapitalbildenden- und Rentenversicherungen zurzeit die Hauptschwerpunkte im Bestand. Zunehmende Bedeutung erlangten im letzten Jahrzehnt die Berufsunfähigkeitsversicherung, die betriebliche Altersversorgung, die Rentenversicherung gegen Einmalbeitrag sowie fondsgebundene und kapitaleffiziente Rentenversicherungen. Aufgrund des veränderten Wettbewerbs- bzw. Kapitalmarktumfelds erlangt auch die Differenzierung der Rentenversicherungsprodukte eine wachsende Bedeutung. Die Öffentliche Lebensversicherung antwortet darauf mit einer 3-Produkt-Strategie in den Ausprägungen der LöwenRente „Klassik“ (kapitalbildend mit Höchstrechnungszins), der LöwenRente „Invest“ (fondsgebunden) und der LöwenRente „GarantInvest“, die sich für die Kunden durch eine vollständige respektive 80 % Beitragserhaltungsgarantie und eine attraktive Renditechance über die Überschussverwendung auszeichnet.

Das Prinzip der Tarifikalkulation in der Lebensversicherung beruht auf vorsichtigen Annahmen. Die risikoadäquate Produktgestaltung des Neugeschäfts sowie die Auskömmlichkeit der bilanziellen Deckungsrückstellungen ist gegeben durch die Kalkulation gemäß den allgemein anerkannten Regeln der Versicherungsmathematik unter Verwendung der von der Deutschen Aktuarvereinigung e.V. (DAV) bzw. von der BaFin vorgeschlagenen biometrischen Rechnungsgrundlagen und des Rechnungszinses sowie der durch den Verantwortlichen Aktuar als auskömmlich festgestellten Kostensätzen. Bei klassischen Produkten wird in der Regel der Höchstrechnungszins gemäß Deckungsrückstellungsverordnung verwendet, soweit keine gegenteiligen Impulse aus der unternehmensweiten Mehrjahresplanung und ORSA vorliegen. Aufgrund des damaligen Niedrigzinsumfelds wurde mit den Tarifwerken 2017 und 2021 bei Rentenversicherungen gegen Einmalbeitrag ein geringerer Rechnungszins garantiert. Grenzen aus Kapitalanlagemöglichkeiten werden in der jährlichen Überschussdeklaration oder in der Annahme- und Zeichnungspolitik berücksichtigt. In den technischen Geschäftsplänen sind Überschussysteme und die konkret verwendeten Rechnungsgrundlagen zur Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen der einzelnen Lebensversicherungstarife angegeben. Die Angemessenheit und Auskömmlichkeit der Rechnungsgrundlagen zur Berechnung der Deckungsrückstellungen werden jährlich im Erläuterungsbericht des Verantwortlichen Aktuars dargelegt.

Die Kapitalanforderungen, für die in der obenstehenden Aufzählung genannten Risiken, sind jeweils szenariobasiert abgeleitet und werden mithilfe der Solvency II-Standardformel bestimmt. Sie werden unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zur Kapitalanforderung für das gesamte versicherungstechnische Risiko der Lebensversicherung aggregiert. Erfahrungsgemäß sind versicherungstechnische Risiken (netto) in Form des Langlebigkeitsrisikos, des Kostenrisikos und des Stornorisikos im Modell am stärksten ausgeprägt.

Die Stressszenarien der Risikomodule Sterblichkeit, Langlebigkeit und Katastrophe werden nur auf diejenigen Versicherungsverträge angewendet, für die sich durch den Stress eine Erhöhung des Best Estimates der versicherungstechnischen Rückstellungen ergibt. Beim Stressszenario Storno erfolgt der Abgleich auf Basis der Bestände der einzelnen Rechnungszinsgenerationen.

Die Darstellung der versicherungstechnischen Risiken Leben erfolgt brutto (ohne Verlustausgleich durch die zukünftige Überschussbeteiligung) und undiversifiziert.



Sterblichkeitsrisiko

Das Sterblichkeitsrisiko bezeichnet das Risiko, dass mehr versicherte Personen sterben als angenommen. Die Kapitalanforderung für das Sterblichkeitsrisiko ergibt sich durch die Annahme eines dauerhaften Anstiegs der Sterblichkeitsraten um 15 %. Angewendet wird dieser Ansatz auf alle Risiko- und Kapitallebensversicherungen. Im Ergebnis der Solvenzberechnungen per 31.12.2023 ergibt sich eine gegenüber dem Erwartungswert erhöhte Todesfalleistung; Prämien, Rückkaufsleistung und Risikoergebnis gehen zurück. Auswirkungen zeigen sich auch im Zinsratenzuschlag sowie im übrigen Ergebnis.

Sterblichkeitsrisiko	Stand 31.12.2023
Ohne Berücksichtigung zukünftiger Überschüsse	4.987 TEUR

Langlebigkeitsrisiko

Das Langlebigkeitsrisiko bezeichnet das Risiko, dass weniger versicherte Personen sterben als angenommen und die versicherten Personen dadurch über einen längeren Zeitraum Leistungen beziehen. Die Kapitalanforderung für das Langlebigkeitsrisiko ergibt sich durch die Annahme eines dauerhaften Rückgangs der Sterblichkeitsraten um 20 %. Angewendet wird dieser Ansatz auf alle Rentenversicherungsverträge. In der Berechnung steigen die Erlebensfalleistungen gegenüber dem Erwartungswert an; das Risikoergebnis geht zurück. Der Rückgang im Risikoergebnis fällt bei den Verträgen, die eine biometrische Nachreservierung erfordern, vergleichsweise hoch aus.

Langlebigkeitsrisiko	Stand 31.12.2023
Ohne Berücksichtigung zukünftiger Überschüsse	30.158 TEUR

Invaliditäts-/Morbiditätsrisiko

Das Invaliditäts- / Morbiditätsrisiko bezeichnet das Risiko, dass versicherte Personen dauerhaft in ihrer körperlichen und / oder geistigen Leistungsfähigkeit aufgrund von Krankheit oder Gebrechen eingeschränkt sind und somit mehr versicherte Personen berufsunfähig werden als angenommen. Die Kapitalanforderung für dieses Risiko ergibt sich durch die Annahme eines Anstiegs der Invaliditätsraten um 35 % in den ersten zwölf Monaten und einen dauerhaften Anstieg der Invaliditätsraten um 25 % ab dem dreizehnten Monat. Dieser Ansatz wird auf alle Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsversicherungen angewendet. Auch hier ergeben die Berechnungen steigende Erlebensfalleistungen und das Risikoergebnis geht zurück. Im Gegensatz zum Sterblichkeits- und Langlebigkeitsrisiko zeigt sich jedoch nur eine geringe Auswirkung bei der Rückkaufsleistung. Die Rückkaufswerte der Invaliditätsversicherungen sind vergleichsweise niedrig.

Invaliditäts- / Morbiditätsrisiko	Stand 31.12.2023
Ohne Berücksichtigung zukünftiger Überschüsse	13.589 TEUR

Kostenrisiko

Das Kostenrisiko bezeichnet das Risiko, dass höhere Kosten als angenommen entstehen. Die Kapitalanforderung für das Kostenrisiko ergibt sich durch die Annahme eines dauerhaften Anstiegs der berücksichtigten Kosten um 10 % sowie durch einen Anstieg der Kosteninflationsrate um 1 Prozentpunkt. Dieser Ansatz bezieht sich auf den Gesamtbestand. Das Kostenrisiko wirkt sich im Cashflow nur auf Kosten und das übrige Ergebnis aus.

Kostenrisiko	Stand 31.12.2023
Ohne Berücksichtigung zukünftiger Überschüsse	30.876 TEUR

Stornorisiko

Das Stornorisiko ist das Risiko, das sich aus Veränderungen der Höhe der Storno-, Kündigungs-, Verlängerungs- und Rückkauf-raten von Versicherungspolice ergibt. Es wird untergliedert in Stornostornostieg, Stornostornorückgang und Massenstorno. Die Kapitalanforderung für das Stornostornostiegsszenario ergibt sich durch einen dauerhaften Anstieg der Stornorate um 50 % sowie durch eine Erhöhung der Kapitalabfindungswahrscheinlichkeit um 50 % (max. 100 % Kapitalabfindungswahrscheinlichkeit). Die Kapitalanforderung für das Stornostornorückgangsszenario ergibt sich durch eine dauerhafte Verringerung der Stornorate um 50 % sowie durch eine Verringerung der Kapitalabfindungswahrscheinlichkeit um 50 % (min. 20 % Kapitalabfindungswahrscheinlichkeit). Die Kapitalanforderung für das Massenstornostornoszenario ergibt sich durch eine sofortige Beendigung von 40 % der Versicherungsverträge. Im Ergebnis der Solvenzrechnungen per 31.12.2023 haben Stornostornorisiken aus ansteigendem Storno bei den Rechnungszinsgenerationen größer 2,75 % tendenziell keine Auswirkung, da bei diesen Rechnungszinsen ein höheres Storno entlastend wirken würde. Die Auswirkungen sind nur bei den Cashflows geringerer Rechnungszinsgenerationen zu sehen. Beim Stornostornorückgang liegen generell gegenteilige Verhältnisse vor. Dort wirkt der Stornostornostress belastend bei hohen Rechnungszinsen und entlastend bei niedrigen Rechnungszinsen.

Per 31.12.2023 zeigt sich das Massenstornostornorisiko als maßgeblich.

Stornostornorisiko	Stand 31.12.2023
Ohne Berücksichtigung zukünftiger Überschüsse	92.875 TEUR

Katastrophenrisiko

Das Katastrophenrisiko bezeichnet das Risiko eines sofortigen Anstieges der Sterbewahrscheinlichkeiten, die durch Katastrophen-szenarien (z. B. Epidemien) ausgelöst werden können. Das Katastrophenrisiko ergibt sich durch einen Anstieg der Sterblichkeitsraten für die Dauer der kommenden zwölf Monate um 0,15 Prozentpunkte. Angewendet wird dieser Ansatz auf alle Risiko- und Kapitallebensversicherungen. Das Katastrophenrisiko zeigt sich hauptsächlich im starken Anstieg der Todesfallleistung und im Rückgang des Risikoergebnisses im ersten Jahr der Projektion. Die hohe Sterblichkeit führt im ersten Projektionsjahr zu geringeren Invaliditätsleistungen. Die Erlebensfallleistung ist daher niedriger als im Erwartungswert.

Katastrophenrisiko	Stand 31.12.2023
Ohne Berücksichtigung zukünftiger Überschüsse	1.556 TEUR

Wesentliche Risikokonzentrationen

Insgesamt ist der Versicherungsbestand der Öffentlichen Lebensversicherung hinsichtlich Alter, Geschlecht und Versicherungsart gut diversifiziert. Wesentliche Risikokonzentrationen sind daher nicht vorhanden.

Risikominderungstechniken

Bei der Öffentlichen Lebensversicherung werden derzeit alle biometrischen Risiken bis auf die Risikoart „Langlebigkeit“ durch die Rückversicherung mit dem Verband öffentlicher Versicherer (VöV) abgesichert. Die Rückversicherung erfolgt aufgrund einer gemeinsamen Satzung aller öffentlich-rechtlichen Versicherungsunternehmen durch die gemeinschaftlich geschaffene spezielle Struktur einer Verbandslösung.

Darüber hinaus wird die Risikobegrenzung bei der Öffentlichen Lebensversicherung durch die allgemeinen Grundsätze über Vollmachten bzgl. Vertragsannahmen, Leistungsanerkennungen und Auszahlungen gewährleistet. Daneben existieren

Vorgaben zu Gesundheitsprüfungen und Ausschlüssen bei bestimmten Risiken. Grundsätzlich gilt für die Vertrags- und Leistungsbearbeitung das Vier-Augen-Prinzip. Limitierungen der Beiträge, Versicherungssummen und weitere Grenzbestimmungen sind in den Produktprofilen, Tarifübersichten bzw. technisch in den Antragsbausteinen der Lebensversicherung verankert. Die Einhaltung der Annahmerichtlinien ist damit gewährleistet.

Risikosensitivität

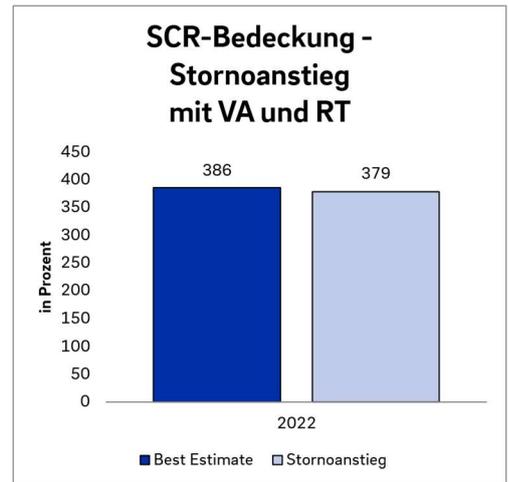
Ausgangspunkt des im Jahr 2023 durchgeführten ORSA-Prozesses bildet der Jahresabschluss per 31.12.2022. Folgendes Szenario wurde im Bereich der versicherungstechnischen Risiken simuliert:

Szenario: Stornostieg

Aufgrund wieder steigender Zinsen nach der hohen Inflation zwischen 2020 und 2022 werden aktuell verschiedene Geldanlagen wieder attraktiver für Kunden. Dadurch könnte es bei der Öffentlichen Lebensversicherung zu vermehrten Stornofällen kommen, die in diesem Szenario berücksichtigt werden. Die Modellierung entstand unter Berücksichtigung der Stornotafeln des VöV.

Kapitalbildende Versicherungen (Kapitallebens- und Rentenversicherungen) wurden in diesem Szenario mit einer höheren Stornowahrscheinlichkeit modelliert. Ausgehend von den bisherigen Rechnungsgrundlagen per 31.12.2022 wurde ein deutlicher Anstieg um 100 % angenommen.

Es ergeben sich geringere Rückgänge in den Eigenmitteln sowie ein leichter Anstieg des SCR infolge der höheren unterstellten Abgänge an Versicherungsverträgen. Entsprechend verringert sich die Bedeckungsquote leicht um 7 Prozentpunkte von 386 % auf 379 %, verbleibt aber weiterhin auf einem auskömmlichen Niveau.



C.2 Marktrisiko

Risikoexponierung

Beim Marktrisiko handelt es sich um das Risiko eines Verlusts oder einer nachteiligen Veränderung der Finanzlage, welche sich direkt oder indirekt aus Schwankungen in der Höhe der Marktpreise der Vermögenswerte und der Verbindlichkeiten ergibt. Grundsätzlich lassen sich ohne Eingehen von Marktrisiken keine Renditen bzw. Verzinsungen erzielen, die höher als die jeweils aktuellen risikolosen Zinsen liegen. Die risikolosen Zinsen lagen im Jahr 2023 im Euroraum auf einem geringeren Niveau als 2022, hatten aber im Vergleich zu dem Niedrigzinsumfeld in den Jahren zuvor immer noch einen hohen Stand.

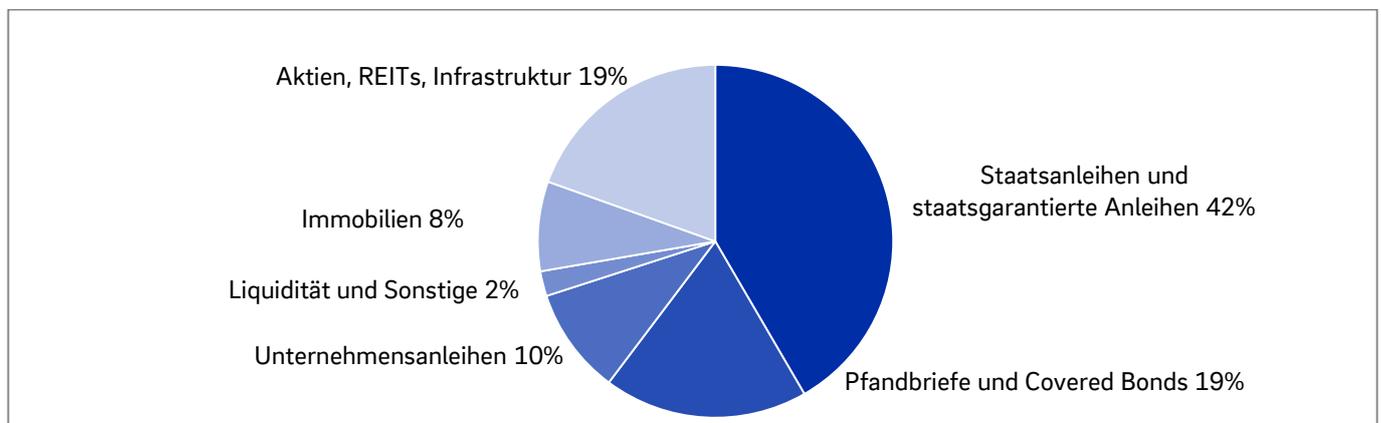
Die Öffentliche Lebensversicherung ergreift folgende Maßnahmen zur Bewertung von Marktrisiken:

- Die Marktrisiken werden quartalsweise gemäß den aufsichtsrechtlichen Vorgaben mittels der Solvency II-Standardformel ermittelt. Das Marktrisiko wird dabei analog zum versicherungstechnischen Risiko über das Limitsystem mit verschiedenen Ampelstufen gesteuert. Die Ergebnisse der Risikobewertung finden sich sowohl in der internen Risikoberichterstattung an den Vorstand als auch in der externen Risikoberichterstattung gemäß Solvency II wieder.
- Für die Beurteilung des Risikos einzelner Assetklassen sowie der Zusammenhänge der unterschiedlichen Formen der Marktrisiken besteht darüber hinaus ein Risikomess- und Beurteilungssystem auf der Basis von Volatilitäten und Korrelationen, die aus historischen Marktdaten abgeleitet werden.
- Auf Ebene der einzelnen Anlageklassen wird wöchentlich die Einhaltung der quantitativen Grenzen überprüft. Im Falle von Grenzverletzungen wird detailliert über Ursachen, Auswirkungen und Maßnahmen beraten.
- Der zuständige Geschäftsbereich führt sämtliche Daten aus den verschiedenen Assetklassen zusammen und verfasst monatlich einen internen Risikobericht der Kapitalanlagen, der anschließend dem Vorstand vorgelegt wird. Um schnell auf Veränderungen reagieren zu können, werden darüber hinaus wöchentliche Kurzberichte erstellt.
- Bei Investmententscheidungen größerer Tragweite erfolgt vorab eine außerordentliche Risikobewertung.

- Für den Fall des geplanten Kaufs bzw. der Zeichnung neuer Kapitalanlageprodukte, die noch nicht Bestandteil des internen Anlagekatalogs sind, erfolgt eine Risikobewertung in Form eines standardisierten Neue-Produkte-Prozesses.

Die Kapitalanlagen der Öffentlichen Lebensversicherung sind über die Hälfte in festverzinsliche Wertpapiere hoher und höchster Bonität investiert. Die Allokation des anderen Teils der Kapitalanlage erfolgt global unter Ausnutzung eines möglichst breiten Anlagespektrums. Ziel ist es dabei, unter Berücksichtigung der damit verbundenen Risiken eine attraktive und marktgerechte Verzinsung der Lebensversicherung anbieten zu können. Es erfolgen Investitionen in Aktien (global, entwickelte Märkte und Schwellenländer), Staats- und Unternehmensanleihen (verschiedene Märkte und Bonitätsstufen), Immobilien- und Infrastrukturfonds sowie Private Equity (nicht börsennotierte Unternehmensbeteiligungen).

Im Berichtsjahr hat sich der Anteil der schwankungsanfälligen Kapitalanlagen (Aktien, REITs, Infrastruktur, Unternehmensanleihen) um 3 Prozentpunkte verringert. Die festverzinslichen Wertpapiere (Staatsanleihen/ staatsgarantierte Anleihen sowie Pfandbriefe / Covered Bonds) erhöhen ihr Gewicht um 3 Prozentpunkte und stellen damit weiterhin den größten Kapitalanlageanteil dar. Der Anteil der Immobilien ist nahezu unverändert geblieben. Die Zusammensetzung der Kapitalanlagen der Öffentlichen Lebensversicherung wird in der folgenden Abbildung dargestellt.



Im Folgenden wird der Bestand auf Ebene der einzelnen Risikoarten des Marktrisikos sowie eine Schilderung des Umgangs mit den Risiken dargestellt. Die Höhe der Risiken wird mit der Solvency II- Standardformel berechnet.

Zusammensetzung Marktrisiko (Stand 31.12.2023) (ohne Berücksichtigung zukünftiger Überschüsse)	
Aktienrisiko	141.491 TEUR
Spreadrisiko	47.598 TEUR
Zinsrisiko	32.189 TEUR
Immobilienrisiko	52.242 TEUR
Währungsrisiko	60.301 TEUR
Konzentrationsrisiko	0 TEUR
Marktrisiko Gesamt	333.821 TEUR
Diversifikationseffekt	-70.424 TEUR
Marktrisiko Gesamt	263.397 TEUR

Aktienrisiko

Das Aktienrisiko bezeichnet das Risiko durch Änderungen bei den Marktpreisen von Investitionen in Eigenkapital. Bei der Anlage in Eigenkapital (u. a. Aktien, Private Equity) erfolgt eine Aufteilung in verschiedene Assetklassen, Branchen, Wirtschafts- und Währungsräume mit dem Schwerpunkt in Aktien der entwickelten Volkswirtschaften. Der gesamte Marktwert der Investitionen in Eigenkapital beläuft sich auf 364.395 TEUR (Vorjahr: 413.008 TEUR), was 19,5 % der gesamten Kapitalanlage entspricht. Die Öffentliche Lebensversicherung ist global in eine große Zahl von Unternehmen investiert. Das Prinzip der Mischung und Streuung spielt für Anlagen in Eigenkapital eine besonders große Rolle, da diese in der Regel größeren Marktpreisänderungen ausgesetzt sind. Grundsätzlich finden bei der Anlage keine Kapitalmarktprognosen Eingang. Die Allokation der Mandate ist in aller Regel passiv, d. h. an einem Index, ausgerichtet.

Aktienrisiko	Stand 31.12.2023
Ohne Berücksichtigung zukünftiger Überschüsse	141.491 TEUR

Spreadrisiko

Das Spreadrisiko drückt Änderungen bei der tatsächlichen oder vermuteten Zahlungsfähigkeit von Unternehmen und Staaten bei festverzinslichen Wertpapieren aus. Das hier beschriebene Risiko grenzt sich vom Ausfallrisiko der Solvency II-Standardformel gemäß Abschnitt C.3 „Kreditrisiko“ ab. Die Kapitalanlage der Öffentlichen Lebensversicherung besteht überwiegend aus festverzinslichen Wertpapieren. Diese sind sowohl dem Zins- als auch dem Spreadrisiko ausgesetzt. Im Extremfall kann ein Schuldner seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen und es kommt zu Zahlungsausfällen. Die Messung der impliziten Ausfallwahrscheinlichkeit erfolgt mittels einer ratingbasierten Skala von AAA (kein Ausfall zu erwarten) bis D (Ausfall). Das jeweils zulässige Investitionsvolumen steht dabei in direktem Zusammenhang zur Bonität der Anlagen. Die festverzinslichen Wertpapiere der Öffentlichen Lebensversicherung sind zu 81 % in Wertpapiere mit einem Rating von AAA und AA investiert.

Spreadrisiko	Stand 31.12.2023
Ohne Berücksichtigung zukünftiger Überschüsse	47.598 TEUR

Zinsrisiko

Neben der Bonität der Herausgeber von festverzinslichen Wertpapieren spielen Schwankungen der Marktpreise in Folge von Änderungen des allgemeinen Zinsniveaus eine große Rolle für den Marktwert. Änderungen des Zinsniveaus wirken sich zeitgleich auf den gesamten Bestand des jeweiligen Zins- / Währungsraums aus. Sie erfolgen börsentäglich und ergeben sich vorwiegend aus der Risikoneigung und Einschätzung der Marktteilnehmer bezüglich der Wirtschaftslage, der Inflation, von Wechselkursen sowie (erwarteten) Handlungen der Notenbanken. Bei steigenden Zinsen sinken die Marktwerte der festverzinslichen Wertpapiere, bei sinkenden Zinsen wiederum steigen diese an. Die Höhe der Änderung hängt dabei im Wesentlichen von der Höhe der Zinsänderung und der Restlaufzeit des festverzinslichen Wertpapiers ab.

Änderungen des Zinsniveaus betreffen jedoch nicht nur die Kapitalanlage (Aktivseite der Unternehmensbilanz), sondern auch die Verpflichtungen der Öffentlichen Lebensversicherung (Passivseite der Unternehmensbilanz). So wäre mittelfristig aus Sicht der Verpflichtungsseite ein Zinsanstieg vorteilhaft, da sich die langfristigen Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern durch höher verzinsliche Kapitalanlagen besser finanzieren lassen. Mithilfe des Aktiv-Passiv-Managements bzw. Asset-Liability-Managements (ALM) erfolgt eine Analyse und Gegenüberstellung der Fälligkeitsstruktur beider Seiten in Verbindung mit der Betrachtung der jeweiligen Zinssensitivität. Dieses spielt für das Risikomanagement von Lebensversicherern eine große Rolle. Die Beurteilung und Handhabung von Zinsrisiken erfolgt bei der Öffentlichen Lebensversicherung sowohl auf der Ebene der strategischen Kapitalanlage als auch bei der langfristigen Produktpolitik.

Das Zinsrückgangsrisiko zeigt sich für die Öffentliche Lebensversicherung als maßgeblich und ist per 31.12.2023 im Vergleich zum Vorjahr um 2.669 TEUR angestiegen. Im Verhältnis zum Aktienrisiko weist die Öffentliche Lebensversicherung weiterhin ein geringes Zinsrisiko auf.

Zinsrisiko	Stand 31.12.2023
Ohne Berücksichtigung zukünftiger Überschüsse	32.189 TEUR

Immobilienrisiko

Die Anlagen in Immobilien belaufen sich per 31.12.2023 auf 152.883 TEUR, die 8,2 % der Kapitalanlage entsprechen. Diese Assetklasse eignet sich gut als Ergänzung des Kapitalanlageportfolios. Die Öffentliche Lebensversicherung verfolgt bei der Immobilienanlage eine langfristige Strategie, bei der mittels der Investition in spezialisierte Fonds verschiedene Regionen Europas sowie verschiedene Immobiliensegmente berücksichtigt werden. Aktuell erfolgt die Kapitalanlage über zehn Investmentfonds in eine dreistellige Anzahl von verschiedenen Objekten. Dabei handelt es sich vorwiegend um große Einkaufszentren, Hotel- und Bürokomplexe, Logistik-, Gewerbe- und Wohnimmobilien in Europa.

Immobilienrisiko	Stand 31.12.2023
Ohne Berücksichtigung zukünftiger Überschüsse	52.242 TEUR

Währungsrisiko

Die Verpflichtungen der Öffentlichen Lebensversicherung bestehen ausschließlich in Euro. Demzufolge lösen Kapitalanlagen in anderen Währungsräumen Währungsrisiken aus, da sich die Wechselkurse nachteilig entwickeln können und keinen Ausgleich auf der Verpflichtungsseite erfahren. Der überwiegende Teil der Kapitalanlagen ist im Euroraum investiert. Von den Kapitalanlagen in Fremdwährung ist darüber hinaus ein großer Teil über Devisentermingeschäfte abgesichert, d. h. die Währungsrisiken werden eliminiert. Die aus dem ungesicherten Betrag in Fremdwährung verbleibenden Währungsrisiken werden bewusst in Kauf genommen, da sie zu einer ausgewogenen Mischung verschiedener Risiken beitragen. Durch die Aufteilung auf verschiedene Währungsräume verteilen sich die Risiken, während sich dem Investor im Gegenzug Chancen bieten.

Per 31.12.2023 zeigt sich das Währungsrückgangrisiko für die Öffentliche Lebensversicherung als maßgeblich.

Währungsrisiko	Stand 31.12.2023
Ohne Berücksichtigung zukünftiger Überschüsse	60.301 TEUR

Konzentrationsrisiko

Eine unzureichende Mischung und Streuung des Kapitalanlagebestandes kann zu Risikokonzentrationen führen. Hierbei handelt es sich um Risiken, die durch eine zu starke Gewichtung einzelner Regionen, Assetklassen oder Emittenten hervorgerufen wurde. Im Gegensatz zu den anderen Risikoarten besteht die Aufgabe der Kapitalanlage darin, Konzentrationsrisiken nach Möglichkeit zu vermeiden.

In Abhängigkeit der Risiken / Bonitäten und gegebenenfalls der gesetzlichen Vorgaben des Kapitalanlagegesetzbuches gelten auf Ebene der einzelnen Spezialfonds und für das Sicherheitsportfolio restriktive Emittentengrenzen.

Per 31.12.2023 liegt kein Konzentrationsrisiko bei der Öffentlichen Lebensversicherung vor.

Konzentrationsrisiko	Stand 31.12.2023
Ohne Berücksichtigung zukünftiger Überschüsse	0 TEUR

Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht

Bei dem Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht handelt es sich um einen unternehmensweiten Verhaltensstandard, der mit Blick auf das Marktrisiko von zentraler Bedeutung ist und alle Prozesse der Kapitalanlage erfasst. Es darf ausschließlich in Vermögenswerte und Instrumente investiert werden, deren Risiken hinreichend identifiziert, bewertet, überwacht, gesteuert, kontrolliert und in die Berichterstattung einbezogen sowie bei der Beurteilung des Solvabilitätsbedarfs berücksichtigt werden können. Gemäß den aufsichtsrechtlichen Vorgaben ist der von der Kapitalanlage der Öffentlichen Lebensversicherung angestrebte Grad an Sicherheit, Qualität, Liquidität, Rentabilität und Verfügbarkeit zu berücksichtigen.

Der Ausgangspunkt der Kapitalanlagestrategie der Öffentlichen Lebensversicherung ist die Optimierung des Bestands auf Basis umfangreicher Analysen zum Verhältnis von Rendite und Risiko der möglichen Zielpportfolios. Der angestrebte Grad an Sicherheit, Qualität und Rentabilität wird durch die finale Auswahl eines Zielpportfolios durch den Vorstand bestimmt. Zur Minimierung der Marktrisiken wird auf eine hohe Mischung und Streuung des Bestands geachtet. Darüber hinaus werden quantitative Grenzen für die Qualität und Bonität der einzelnen Assetklassen abgeleitet. Die Umsetzung der Strategie erfolgt über ein Sicherheitsportfolio sowie verschiedene Spezial- und Investmentfonds im sogenannten Ertragsportfolio. Die angestrebte Rentabilität des Gesamtportfolios leitet sich aus den erzielbaren ordentlichen Erträgen des risikoarmen Sicherheitsportfolios und den Performanceannahmen für das Ertragsportfolio auf Basis einer mehrjährigen Planung ab. Die Mehrjahresplanung und das ausgewählte Zielpportfolio der Kapitalanlage bedingen sich dabei gegenseitig.

Ein mehrstufiges Sicherungssystem sorgt hierbei für eine Begrenzung der Risiken. So bestehen für jedes Mandat im Ertragsportfolio sowie für das Sicherheitsportfolio restriktive Anlagerichtlinien. Dabei erfolgt eine individuelle Limitierung des Anlageuniversums bzw. der Wertpapiergattungen, der Maximalquoten für einzelne Emittenten und Regionen, der Währungsräume sowie der Absicherung von Währungsrisiken, der zulässigen Bonitäten etc. Auf der aggregierten Ebene der verschiedenen Assetklassen erfolgt darüber hinaus eine Begrenzung des maximal zulässigen Anteils am gesamten Marktwert. Die gesetzten Grenzen werden zum Berichtsstichtag eingehalten.

Um in verschiedenen Zeithorizonten den angestrebten Grad an Verfügbarkeit liquider Mittel sicherzustellen, wird ein stringentes Liquiditätsmanagement durchgeführt, welches in Kapitel C.4. „Liquiditätsrisiko“ unter dem Punkt Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht näher erläutert wird. Die Verwendung derivativer Finanzinstrumente muss ebenfalls auf der Basis unternehmerischer Vorsicht erfolgen. Deren Einsatz ist nur für einen Teil der Mandate zugelassen und in seiner möglichen Ausgestaltung über die jeweiligen Anlagerichtlinien stark eingeschränkt. Die eingesetzten Derivate dienen ausschließlich der Risikominderung oder einer effizienteren Portfolioverwaltung. Ein Einsatz von Derivaten im Sicherheitsportfolio der Öffentlichen Lebensversicherung erfolgte im Berichtszeitraum nicht.

Wesentliche Risikokonzentrationen

Eine unzureichende Mischung und Streuung des Kapitalanlagebestands kann zu Risikokonzentrationen führen. Hierbei handelt es sich um Risiken, die durch eine zu starke Gewichtung einzelner Regionen, Assetklassen oder Emittenten hervorgerufen werden. Im Gegensatz zu den anderen Risikoarten besteht die Aufgabe der Kapitalanlage hierbei darin, Konzentrationsrisiken nach Möglichkeit zu vermeiden.

In Abhängigkeit der Risiken / Bonität und gegebenenfalls der gesetzlichen Vorgaben des Kapitalanlagegesetzbuches gelten auf der Ebene der einzelnen Spezialfonds und für das Sicherheitsportfolio restriktive Emittentengrenzen. Diese stellen sicher, dass keine Risikokonzentrationen durch eine zu hohe Gewichtung einzelner Emittenten auftreten. Auf der Ebene des Gesamtbestands erfolgt eine quartalsweise Auswertung der aufsichtsrechtlichen Konzentrationsschwellen im Rahmen der Risikoberechnung mittels der Solvency II-Standardformel. Die Grenzen liegen für einzelne Emittenten je nach Bonität bei 1,5 % bzw. 3 % des Kapitalanlagebestands. Bei Immobilien sind 10 % zulässig. Für Covered Bonds und Pfandbriefe liegt die Schwelle bei 15 %. Für Staaten der Eurozone gelten keine Beschränkungen. Per 31.12.2023 werden keine Konzentrationsschwellen für den Kapitalanlagebestand der Öffentlichen Lebensversicherung überschritten.

Risikominderungstechniken

Die regelmäßige Überwachung der beschriebenen Marktrisiken erfolgt über ein umfangreiches Kapitalanlageberichtsweisen. Die ständige Kontrolle stellt somit die Einhaltung von Risikolimitierungen sicher. Die breit diversifizierte Kapitalallokation streut das Risiko über die einzelnen Anlageklassen, Regionen sowie Emittenten und führt insgesamt zu einer Reduzierung des Marktrisikos.

Daneben wendet die Öffentliche Lebensversicherung beim Fremdwährungsrisiko zusätzliche Risikominderungstechniken an. Mithilfe von Devisentermingeschäften wird ein Teil des Fremdwährungsexposures abgesichert. Per 31.12.2023 sind nach Sicherung etwa 248.672 TEUR dem Fremdwährungsrisiko ausgesetzt. Die Höhe der verbleibenden Fremdwährungsrisiken wird monatlich ermittelt. Die Währungssicherung erfolgt dezentral in den jeweiligen Mandaten, in denen über die Anlagerichtlinien der Einsatz der Derivate geregelt ist. Die Einhaltung der Anlagerichtlinien und mithin des vorgeschriebenen Sicherungsvolumens derjenigen Mandate, für die eine Währungssicherung vorgesehen ist, erfolgt darüber hinaus börsentäglich durch die zuständige Kapitalverwaltungsgesellschaft Bantleon Invest AG.

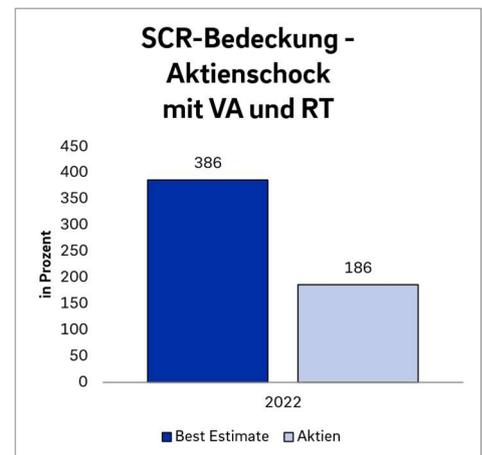
Risikosensitivität

Ausgangspunkt des im Jahr 2023 durchgeführten ORSA-Prozesses bildet der Jahresabschluss per 31.12.2022. Folgende Szenarien wurden im Bereich des Marktrisikos simuliert:

Szenario I: Aktienschock in Anlehnung an die „Event-Replikatoren“ Kapitalanlagen

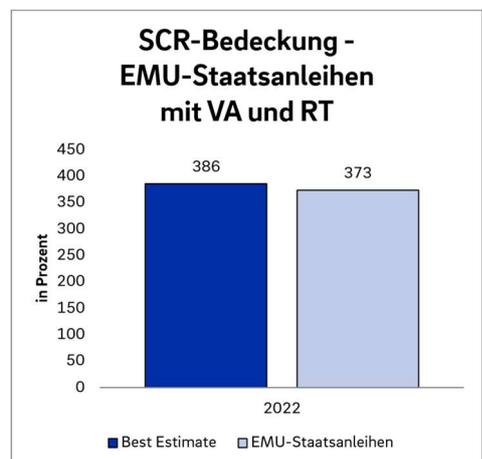
In diesem Szenario findet eine vereinfachte Nachbildung der Auswirkungen einer historischen Krise auf die Bedeckungssituation statt. Hierbei wird auf den Aktienschock aus dem Jahr 2008 zurückgegriffen. Im Bereich der Kapitalanlagen werden die geschockten Marktwerte für die Aktien und Beteiligungen sowie des entsprechenden Aktienrisikos mitsamt Auswirkungen auf das Währungsrisiko ermittelt.

Im Ergebnis zeigt sich ein starker Rückgang der Eigenmittel, der sich insbesondere aus dem Marktwertrückgang der Aktieninvestitionen und der damit verbundenen schlechteren zukünftigen Ertragslage ergibt. Die Verlustausgleichsfähigkeit der Rückstellungen kann die höheren Risiken nicht ausgleichen. Insgesamt sinkt die Bedeckungsquote um 200 Prozentpunkte. Als Maßnahme um die Auswirkungen des Szenarios abzumildern, erfolgte im Berichtsjahr eine Umschichtung aus dem Masterfonds in den risikoärmeren Rentendirektbestand.



Szenario II: Abbildung der Risiken von EMU-Staatsanleihen

Im Rahmen dieses Szenarios wird ein Stress auf EMU-Staatsanleihen simuliert. Dies sind Anleihen, die von den Ländern der Europäischen Währungsunion ausgegeben wurden und durch EZB-Ankäufe gestützt werden. Ziel des Szenarios ist es, die Auswirkung einer Staatsschuldenkrise im Euroraum auf die Risikolage der Öffentlichen Lebensversicherung zu projizieren. Zunächst wird das Ausmaß des Risikoanstiegs im Spreadrisiko quantifiziert, wenn EMU-Staatsanleihen von der Nullunterlegung (kein Risikoaufschlag) ausgeschlossen werden. Hierfür werden den entsprechenden Eurostaaten dieselben Risikofaktoren wie für Nicht-Eurostaaten zugeordnet (nur relevant für Papiere mit einem Rating unter AA). Zur Verschärfung des Szenarios wird ein Downgrade der verbliebenen Papiere (Rating A bzw. BBB; umfasst 1,7 % des Kapitalanlagebestands) auf CCC unterstellt sowie ein Teilausfall mit einer Recovery Rate von 0,3 angenommen.



Das Marktrisiko erhöht sich insbesondere durch einen Anstieg des Spreadrisikos als Folge eines simulierten Downgrades der entsprechenden Titel. Dies führt zu einem leichten Anstieg des SCR. Die Eigenmittel reduzieren sich durch den geringeren Gesamtmarktwert und der damit einhergehenden geringeren zukünftigen Kapitalerträge. Insgesamt verringert sich die Bedeckungsquote um 12 Prozentpunkte.

Szenario III: Klimawandel

In dieser Analyse wurde untersucht, wie sich der Klimawandel bis 2050 auf die Öffentlichen Lebensversicherung auswirken könnte. Das erste von zwei Szenarien geht von einer uneinheitlichen und verzögerten Klimapolitik aus (Delayed Transition). Ab 2030 werden unerwartet verschärfte Maßnahmen zur Reduzierung der CO₂-Emissionen kommen und damit liegt die globale Erwärmung bis zum Jahr 2100 noch unter 2 °C. Im zweiten Szenario reichen die politischen Maßnahmen nicht aus (Current Policies). Die globale Erwärmung steigt bis zum Jahr 2100 über 2 °C und es sind erhebliche langfristige physische Risiken zu beobachten.

Aktiv- und Passivseitig wurden die Auswirkungen auf die entsprechenden Kapitalanlagen sowie auf den Bestand unter Berücksichtigung des entsprechenden Neugeschäfts mithilfe verschiedener NGFS-Daten für das Jahr 2050 analysiert. Aufgrund der Wechselwirkungen der künftigen Überschussbeteiligung zu der Kapitalmarktentwicklung sind negative Auswirkungen bei einer Verschlechterung der Vermögenssituation infolge zunächst hoher Inflation (Delayed Transition) und hoher physischer Risiken mit Auswirkungen auf die Wirtschaftskraft zu erwarten. Die versicherungstechnischen Leistungen sind nach aktueller Einschätzung dagegen weniger von diesen Entwicklungen betroffen.

Eine Prognose des Versicherungsbestandes über einen so langen Zeitraum ist mit sehr großen Unsicherheiten verbunden. Aktivseitig hat sich die Öffentliche Lebensversicherung bereits gegen mögliche hohe Transitionskosten in eine kohlenstoffärmere Welt versucht abzusichern und einen Großteil der Vermögenswerte in nachhaltige Kapitalanlagen umgeschichtet.

C.3 Kreditrisiko

Risikoexposition

Das Kreditrisiko bzw. Ausfallrisiko beschreibt das Risiko eines Verlustes, weil ein Schuldner teilweise oder vollständig seinen Zahlungen nicht nachkommen kann. Es bestehen folgende Vorgehensweisen zur Bewertung des Kreditrisikos:

- Die Kreditrisiken werden quartalsweise gemäß den aufsichtsrechtlichen Vorgaben mit der Solvency II-Standardformel ermittelt. Die Ergebnisse der Risikobewertung finden sich sowohl in der internen Risikoberichterstattung an den Vorstand als auch in der externen Risikoberichterstattung gemäß Solvency II wieder.
- Die Messung und Beurteilung der Kreditrisiken erfolgen monatlich im Rahmen der Erstellung der internen Risikoberichte für die Kapitalanlagen.

Das hier beschriebene Kreditrisiko bezieht sich auf das Ausfallrisiko der Solvency II-Standardformel, da das Spreadrisiko bereits über das Marktrisikomodul berücksichtigt wird. Es umfasst zum einen sogenannte Typ 1-Forderungen (insbesondere Bankguthaben) und zum anderen Typ 2-Forderungen (insbesondere Forderungen gegenüber Vermittlern und Versicherungsnehmern). Per 31.12.2023 werden 97 % der im Kreditrisiko betrachteten Positionen dem Typ 1 und 3 % dem Typ 2 zugeordnet. Die Bonitätsaufteilung der Positionen beschränkt sich nahezu ausschließlich auf die höchsten Bonitäten AAA und AA. Das Ausfallrisiko spielt im Gesamtkontext für die Öffentliche Lebensversicherung eine untergeordnete Rolle.

Kreditrisiko	Stand 31.12.2023
Ohne Berücksichtigung zukünftiger Überschüsse	1.123 TEUR

Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht

Die Kreditinstitute für die Anlage von Tages- und Termingeldern im Sicherheitsportfolio der Öffentlichen Lebensversicherung müssen mindestens eine Bonität im mittleren Investment Grade vorweisen können. Bei der Beurteilung von Gegenparteien spielen auch Haftungsfragen wie bspw. das Vorhandensein einer Garantie eine wesentliche Rolle. Das Prinzip der Mischung und Streuung findet auch für Tages- und Termingelder Anwendung. Für Bankguthaben im Ertragsportfolio gelten ebenfalls festgelegte Grenzen. Bevor durch die Handelsabteilung Tages- und Termingelder bei einer neuen Gegenpartei platziert, werden können, erfolgt eine intensive Prüfung, ob diese den Kriterien der Anlagerichtlinien entspricht. Die Prüfung und ggf. Zustimmung erfolgen durch den gesamten Geschäftsbereich. Hinsichtlich der Hypotheken und übrigen Ausleihungen ist festzuhalten, dass die Neuvergabe im Jahr 2005 eingestellt worden ist.

Wesentliche Risikokonzentrationen

Mit Blick auf die Kreditrisiken liegen im Berichtszeitraum keine Risikokonzentrationen vor.

Risikominderungstechniken

Über die Mischung und Streuung sowie die Prüfung der Anforderungen an die Gegenparteien hinaus werden keine aktiven Maßnahmen zur Risikominderung getroffen.

Risikosensitivität

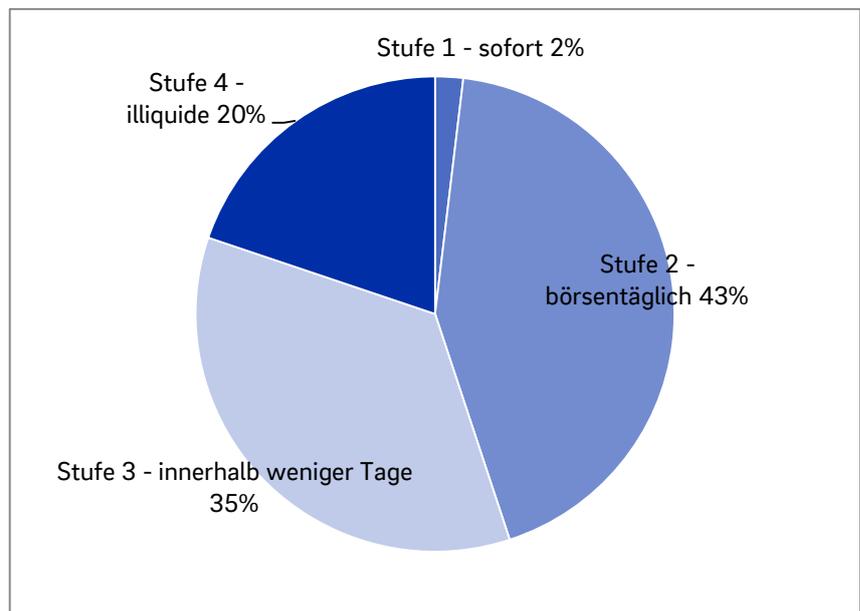
Aufgrund des geringen Beitrags zum Gesamtrisiko wurden im Berichtszeitraum keine gesonderten Szenarien für das Kreditrisiko berechnet.

C.4 Liquiditätsrisiko

Risikoexponierung

Das Liquiditätsrisiko stellt für die Öffentliche Lebensversicherung das Risiko dar, ihren Zahlungsverpflichtungen nicht zeitgerecht oder nicht in vollem Umfang nachkommen zu können. Die Zahlungsunfähigkeit muss dabei nicht der wirtschaftlichen Situation geschuldet sein, sondern kann auch rein technische Ursachen haben oder als Folge einer schlechten Liquiditätsplanung und weiteren Ereignissen eintreten. Für eine Lebensversicherung würde eine solche Situation bspw. eintreten, wenn viele Versicherungsnehmer zeitgleich kündigen und die Kapitalanlagen nicht in den erforderlichen Fristen veräußert werden können. Eine kurzfristige Veräußerung illiquider Kapitalanlagen kann zudem dazu führen, dass Abschläge auf den Verkaufspreis zu Lasten der wirtschaftlichen Substanz des Unternehmens oder der möglichen Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer hin genommen werden müssen. Die Messung und Beurteilung der Liquiditätsrisiken erfolgen monatlich im Rahmen der Erstellung der internen Risikoberichte der Kapitalanlagen.

Der Kapitalanlagebestand hat einen Marktwert von 1.886 TEUR und ist zu über 80 % innerhalb weniger Tage veräußerbar. Am liquidesten sind hierbei die Bankguthaben und Tagesgelder (2 %), gefolgt von börsentäglich gehandelten Positionen (43 %). Der Umfang des hoch liquiden Bestands an Bankguthaben und Tagesgeldern soll sich innerhalb einer festgelegten Bandbreite bewegen, da neben Engpässen auch unangemessene Ausweitungen zu Nachteilen führen. Die Verfügbarkeit des Kapitalanlagebestandes der Öffentlichen Lebensversicherung zeigt die folgende Grafik.



Monatlich wird untersucht, inwieweit die Liquiditätsstufen 1-3 kurzfristige Bedarfe und versicherungstechnische Risiken überdecken.

Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht

Die Öffentliche Lebensversicherung betreibt eine detaillierte Liquiditätsplanung, bei der alle unternehmensweiten Informationen über zukünftige Zahlungsströme Berücksichtigung finden. Der Liquiditätsplan basiert auf Planungsdaten der verschiedenen Geschäftsbereiche und eigenen Einschätzungen, Hochrechnungen und der Mehrjahresplanung. Um vorübergehend erhöhte Zahlungsanforderungen ohne zusätzliche Anstrengungen bedienen zu können, wird ein Liquiditätspuffer vorgehalten. Der Anteil der illiquiden Anlagen ist über die Festlegung der quantitativen Grenzen der verschiedenen Assetklassen limitiert.

Wesentliche Risikokonzentrationen

Mit Blick auf die Liquiditätsrisiken liegen keine Risikokonzentrationen im Berichtszeitraum vor.

Risikominderungstechniken

Über die geschilderten Maßnahmen der Risikomessung und -beurteilung, der Planung und dem kontinuierlichen Liquiditätsmanagement sowie der quantitativen Begrenzung illiquider Assets hinaus werden keine weiteren Maßnahmen zur Risikominderung ergriffen.

Risikosensitivität

Die hohe Liquidität des Kapitalanlagebestands und das damit einhergehende außerordentlich niedrige Risikoniveau machen keine gesonderten Szenariorechnungen erforderlich.

Gesamtbetrag des bei künftigen Prämien einkalkulierten Gewinns

Für die Aufstellung der Solvabilitätsübersicht gilt als wesentliche aufsichtsrechtliche Vorgabe die theoretische Annahme, dass der betrachtete Versicherungsbestand zum Betrachtungsstichtag geschlossen und der Bestand abgewickelt wird. Es wird somit der Wert der Eigenmittel des Unternehmens unter der Prämisse bestimmt, dass kein Neugeschäft abgeschlossen werden könnte, da in der Regel durch Neugeschäft Gewinne erzielt werden könnten. Dennoch fließen auch in der Betrachtung ohne Neugeschäft zukünftig noch Prämien, so dass auch bei einem geschlossenen Bestand hieraus möglicherweise Gewinne oder Verluste für das Versicherungsunternehmen anfallen könnten.

Die Ermittlung der in zukünftigen Prämien enthaltenen Gewinne oder Verluste (EPIFP) leitet sich aus den versicherungstechnischen Rückstellungen gemäß der Vorgehensweise im Branchensimulationsmodell ab und ist als rückstellungsmindernder bzw. -erhöhender Posten im Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten enthalten, so dass diese Größe einen impliziten Teil der Eigenmittel darstellt. Der EPIFP beträgt per 31.12.2023 für die Öffentliche Lebensversicherung 3.826 TEUR.

C.5 Operationelles Risiko

Risikoexponierung

Das operationelle Risiko ist das Verlustrisiko, das sich aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen Prozessen, Mitarbeitenden, Systemen oder durch externe Ereignisse ergibt. Operationelle Risiken umfassen auch Risiken aus den Bereichen Recht, Informations- und Kommunikationstechnologie sowie IT-Sicherheit.

Die Erfassung der operationellen Risiken erfolgt vorrangig durch die jährlich stattfindende Risikoinventur, die der strukturierten Identifikation und Überwachung sämtlicher aktueller und künftiger Risiken im Geschäftsbetrieb der Öffentlichen Lebensversicherung dient. Basis hierfür sind zusammengefasste Risikofelder, die gleiche Risikotreiber und -ursachen haben. Zusätzlich werden innerhalb der Risikoinventur Reputations- und strategische Risiken betrachtet. Die Risikofelder der Öffentlichen Lebensversicherung stellen sich zum 30.06.2023 wie folgt dar:

IT/ Infrastruktur	Mitarbeitende	Interne Prozesse & Verfahren	Externe Ereignisse/ Vorgaben
<ul style="list-style-type: none">• Haustechnik und Gebäude• IT-Systeme• Informationssicherheit	<ul style="list-style-type: none">• Mangelhaftes Know-How• Mangelhafte Personalausstattung	<ul style="list-style-type: none">• Fehler in der Technik• Fehlerhafte Datenerfassung/ Interpretation• Projekt- und Programmrisiken• Prozessunterbrechung/-ausfall	<ul style="list-style-type: none">• Outsourcing/ externe Dienstleister• Fraud und Compliance• Markttrends und -positionen• Datenschutz

Die Risikoverantwortlichen identifizieren, analysieren, bewerten und melden ihre Risiken jährlich oder bei Bedarf ad hoc an das Risikomanagement. Die Risikobewertung erfolgt dabei auf Basis von Expertenschätzungen. Darüber hinaus werden operationelle Risiken zusätzlich retrospektiv über die Abfrage zu eingetretenen operationellen Risiken betrachtet und in eine Verlustdatenbank überführt. Somit kann die Öffentliche Lebensversicherung Erkenntnisse über eingetretene operationelle Risiken gewinnen und frühzeitig Maßnahmen zur Risikominderung entwickeln.

Ein Großteil der Risiken ergibt sich insbesondere aus dem Bereich „Interne Prozesse & Verfahren“. Dieses Risikofeld umfasst rund 46 % der durch die Bereiche identifizierten Risiken. Wesentliche Rahmenbedingungen, die sich für die Öffentliche Lebensversicherung ergeben, sind der Fachkräftemangel und Cyberrisiken. Um diesen Risiken entgegenzuwirken, wurden bereits Maßnahmen getroffen.

Im Rahmen der Risikoinventur der Öffentlichen Lebensversicherung werden auch Nachhaltigkeitsaspekte in den oben dargestellten Risikofeldern berücksichtigt. Es konnten keine besonders exponierten Risiken festgestellt werden. Auch reputationsrelevante Nachhaltigkeitsrisiken werden weiterhin detaillierter beobachtet und gesteuert.

Die Bewertung der operationellen Risiken erfolgt bei der Öffentlichen Lebensversicherung qualitativ im Rahmen der Risikoinventur durch die Einschätzungen der Risikoverantwortlichen. Mit der Berechnung der Solvency II-Standardformel wird auch

quantitativ das Risiko im Limitsystem bestimmt. Die Ergebnisse der jährlichen und quartalsweisen Risikobewertung gehen sowohl in die Risikoberichterstattung an den Vorstand als auch in die externe Berichterstattung an die Aufsichtsbehörde und die Öffentlichkeit ein. Im Berichtszeitraum haben sich keine wesentlichen Änderungen in dem Risikoprofil ergeben und in der Bewertung der operationellen Risiken mittels der Solvency II-Standardformel stattgefunden.

Operationelles Risiko	Stand 31.12.2023
	7.133 TEUR

Wesentliche Risikokonzentrationen

Für die Öffentliche Lebensversicherung liegen keine wesentlichen Risikokonzentrationen in Bezug auf das operationelle Risiko vor.

Risikominderungstechniken

Für operationelle Risiken bestehen bei der Öffentlichen Lebensversicherung vielfältige Risikominderungsmaßnahmen. Dazu zählt insbesondere das IKS, welches auf Basis von umfangreichen Prozessdokumentationen Prozessrisiken durch angemessene und wirksame Kontrollen beherrschbar macht.

Nach Einschätzungen des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik ist die Bedrohungslage bezüglich der Informationssicherheit als hoch eingestuft. Auch intern wird dieser Einschätzung gefolgt und entsprechende Maßnahmen ergriffen. Um den Risiken entgegenzuwirken hat das Unternehmen ein umfassendes Awareness-Programm eingeführt, das die Mitarbeitenden hinsichtlich der Cybersicherheit auf verschiedenen Ebenen sensibilisieren soll. Auch im Datenschutz erfolgen verpflichtende Schulungen für die Mitarbeitenden der Öffentlichen Lebensversicherung. Verschiedene IT Security Maßnahmen werden getroffen und das Informationsmanagementsystem weiter ausgebaut. Zudem wird bei jeder Ausgliederung von Cloud-diensten eine umfassende Risikoanalyse in Bezug auf die IT-Sicherheit durchgeführt und im Rahmen eines Dienstleistermanagements werden die Dienstleister regelmäßig kontrolliert.

Auch der Fachkräftemangel stellt für das Unternehmen eine größer werdende Herausforderung dar. Um den Folgen des demografischen Wandels entgegenzuwirken, wurden innerhalb der Öffentlichen Lebensversicherung gezielte Maßnahmen erarbeitet. Folglich werden interne Weiterbildungs- und Entwicklungsmaßnahmen zur Kompetenzerweiterung der Mitarbeitenden ergriffen.

Des Weiteren hat die Öffentliche Lebensversicherung im Rahmen des Business Continuity Management (BCM) Notfallpläne erstellt z. B. für den Fall des Nutzungsausfalls des Gebäudes. Ziel ist hierbei, die zügige Wiederaufnahme des Geschäftsbetriebes sicherzustellen. Dafür wird der Notfallplan regelmäßig getestet, überprüft und ggf. angepasst.

Die Compliance- und Fraud-Risiken werden durch das umfassende Compliance-Management-System (CMS) überwacht und jährlich über die Compliance-Risikoanalyse identifiziert. So kann frühzeitig auf Verstöße gegen Gesetze, Regelungen und aufsichtsrechtliche Vorgaben reagiert werden.

Durch eine aktive Einbindung der Öffentlichen Lebensversicherung in Verbandstätigkeiten beim GDV und VöV ist eine laufende Beobachtung des spezifischen politischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Umfeldes gewährleistet. Einen Beitrag zur Reduktion von Projektrisiken, denen die Öffentliche Lebensversicherung nur gering ausgesetzt ist, leistet daneben die prospektiv ausgerichtete unternehmensweite Großprojektsteuerung. Diese berichtet über den Status inkl. der Risiken des jeweiligen Projekts und unterstützt zugleich die Planung von Kapazitäten und Priorisierungen.

Risikosensitivität

Für operationelle Risiken wurden bei der Öffentlichen Lebensversicherung im Berichtszeitraum keine gesonderten Szenarien oder Stresstests durchgeführt.

C.6 Andere wesentliche Risiken

Risikoexponierung

Unter anderen wesentlichen Risiken versteht die Öffentliche Lebensversicherung vor allem Risiken, die im Rahmen der Solvency II-Standardformel nicht explizit berücksichtigt werden können, da diese schwer quantifizierbar sind. Zusätzlich ist es schwierig vorauszusagen, inwieweit diese Risiken das Unternehmen in Zukunft belasten können. Aus diesen Gründen werden „Andere Risiken“ bei der Öffentlichen Lebensversicherung mittels Expertenschätzungen durch die Risikoverantwortlichen bewertet. Zu den anderen wesentlichen Risiken zählen für die Öffentliche Lebensversicherung:

- Strategische Risiken,
- Reputationsrisiken,
- Ansteckungsrisiken und
- Nachhaltigkeitsaspekte in bestehenden Risikokategorien.

Strategische Risiken können durch externe, in der Regel nicht zu beeinflussende Entwicklungen (z. B. rechtlicher, technischer oder wirtschaftlicher Rahmenbedingungen) oder durch nachteilige Geschäftsentscheidungen (z. B. Vertriebsmodelländerungen, Produktangebote oder Kundensegmente) entstehen. Dies kann mittel- bis langfristig einen negativen Einfluss auf die Wettbewerbssituation und das Kapital des Unternehmens nehmen.

Reputationsrisiken ergeben sich vor allem aus einer negativen Wahrnehmung des Unternehmens in der Öffentlichkeit und können einen nachhaltigen Imageverlust zur Folge haben. Für die Reputation eines Unternehmens ist daher jeder Kontakt der Mitarbeitenden, Führungskräfte und Vorstandsmitglieder zu Kunden, Anteilseignern sowie der gesamten Öffentlichkeit von besonderer Bedeutung. Aufgrund des begrenzten Geschäftsgebietes der Öffentlichen Lebensversicherung und der starken Zugehörigkeit in der Region bedürfen Reputationsrisiken einer besonderen Aufmerksamkeit.

Ansteckungsrisiken innerhalb der Gruppe Öffentliche bestehen für die Öffentliche Lebensversicherung ausschließlich als Resultat aus möglichen gravierenden Reputationsrisiken der Öffentlichen Sachversicherung.

Insbesondere aufgrund des Klimawandels gewinnen Nachhaltigkeitsrisiken im finanzwirtschaftlichen Bereich, auch im Rahmen von aufsichtsrechtlichen Vorgaben immer mehr an Bedeutung. Nachhaltigkeitsrisiken beinhalten Risiken, die sich auf die Bereiche Umwelt, Soziales und Unternehmensführung (ESG-Faktoren) beziehen. Gemäß dem BaFin-Merkblatt zum Umgang mit Nachhaltigkeitsrisiken stellen diese Risiken Ausprägungen von bereits grundsätzlich bekannten Risikoarten dar. Sie werden folglich im Risikomanagement nicht als eigene Risikoart definiert. Vielmehr wirken sie auf die bekannten Risikoarten, wie bspw. versicherungstechnisches Risiko, Marktrisiko, operationelles Risiko ein und können diese langfristig erhöhen. Auch Reputationsrisiken stellen durch das Eingehen oder Unterlassen von nachhaltigen Geschäftsaktivitäten einen wesentlichen Aspekt von Nachhaltigkeitsrisiken dar.

Wesentliche Risikokonzentrationen

Für die Öffentliche Lebensversicherung werden derzeit keine wesentlichen Risikokonzentrationen in Bezug auf andere wesentliche Risiken erwartet.

Risikominderungstechniken

Um strategischen Risiken zu begegnen, werden Tätigkeiten aktiver Wettbewerber stetig beobachtet. Darüber hinaus werden die Kundenbedürfnisse und das Kundenverhalten kontinuierlich mit dem Ziel analysiert, neue Märkte und Wettbewerbsvorteile zu erschließen. Mit der fixierten Unternehmensstrategie stellt sich die Öffentliche Lebensversicherung insbesondere den Herausforderungen des Wandels von Demografie, Technik, Wirtschaft und Gesellschaft. Es wurde ein intensiver Strategieprozess initiiert, um dem Risiko zu begegnen, nicht rechtzeitig durch Anpassung der Geschäftsstrategie auf Marktentwicklungen zu reagieren. Die aus der Strategie abgeleiteten Maßnahmen werden regelmäßig weiterentwickelt und deren Umsetzung überprüft.

Für die Öffentliche Lebensversicherung ist als regional stark verwurzelt Unternehmen die Beachtung und das Management von Reputationsrisiken besonders wichtig. Die Bedeutung hat in den letzten Jahren, insbesondere durch die Entwicklung der

sozialen Netzwerke, stark zugenommen. Als wesentliche Steuerungsmaßnahmen für klassische Reputationsrisiken existieren das laufende Monitoring der Medien und des Marktes sowie ein effektives Krisenmanagementkonzept, das innerhalb des Unternehmens kommuniziert wurde. Darüber hinaus verfügt die Öffentliche Lebensversicherung über ein offenes Beschwerdemanagement, welches die Anliegen ihrer Kunden schnell erfassen, effizient lösen und somit die Entstehung von Reputationsrisiken vermeiden soll. Operationelle Risiken als klassische Ursache für Reputationsrisiken werden mithilfe des IKS weitestgehend minimiert.

Ansteckungsrisiken bestehen für die Öffentliche Lebensversicherung ausschließlich als Resultat aus möglichen gravierenden Reputationsrisiken der Öffentlichen Sachversicherung. Zur Risikominderung der Ansteckungsgefahr wird auf die oben genannten Techniken verwiesen.

Nachhaltigkeitsrisiken werden innerhalb der Öffentlichen Lebensversicherung bereits implizit durch bestehende Prozesse analysiert und beobachtet. Insbesondere werden Nachhaltigkeitsaspekte innerhalb der Kapitalanlage berücksichtigt und das umweltbewusste Handeln des Unternehmens durch ein Umweltmanagementsystem gesteuert. Im Risikomanagement werden die Auswirkungen von Nachhaltigkeitsaspekten regelmäßig auf die bestehenden Risikoarten überprüft. So werden innerhalb des ORSA verschiedene klimabezogene Stressszenarien betrachtet sowie Nachhaltigkeitsaspekte in die Risikoinventur einbezogen. Der Fachkräftemangel hat stark zugenommen und ist über die Branche hinaus zu beobachten. Durch viele Maßnahmen in der Personalgewinnung soll dem entgegengewirkt werden. Das Thema Trendanalysen insbesondere im Hinblick auf Nachhaltigkeitsrisiken wird im Unternehmen stetig weiterentwickelt. Emerging Risks sind neuartige Risiken, dessen Auswirkungen schwer zu beurteilen sind. Ihr frühzeitiges Erkennen spielt gerade als öffentlich-rechtliches Unternehmen mit der regionalen und sozialen Verantwortung eine wichtige Rolle. Darüber hinaus wird auf veränderte Kundenbedarfe mit neuen Produkten reagiert, die einen stärkeren Bezug zu Nachhaltigkeit zeigen können. Weitere Details zum Umgang mit Nachhaltigkeitsaspekten der Öffentlichen Lebensversicherung können dem CSR-Bericht entnommen werden.

Risikosensitivität

Für detailliertere Informationen zu Szenarien mit Nachhaltigkeitsaspekten wird auf das Kapitel C.2 Marktrisiko verwiesen. Ansonsten wurden keine gesonderten Szenarien oder Stresstests für andere wesentliche Risiken durchgeführt.

C.7 Sonstige Angaben

Andere wesentliche Informationen zum Risikoprofil der Öffentlichen Lebensversicherung sind nicht vorhanden.

D. Bewertung für Solvabilitätszwecke

D.1 Vermögenswerte

D.1.1 Wert der Vermögenswerte und Beschreibung der Bewertungsmethoden

In diesem Abschnitt werden die Vermögenswerte der Öffentlichen Lebensversicherung für jede wesentliche Klasse der Solvabilitätsübersicht dargestellt. Es erfolgt darüber hinaus eine Erläuterung, auf welche Grundlagen, Methoden und Annahmen sich die Bewertung für den Jahresabschluss nach HGB und die Solvabilitätsübersicht gemäß Solvency II stützt. Die verschiedenen Methoden führen im Jahresabschluss zu teilweise deutlichen Differenzen. Die Solvabilitätsübersicht der Aktivseite stellt sich per 31.12.2023 wie folgt dar:

Posten in der Solvabilitätsübersicht	Solvency II	HGB-Buchwert	Differenz
Abgegrenzte Abschlusskosten	0 TEUR	1.317 TEUR	-1.317 TEUR
Immaterielle Vermögensgegenstände	0 TEUR	78 TEUR	-78 TEUR
Sachanlagen für den Eigenbedarf	40 TEUR	40 TEUR	0 TEUR
Immobilien (außer zur Eigennutzung)	20.830 TEUR	9.467 TEUR	11.363 TEUR
Aktien - nicht notiert	2.475 TEUR	2.475 TEUR	0 TEUR
Staatsanleihen	595.824 TEUR	686.407 TEUR	-90.583 TEUR
Unternehmensanleihen*	335.743 TEUR	360.002 TEUR	-24.259 TEUR
Organismen für gemeinsame Anlagen	879.150 TEUR	749.923 TEUR	129.228 TEUR
Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge	91.879 TEUR	91.879 TEUR	0 TEUR
Darlehen und Hypotheken	3.443 TEUR	3.443 TEUR	0 TEUR
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen	2.942 TEUR	4.876 TEUR	-1.933 TEUR
Depotforderungen	1.899 TEUR	1.899 TEUR	0 TEUR
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	527 TEUR	527 TEUR	0 TEUR
Forderungen gegenüber Rückversicherern	719 TEUR	719 TEUR	0 TEUR
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	4.726 TEUR	4.726 TEUR	0 TEUR
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	855 TEUR	855 TEUR	0 TEUR
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalente	29.000 TEUR	29.000 TEUR	0 TEUR
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	7 TEUR	18.708 TEUR	-18.701 TEUR
Vermögenswerte insgesamt	1.970.058 TEUR	1.966.339 TEUR	3.719 TEUR

* Covered Bonds und Pfandbriefe

Zum Stichtag verfügt die Öffentliche Lebensversicherung nicht über die folgenden Vermögenswerte gemäß den Vorgaben zur Solvabilitätsübersicht:

- Geschäfts- oder Firmenwert,
- Latente Steueransprüche,
- Überschuss bei den Altersversorgungsleistungen,
- Eigene Anteile (direkt gehalten),
- In Bezug auf Eigenmittelbestandteile fällige Beiträge oder ursprünglich eingeforderte, aber noch nicht eingezahlte Mittel.

Die Bewertungsmethoden und -unterschiede für die einzelnen Posten der Solvabilitätsübersicht ergeben sich wie folgt:

Abgegrenzte Abschlusskosten

Posten in der Solvabilitätsübersicht	Solvency II	HGB-Buchwert	Differenz
Abgegrenzte Abschlusskosten	0 TEUR	1.317 TEUR	-1.317 TEUR

HGB:

Im Jahresabschluss nach HGB sind aktivierte Abschlusskosten, die noch nicht eingenommen sind, d. h. durch zukünftige Prämien des Bestandes getilgt werden, auf der Aktivseite als Forderung gegenüber den Versicherungsnehmern abzubilden. Die Forderung beträgt 1.317 TEUR.

Solvency II:

Die Abschlusskosten aus HGB sind bei den zukünftigen Zahlungsströmen für die versicherungstechnischen Rückstellungen zu berücksichtigen und werden daher an dieser Stelle mit Null angesetzt.

Differenz:

Die Differenz zwischen dem Solvency II-Wert und dem HGB-Buchwert in Höhe von -1.317 TEUR entsteht durch die Vermeidung einer Doppelzählung unter Solvency II, da die Abschlusskosten bereits bei den zukünftigen Zahlungsströmen für die versicherungstechnischen Rückstellungen berücksichtigt werden.

Immaterielle Vermögensgegenstände

Posten in der Solvabilitätsübersicht	Solvency II	HGB-Buchwert	Differenz
Immaterielle Vermögensgegenstände	0 TEUR	78 TEUR	-78 TEUR

HGB:

Im Jahresabschluss nach HGB sind Immaterielle Vermögensgegenstände (erworbene Software) in Höhe von 78 TEUR vorhanden.

Solvency II:

Dieser Posten wird hier gemäß Artikel 12 DVO mit Null angesetzt.

Differenz:

Die Differenz zwischen dem Solvency II-Wert und dem HGB-Buchwert in Höhe von -78 TEUR entsteht durch die Nullbewertung.

Sachanlagen für den Eigenbedarf

Posten in der Solvabilitätsübersicht	Solvency II	HGB-Buchwert	Differenz
Sachanlagen für den Eigenbedarf	40 TEUR	40 TEUR	0 TEUR

HGB:

Unter diesem Posten wird ausschließlich die Betriebs- und Geschäftsausstattung als Sachanlage erfasst. Die Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen entsprechend ihrer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer bilanziert. Der HGB-Buchwert beträgt 40 TEUR.

Solvency II:

Durch die lineare Abschreibung, die bereits unter HGB stattgefunden hat, wurde der beizulegende Zeitwert der Sachanlagen erfasst. Daher hat unter Solvency II keine Umbewertung stattgefunden und die Sachanlagen wurden ebenfalls mit dem HGB-Buchwert angesetzt.

Differenz:

Es ergeben sich keine Bewertungsunterschiede.

Immobilien (außer zur Eigennutzung)

Posten in der Solvabilitätsübersicht	Solvency II	HGB-Buchwert	Differenz
Immobilien (außer zur Eigennutzung)	20.830 TEUR	9.467 TEUR	11.363 TEUR

Die Öffentliche Lebensversicherung besitzt drei Objekte in Braunschweig und der Region.

HGB:

Der HGB-Buchwert ergibt sich aus den fortgeführten Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen. Die Abschreibungen erfolgen linear in Abhängigkeit der anzusetzenden Nutzungsdauer der Objekte. Für den Anteil der Grundstücke an den dargestellten Werten erfolgt keine Abschreibung.

Solvency II:

Die Zeitwertermittlung erfolgt gemäß den Vorgaben des HGB alle fünf Jahre mittels Verkehrswertgutachten, die bei externen Sachverständigen in Auftrag gegeben werden. Der Wert muss jedoch bei allen Jahresabschlüssen die aktuelle Marktlage widerspiegeln. Die FM GmbH prüft daher jährlich mit einem vereinfachten Ertragswertverfahren die Werthaltigkeit der gutachterlichen Verkehrswerte.

Differenz:

Aufgrund der unterschiedlichen Bewertungsmethoden ergibt sich eine Reserve von 11.363 TEUR.

Aktien - nicht notiert

Posten in der Solvabilitätsübersicht	Solvency II	HGB-Buchwert	Differenz
Aktien - nicht notiert	2.475 TEUR	2.475 TEUR	0 TEUR

In diesem Posten sind die Pflichtanteile der Öffentlichen Lebensversicherung am gesetzlichen Sicherungsfonds Protektor und dessen Verwaltungsgesellschaft enthalten.

HGB:

Der Buchwert ergibt sich aus den fortgeführten Anschaffungskosten bzw. den Mitgliedsbeiträgen für Protektor und den hierfür erworbenen Anteilen am Sicherungsfonds.

Solvency II:

Der Zeitwert wird von Protektor berechnet und stellt den Substanzwert des Fonds dar.

Differenz:

Es ergeben sich keine Bewertungsunterschiede.

Anleihen

Posten in der Solvabilitätsübersicht	Solvency II	HGB-Buchwert	Differenz
Staatsanleihen	595.824 TEUR	686.407 TEUR	-90.583 TEUR
Unternehmensanleihen*	335.743 TEUR	360.002 TEUR	-24.259 TEUR
Gesamt	931.567 TEUR	1.046.409 TEUR	-114.842 TEUR

* Covered Bonds und Pfandbriefe

Mit einem Zeitwert in Höhe von 931.567 TEUR besteht ein wesentlicher Anteil der Kapitalanlage der Öffentlichen Lebensversicherung aus Staatsanleihen, Pfandbriefen und gedeckten Schuldverschreibungen (Covered Bonds).

HGB:

In der Regel wird der Wert zum Kaufzeitpunkt als Buchwert angesetzt. Weicht dieser Wert vom Nominalwert (Rückzahlungswert zum Fälligkeitsdatum der Anleihen) ab, so erfolgt für Schuldscheindarlehen und Namenspapiere eine Zu- oder

Abschreibung bis zur Höhe des Nominals zum Zeitpunkt der Fälligkeit / Tilgung. Für sogenannte Nullkuponanleihen erfolgt zunächst wie gewöhnlich der Ansatz der Anschaffungskosten. Im weiteren Verlauf erfolgen Zuschreibungen bis zur Höhe des Nominalwerts, welcher zum Zeitpunkt der Tilgung erreicht wird.

Solvency II:

Für die Inhaberschuldverschreibungen wird der Börsenkurs angesetzt. Für Schuldscheindarlehen und Namenspapiere kann nicht direkt auf Börsenwerte zurückgegriffen werden, da diese nicht an der Börse gehandelt werden. Die Öffentliche Lebensversicherung verwendet ein eigenes Bewertungsmodell mit dem Ziel, möglichst marktnahe Zeitwerte abzubilden. Die Erläuterung erfolgt in Kapitel D.4 „Alternative Bewertungsmethoden“.

Differenz:

Für die Anleihen besteht eine Last in Höhe von -114.842 TEUR. Das gesunkene Zinsniveau hat der negativen Wertentwicklung des Vorjahres entgegengewirkt und somit zu einer Verbesserung der Reservesituation geführt.

Organismen für gemeinsame Anlagen

Posten in der Solvabilitätsübersicht	Solvency II	HGB-Buchwert	Differenz
Brunswick SICAV-SIF	148.573 TEUR	74.821 TEUR	73.752 TEUR
Sonstige Positionen	730.577 TEUR	675.101 TEUR	55.476 TEUR
Gesamt	879.150 TEUR	749.923 TEUR	129.228 TEUR

Dieser Posten beinhaltet zum einen das Ertragsportfolio, welches im Masterfonds „OELB“ allokiert ist. Zum anderen handelt es sich um die Brunswick GPE SICAV-SIF (im Folgenden Brunswick genannt). Die Gruppe der Öffentlichen Versicherung hält 100 % der Anteile der Brunswick. Es handelt sich um eine Investmentgesellschaft nach luxemburgischem Recht, welche mit dem Ziel gegründet wurde, ein globales Private Equity Portfolio aufzubauen und zu verwalten (nicht börsennotierte Unternehmensbeteiligungen). Die Brunswick ist sowohl Bestandteil der langfristigen Kapitalallokation der Öffentlichen Lebensversicherung als auch Gegenstand der strategischen Produktpolitik.

HGB und Solvency II:

Die handelsrechtliche Bilanzierung des Masterfonds erfolgt mit den fortgeführten Anschaffungskosten. Diese bestimmen sich aus den Marktwerten zum jeweiligen Zeitpunkt des Erwerbs der Fondsanteile. Der Zeitwert von Investmentfonds ergibt sich in der Regel aus dem von den Fondsgesellschaften ausgewiesenen Fondswert. Für den Masterfonds „OELB“ erfolgt der Ausweis des Fondswerts durch die zuständige Kapitalverwaltungsgesellschaft Bantleon Invest AG. Der angesetzte Wert der Brunswick ergibt sich aus dem von der Gesellschaft gemäß den regulatorischen Vorgaben ausgewiesenen Nettoinventarwert / Fondswert, wobei eine Prüfung durch Wirtschaftsprüfer und die zuständige Kapitalverwaltungsgesellschaft (Apex, seit dem 01.07.2022 Hauck & Aufhäuser Alternative Investment Services S. A.) erfolgt. Die durch den Masterfonds „OELB“ gehaltenen Anteile an der Gesellschaft wurden 2017 in das Sicherheitsportfolio der Öffentlichen Lebensversicherung übertragen. Der Buchwert ergibt sich aus dem Fondswert zum Zeitpunkt der Übertragung und berücksichtigt Aufstockungen der Brunswick, die seitdem vorgenommen wurden. Der Zeitwert variiert in Folge von Bewertungsänderungen der von der Gesellschaft gehaltenen (Dach-)Fonds.

Differenz:

In Abhängigkeit von der Entwicklung an den Kapitalmärkten und der Zusammensetzung von Investmentfonds unterliegt der Wert des Masterfonds börsentäglichen Änderungen. Die trotz des herausfordernden Kapitalmarktjahres in 2023 weiterhin deutlich positive Gesamtreserve von 129.228 TEUR setzt sich zu 43 % aus dem Masterfonds und zu 57 % aus der Investmentgesellschaft Brunswick zusammen. Hierbei hat sich die Reserve des Masterfonds im Jahr 2023 positiv entwickelt, während die Reserveentwicklung der Investmentgesellschaft Brunswick zurückgegangen ist.

Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge

Posten in der Solvabilitätsübersicht	Solvency II	HGB-Buchwert	Differenz
Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge	91.879 TEUR	91.879 TEUR	0 TEUR

HGB:

Unter den Vermögenswerten für index- und fondsgebundene Verträge werden die Kapitalanlagen bilanziert, die zur Bedeckung der Deckungsrückstellungen von fondsgebundenen Lebensversicherungsverträgen dienen. Die Kapitalanlagen werden zu Marktwerten angesetzt. Dieser beträgt 91.879 TEUR.

Solvency II:

Da die Kapitalanlagen, die zur Bedeckung der Deckungsrückstellungen von fondsgebundenen Lebensversicherungsverträgen dienen bereits unter HGB zum Marktwert angesetzt wurden, wurde unter Solvency II keine Umbewertung vorgenommen.

Differenz:

Es ergeben sich keine Bewertungsunterschiede.

Darlehen und Hypotheken

Posten in der Solvabilitätsübersicht	Solvency II	HGB-Buchwert	Differenz
Policendarlehen	2.126 TEUR	2.126 TEUR	0 TEUR
Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen	1.317 TEUR	1.317 TEUR	0 TEUR
Gesamt	3.443 TEUR	3.443 TEUR	0 TEUR

HGB und Solvency II:

Die Öffentliche Lebensversicherung hat Hypotheken und Policendarlehen an ihre Versicherungsnehmer in Höhe von 3.443 TEUR vergeben. Für die Bewertung der Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen wird sowohl für den Buch- als auch für den Zeitwert der Darlehensbetrag angesetzt.

Differenz:

Es ergeben sich keine Bewertungsunterschiede.

Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen (inkl. Abrechnungsforderungen / -verbindlichkeiten)

Posten in der Solvabilitätsübersicht	Solvency II	HGB-Buchwert	Differenz
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen	2.942 TEUR	4.876 TEUR	-1.933 TEUR

HGB:

Unter diesem Posten werden Anteile der Rückversicherer für Leistungen für Bestände mit Todesfall- bzw. Berufsunfähigkeitsrisiko (3.516 TEUR) sowie Leistungen aus dem bezüglich im Neugeschäft eingestellten Produkt LöwenRente „Garant+“ (1.360 TEUR) erfasst. Die Anteile für das in Rückdeckung gegebene Geschäft wurden anhand der bestehenden Rückversicherungsverträge ermittelt. Die Rückversicherung wirkt in der zukünftigen Auszahlung von Leistungen für das Versicherungsunternehmen entlastend, so dass dieser Posten in der Regel die Bruttorekstellungen verringert oder alternativ auf der Aktivseite eine Forderung gegenüber den Rückversicherern auslöst. Der HGB-Buchwert beträgt 4.876 TEUR.

Solvency II:

Die passive Rückversicherung (Vertrag zur Deckung von biometrischen Risiken mit dem VöV) wurde auf Best Estimate-Basis berechnet. Hierbei sind Erwartungen an zukünftige Zahlungsströme mit dem Rückversicherer insbesondere mit Auswirkungen auf das Risiko- und das übrige Ergebnis eingeflossen. Insgesamt ergibt sich im Erwartungswert für die klassischen Lebensversicherungsprodukte ein Wert von 1.582 TEUR, der sich zusammensetzt aus dem erwarteten Zahlungssaldo mit dem Rückversicherer in Höhe von -1.933 TEUR und dem Bardepot in Höhe von 3.516 TEUR.

Differenz:

Die Differenz zwischen dem Solvency II-Wert und dem HGB-Buchwert in Höhe von -1.933 TEUR entsteht durch den Ansatz der zukünftig erwarteten diskontierten Rückversicherungsergebnisse (Rechnungsgrundlagen 2. Ordnung).

Depotforderungen

Posten in der Solvabilitätsübersicht	Solvency II	HGB-Buchwert	Differenz
Depotforderungen	1.899 TEUR	1.899 TEUR	0 TEUR

HGB:

Unter diesem Posten werden Forderungen gegenüber dem VöV und der Deutschen Rück in Höhe der von ihnen einbehaltenen Sicherheiten zu Nennwerten angesetzt. Diese betragen 1.899 TEUR.

Solvency II:

Da die Forderungen gegenüber dem VöV und der Deutschen Rück kurzlaufend sind, werden diese ebenfalls mit dem HGB-Nennwert in Höhe von 1.899 TEUR angesetzt.

Differenz:

Es ergeben sich keine Bewertungsunterschiede.

Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern

Posten in der Solvabilitätsübersicht	Solvency II	HGB-Buchwert	Differenz
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	527 TEUR	527 TEUR	0 TEUR

HGB:

Unter diesem Posten werden kurzfristige und überfällige sowie nicht überfällige Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern (z. B. ausstehende Beiträge) sowie Forderungen gegenüber Vermittlern erfasst. Die Forderungen gegenüber Vermittlern betreffen im Wesentlichen Provisionsrückforderungen. Die Forderungen werden aufgrund ihrer kurzfristigen Laufzeit handelsrechtlich zum Nennwert erfasst. Dieser beträgt 527 TEUR. Zur Berücksichtigung von Ausfallrisiken wurden Pauschalwertberichtigungen vorgenommen.

Solvency II:

Bei den Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern handelt es sich um kurzfristige Forderungen mit einer Laufzeit von weniger als 12 Monaten, für die kein aktiver Markt existiert und bei welchen die Höhe und der Zeitpunkt der Zahlungen bekannt sind. Aus diesem Grund wird als alternative, marktübliche Methode grundsätzlich ebenfalls der HGB-Nennwert angesetzt. Zur Berücksichtigung von Ausfallrisiken wurden bei der Ermittlung des HGB-Wertes Pauschalwertberichtigungen vorgenommen.

Differenz:

Es ergeben sich keine Bewertungsunterschiede.

Forderungen gegenüber Rückversicherern

Posten in der Solvabilitätsübersicht	Solvency II	HGB-Buchwert	Differenz
Forderungen gegenüber Rückversicherern	719 TEUR	719 TEUR	0 TEUR

HGB:

Unter diesem Posten werden Abrechnungsforderungen aus dem selbst abgeschlossenen Rückversicherungsgeschäft dargestellt. Diese werden handelsrechtlich grundsätzlich mit dem Nennwert bilanziert. Dieser beträgt 719 TEUR.

Solvency II:

Da diese Abrechnungsforderungen nur kurzlaufend sind, werden sie unter Solvency II ebenfalls mit dem HGB-Nennwert angesetzt.

Differenz:

Es ergeben sich keine Bewertungsunterschiede.

Forderungen (Handel, nicht Versicherung)

Posten in der Solvabilitätsübersicht	Solvency II	HGB-Buchwert	Differenz
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	4.726 TEUR	4.726 TEUR	0 TEUR

HGB:

Unter diesem Posten werden verschiedene Forderungen, die nicht direkt mit den Versicherungsnehmern, Vermittlern oder Rückversicherern in Zusammenhang stehen, erfasst. Die Forderungen wurden mit einem HGB-Nennwert in Höhe von 4.726 TEUR bilanziert.

Solvency II:

Da diese Forderungen nur kurzlaufend sind, werden sie unter Solvency II ebenfalls mit dem HGB-Nennwert in Höhe von 4.726 TEUR erfasst.

Differenz:

Es ergeben sich keine Bewertungsunterschiede.

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente, Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalente

Posten in der Solvabilitätsübersicht	Solvency II	HGB-Buchwert	Differenz
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	855 TEUR	855 TEUR	0 TEUR
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalente	29.000 TEUR	29.000 TEUR	0 TEUR
Gesamt	29.855 TEUR	29.855 TEUR	0 TEUR

HGB und Solvency II:

An dieser Stelle werden die Positionen auf den Girokonten (Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente) und den Tagesgeldern (Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalente) unterschieden. Die Einlagen werden sowohl zu Buch- als auch zu Zeitwerten mit ihrem Nominalwert erfasst.

Differenz:

Es ergeben sich keine Bewertungsunterschiede.

Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte

Posten in der Solvabilitätsübersicht	Solvency II	HGB-Buchwert	Differenz
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	7 TEUR	18.708 TEUR	-18.701 TEUR

HGB:

Unter diesem Posten werden andere Vermögensgegenstände, Vorräte und sonstige aktive Rechnungsabgrenzungsposten mit einem gesamten HGB-Buchwert in Höhe von 18.708 TEUR erfasst.

Solvency II:

Im Gegensatz zur HGB-Bewertung werden unter Solvency II keine abgegrenzten Zinsen bzw. Agien angesetzt, da diese im Marktwert der Anleihen enthalten sind. Für die anderen Vermögenswerte gilt: Da diese Vermögenswerte keine mittel- oder längerfristigen Zahlungsströme generieren, werden diese mit den HGB-Buchwerten in Höhe von 7 TEUR angesetzt.

Differenz:

Die Differenz zwischen dem Solvency II-Wert und dem HGB-Buchwert in Höhe von -18.701 TEUR entsteht durch die Vermeidung der oben genannten Doppelerfassung der abgegrenzten Zinsen bzw. Agien unter Solvency II.

D.1.2 Erläuterung der Bewertungsunterschiede

Für die Aufstellung der Solvabilitätsübersicht werden für die Öffentliche Lebensversicherung dieselben Werte angesetzt wie bei der Zeitwertermittlung für den HGB-Jahresabschluss.

Die Vorgaben zu Solvency II, insbesondere die DVO, sehen die internationalen Rechnungslegungsstandards (IFRS) als Standard in der Bewertungsmethodik an. Als Erleichterung für Unternehmen, die nicht nach IFRS bilanzieren, werden jedoch auch Bewertungsmethoden zugelassen, die von diesem Standard abweichen. Artikel 9 Abs. 4 der DVO eröffnet mit Verweis auf die Verhältnismäßigkeit (2009/138/EG, Art. 29, Abs. 4) die Möglichkeit, abweichend von den IFRS-Bewertungsmethoden der nationalen Rechnungslegung anzuwenden. Eine zusätzliche Bewertung der Vermögensgegenstände nach IFRS wäre für Unternehmen der Größenordnung der Öffentlichen Lebensversicherung Braunschweig mit unverhältnismäßig hohem Aufwand verbunden. Da auch für HGB-Zwecke vorwiegend marktgängige Zeitwerte ermittelt werden, steht der zu erwartende Bewertungsunterschied unter Proportionalitätsaspekten in keinem sinnvollen Verhältnis zum Zusatzaufwand.

Die Öffentliche Lebensversicherung weist regelmäßig nach, dass es durch diesen Ansatz nicht zu wesentlichen Bewertungsunterschieden kommt. Im Vergleich zum vorangegangenen Berichtszeitraum haben sich die Ansatz- und Bewertungsgrundlagen nicht verändert.

D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen

D.2.1 Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen und Beschreibung der Bewertungsmethode

Gemäß § 75 VAG sind Versicherungsunternehmen dazu verpflichtet, für sämtliche Versicherungsverpflichtungen gegenüber Versicherungsnehmern und Anspruchsberechtigten versicherungstechnische Rückstellungen zu bilden. Diese sind auf vorsichtige, verlässliche und objektive Art und Weise zu berechnen. Die versicherungstechnischen Rückstellungen setzen sich aus dem Best Estimate und der Risikomarge zusammen.

Zur Ermittlung der versicherungstechnischen Rückstellungen werden detaillierte Informationen zur zukünftigen Entwicklung der Vertragsbestände der Lebensversicherung benötigt, die vor allem in den Cashflows abgebildet werden. Für Lebensversicherungsverträge mit garantierten Leistungen und Überschussbeteiligung werden die Cashflows technisch hauptsächlich mit der Software „Alamos“ über das Bestandsführungssystem „Life Factory“ ermittelt.

Die Annahmen zur Berechnung des Cashflows im Erwartungswert werden für die biometrischen Risiken Invalidität und Sterblichkeit aus der Gewinnzerlegung der vergangenen Jahre ermittelt und dafür Sterbetafeln und Invalidisierungstafeln der DAV zugrunde gelegt. Die Kapitalabfindungswahrscheinlichkeit unterscheidet sich für Verträge mit uneingeschränktem Kapitalwahlrecht insbesondere für Vertragsbeginne vor und nach Inkrafttreten des Alterseinkünftegesetzes (2004). Die Modellierung der Kosten 2. Ordnung (realistisch gewählte Rechnungsgrundlagen) basiert auf den Daten der Mehrjahresplanung. Die Stornowahrscheinlichkeit wird produktabhängig ausgewertet und auf die normierte Stornotafel des VÖV angewendet. Es wird davon ausgegangen, dass die Stornoausübung bei Verträgen der Öffentlichen Lebensversicherung abhängig von der vereinbarten Versicherungsdauer und dem jeweiligen Versicherungsjahr im Wesentlichen diesem Stornoprofil entspricht. Als Ansatz für das Dynamikverhalten wird bei Risiko-, Kapitallebens- sowie Rentenversicherungen bis einschließlich Tarifwerk (TW) 2007 mit 96 % bzw. 95 % Annahmewahrscheinlichkeit in den folgenden 20 Jahren gerechnet. Bei Rentenversicherungen ab TW 2008 werden Zuzahlungen durch Erhöhung des Dynamikannahmesatzes modelliert. Für die darauffolgenden Jahre wird davon ausgegangen, dass keine Dynamik weiter in Anspruch genommen wird.

Für nicht in der Life Factory geführte Verträge (exkl. index- und fondsgebundene Verträge) werden die Cashflows entweder vereinfacht modelliert oder über Skalierung ähnlicher Bestände berücksichtigt. Das Volumen der durch Skalierung abgebildeten Teilbestände beträgt 3,1 % der HGB-Deckungsrückstellungen.

Der Faktor für die Berechnung der Zinszusatzreserve wird für die modellierten Bestände im jeweiligen Berechnungsprogramm bestimmt.

Die Bewertung der zukünftigen Überschussbeteiligung und der Optionen und Garantien wird mit dem aktuellen Branchensimulationsmodell (BSM) des GDV in der Version 4.2 durchgeführt. Dieses bewertet die Garantien in Bezug auf Zinsgarantien sowie garantierte Rückkaufswerte in den stochastischen Projektionspfaden. Es wird dort eine Modellierung veränderter Kapitalwahlrechts- und Stornowahrscheinlichkeiten der Versicherungsnehmer in Abhängigkeit von Zinsänderungen vorgenommen.

Index- und fondsgebundene Verträge haben bei der Öffentlichen Lebensversicherung bisher nur eine geringe Bedeutung. Die Deckungsrückstellung fondsgebundener Verträge beträgt zum Bilanztermin 31.12.2023 90.913 TEUR zzgl. 2.326 TEUR weiterer in Fonds angelegter Überschüsse für Versicherungsnehmer. Da hier seitens des Versicherungsunternehmens kein nennenswertes Risiko übernommen wird, wurden die fondsgebundenen Versicherungen aus Proportionalitätsgründen nicht modelliert. Die kapitaleffiziente LöwenRente „Garant+“ wird im Garantieteil über repräsentative Model Points gemäß geltender Rechnungsgrundlagen und über einen Rechnungszins in Höhe von 0,5 % abgebildet. Eine Garantie auf Erhaltung der Summe zugeteilter laufender Überschüsse wird vom Rückversicherungspartner übernommen und bedarf aus Proportionalitätsgründen bisher keiner separaten Modellierung. Das überarbeitete (Nachfolge-)Produkt LöwenRente „GarantInvest“ wird in gleicher Weise für den Garantieteil abgebildet und der Rechnungszinsgeneration 0,25 % zugeordnet.

Die Zusammensetzung der versicherungstechnischen Rückstellungen (ohne Berücksichtigung zukünftiger Überschüsse) zeigt die folgende Tabelle:

Line of Business (LoB)	Best Estimate	Risikomarge
Lebensversicherungsverträge mit garantierter Leistung	1.540.809 TEUR	0 TEUR
Index- und Fondsgebundene Verträge	93.239 TEUR	0 TEUR
Gesamt	1.634.048 TEUR	0 TEUR

Weitere relevante Vereinfachungen:

Storno: Für die Modellierung der Stornoannahmen in den Zahlungsströmen werden unternehmenseigene Stornoquoten der Öffentlichen Lebensversicherung, basierend auf Beobachtungen der Bestandshistorie auf Basis der Versicherungssumme in der Regel der letzten fünf Jahre ermittelt und eine Differenzierung der Stornoannahmen nach Produktarten berücksichtigt.

Risikomarge

Die Risikomarge ist ein Bestandteil der versicherungstechnischen Rückstellungen. Sie dient als Aufschlag auf die Best Estimate-Rückstellungen der Gewährleistung, dass der Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen dem Wert entspricht, den Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen erwartungsgemäß benötigen würden, um die Versicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen bei einer Bestandsübertragung übernehmen und erfüllen zu können.

Die konkrete Ausgestaltung der Bewertung der Risikomarge ist grundsätzlich in Art. 37 DVO formuliert und wird mit dem Kapitalkostenansatz (CoC) mit einer CoC-Rate von 6 % berechnet. Innerhalb dieses Ansatzes findet die Bewertung anhand einer vereinfachten Methode, entsprechend der durch EIOPA vorgegebenen „Leitlinie zur Bewertung von versicherungstechnischen Rückstellungen“, statt. Diese Methode basiert auf der Ermittlung von Näherungswerten für die Teilrisiken innerhalb der Berechnung der zukünftigen Solvenzkapitalanforderungen. Hier werden die Teilrisiken operationelles Risiko, Langlebighkeits-, Sterblichkeits-, Invaliditäts-, Storno-, Kosten- und Katastrophenrisiko mittels jeweils geeigneter Risikotreiber in die Zukunft projiziert.

Die Risikomarge beträgt per 31.12.2023 insgesamt 33.816 TEUR. Da das Rückstellungstransitional (RT) den Wert der Risikomarge übersteigt, wird in der Solvabilitätsübersicht zunächst das RT vollständig auf die Risikomarge und der verbleibende Teil des RT auf die versicherungstechnischen Rückstellungen angerechnet. Insgesamt wird damit in der Bilanz eine Risikomarge in Höhe von 0 TEUR ausgewiesen.

D.2.2 Grad der Unsicherheit

Der Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen ist insoweit mit Unsicherheiten behaftet, als dass er aus Best Estimate-Projektionen der versicherungstechnischen Cashflows, wie oben beschrieben, resultiert. Bei der Ermittlung der versicherungstechnischen Rückstellungen sind insbesondere vier Haupteffekte zu nennen, die Unsicherheiten fördern könnten.

- Es werden Vereinfachungen in der Methodik angewendet (siehe Kapitel D.2.1).
- Der Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen ist neben dem ökonomischen Umfeld insbesondere von Managementparametern abhängig. Diese möglichen unternehmerischen Entscheidungen sind bei der Entwicklung des versicherungstechnischen Geschäfts und Kapitalanlagegeschäfts im Zeitablauf der kommenden Jahre zu treffen und sollen für alle möglichen Konstellationen der unternehmerischen Wirklichkeit entsprechen. Hierbei besteht ein Prognoserisiko.
- Die Ermittlung der versicherungstechnischen Rückstellungen beinhaltet u. a. Annahmen über Kostenentwicklungen, zinsabhängigem Versicherungsnehmerverhalten (Storno, Kapitalabfindung) und Kapitalmarktumfeld für die nächsten 100 Jahre, die sich gegebenenfalls als nicht zutreffend herausstellen können. Insbesondere die Entwicklung der zukünftigen Kosten ist abhängig von vielen internen und externen Faktoren.
- Weiterhin wirkt die erhöhte und bezüglich ihrer Höhe und Dauer zu schätzende Inflation auf die Höhe der Rückstellungen ein. Die Inflationsannahmen und die methodische Vorgehensweise der Inflationsmodellierung wurden zwischen dem verantwortlichen Fachbereich, der VMF und dem Wirtschaftsprüfer abgestimmt.

Die dargestellten Vereinfachungen werden durch die Versicherungsmathematische Funktion bewertet und als unwesentlich in Bezug auf die korrekte Einschätzung der versicherungstechnischen Rückstellungen beurteilt und somit insgesamt sowohl aufsichtsrechtlich als auch ökonomisch als zulässig erachtet. Zur Quantifizierung möglicher Unsicherheiten wurden seitens der VMF Sensitivitätsrechnungen angestellt sowie weitergehende Kennzahlen analysiert. Unter anderem wird zur Berücksichtigung dieser Unsicherheiten ein Sicherheitsaufschlag auf die versicherungstechnischen Rückstellungen in Form der Risikomarge addiert, der die Eigenmittel entsprechend verringert.

D.2.3 Erläuterung der Bewertungsunterschiede

Lebensversicherungsverträge mit garantierter Leistung

Versicherungstechnische Rückstellungen nach Solvency II (inkl. VA und RT)	Versicherungstechnische Rückstellungen nach HGB	Differenz
1.540.809 TEUR	1.748.682 TEUR	-207.873 TEUR

HGB:

Die HGB-Betrachtung basiert auf dem Vorsichtsprinzip. Kapitalerhaltung und der Gläubigerschutz stehen hierbei im Vordergrund. Die Rechnungsgrundlagen werden bei Vertragsbeginn festgelegt und enthalten ausreichende Sicherheiten gegenüber den erwarteten Entwicklungen. Nur in Ausnahmefällen werden diese nachjustiert.

Solvency II:

Im Rahmen der Solvabilitätsübersicht werden die Rechnungsgrundlagen (Zins, Biometrie und Kosten) jährlich gemäß Bestands- und Marktbeobachtungen ohne Berücksichtigung von Sicherheitszuschlägen neu festgelegt. Damit steht hier der aktuelle Marktwert des Versicherungsbestandes im Vordergrund. Zusätzlich werden die LTG-Maßnahmen VA und RT sowie die Risikomarge bei der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen berücksichtigt.

Differenz:

Insgesamt ergibt sich eine Differenz in Höhe von -207.873 TEUR. Aufgrund der verwendeten LTG-Maßnahmen (VA und RT) ergibt sich ein stärkerer Rückgang der versicherungstechnischen Rückstellungen unter Solvency II.

Fondsgebundene Lebensversicherung

Versicherungstechnische Rückstellungen nach Solvency II (inkl. VA und RT)	Versicherungstechnische Rückstellungen nach HGB	Differenz
93.239 TEUR	93.239 TEUR	0 TEUR

HGB:

Bei der fondsgebundenen Lebensversicherung wird als Deckungsrückstellungen der Marktwert der zugrunde liegenden Fondsanlage bilanziert.

Solvency II:

Eine Modellierung der fondsgebundenen Lebensversicherungen erfolgt aus Proportionalitätsgründen nicht. Es werden die HGB-Werte auch in der Solvabilitätsübersicht angesetzt.

Differenz:

Es ergeben sich keine Bewertungsunterschiede.

D.2.4 Matching-Anpassung

Die Matching-Anpassung findet im deutschen Markt und so auch bei der Öffentlichen Lebensversicherung keine Anwendung.

D.2.5 Volatilitätsanpassung

Die Öffentliche Lebensversicherung wendet die von der Aufsichtsbehörde genehmigte Volatilitätsanpassung (VA) an. Ziel der Volatilitätsanpassung ist es, temporäre Marktverwerfungen zu glätten, damit keine kurzfristigen Handlungsnotwendigkeiten bestehen, die insbesondere dem Interesse der Kunden, denen langfristige Garantien zugesagt wurden, entgegenstehen. Zum 31.12.2023 beträgt das VA 20 Basispunkte.

Auswirkungen des VA*	Inkl. VA	Ohne VA	Differenz
Vt. Rückstellungen inkl. Risikomarge	1.744.168 TEUR	1.749.783 TEUR	5.615 TEUR
SCR	86.154 TEUR	91.795 TEUR	5.641 TEUR
MCR	30.262 TEUR	32.527 TEUR	2.264 TEUR
Eigenmittel – gesamt	184.827 TEUR	180.955 TEUR	-3.872 TEUR
Eigenmittel – anrechenbar SCR	184.827 TEUR	180.955 TEUR	-3.872 TEUR
Eigenmittel – anrechenbar MCR	166.543 TEUR	167.102 TEUR	559 TEUR
Bedeckungsquote – SCR	215 %	197 %	-17 Prozentpunkte
Bedeckungsquote - MCR	550 %	514 %	-37 Prozentpunkte

*Die Betrachtungen erfolgen ohne RT.

Die Anwendung des VA führt im Regelfall zu einer erhöhten Zinsstrukturkurve, die in das stochastische Bewertungsmodell einfließt. Dies hat zur Folge, dass die diskontierten Rückstellungen insgesamt einen geringeren Wert aufweisen. Zusätzlich steigen die modellierten zukünftigen Überschüsse, die teilweise zum Verlustausgleich bei der Ermittlung der Solvenzkapitalanforderung (SCR) und des Minimum Capital Requirement (MCR) herangezogen werden.

Bei den Eigenmitteln führt die Betrachtung ohne Ansatz des VA zu einer leichten Verringerung des Überschusses der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten durch die zinsbedingte Erhöhung der versicherungstechnischen Rückstellungen um 5.615 TEUR. Dieser Anstieg wird teilweise durch einen Rückgang der passiven latenten Steuern kompensiert, sodass die Eigenmittel insgesamt ohne VA um 3.872 TEUR sinken. Bei der Erhöhung des SCR ohne die Anwendung des VA um 5.641 TEUR zeigen sich vor allem die geringeren zukünftigen Überschüsse, die das Risiko mindern können, sowie die Verlustausgleichsfähigkeit latenter Steuern als ursächlich. Diese Effekte gelten für das MCR grundsätzlich analog.

Insgesamt führt die Anwendung des VA zu einer Solvency II-Bedeckungsquote von 215 % gegenüber 197 % ohne diese Maßnahme mit Blick auf das SCR, sowie 550 % gegenüber 514 % für das MCR.

D.2.6 Vorübergehende risikolose Zinskurve

Die vorübergehende risikolose Zinskurve (Zinstransitional) findet bei der Öffentlichen Lebensversicherung keine Anwendung.

D.2.7 Rückstellungstransitional

Das Rückstellungstransitional (RT) wurde ebenfalls bei der Aufsichtsbehörde beantragt und genehmigt. Dabei handelt es sich um eine Übergangsmaßnahme, die es den Versicherungsunternehmen erlaubt, einen vorübergehenden Abzug bei der Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen vorzunehmen. Das Rückstellungstransitional gewährt den Versicherern einen fließenden Übergang von Solvabilität I auf Solvency II und wird über 16 Jahre jeweils zum 01.01. des folgenden Jahres linear abgeschrieben. Der Startwert des RT ergibt sich aus der Bewertungsdifferenz der versicherungstechnischen Rückstellungen per 01.01.2016, die sich aus der Differenz des Solvency II-Wertes und des HGB-Wertes ergeben.

Auswirkungen des RT	Inkl. RT (inkl. VA)	Ohne RT (inkl. VA)	Differenz
Vt. Rückstellungen inkl. Risikomarge	1.634.048 TEUR	1.744.168 TEUR	110.120 TEUR
SCR	60.686 TEUR	86.154 TEUR	25.468 TEUR
MCR	27.309 TEUR	30.262 TEUR	2.954 TEUR
Eigenmittel – gesamt	260.176 TEUR	184.827 TEUR	-75.350 TEUR
Eigenmittel – anrechenbar SCR	260.176 TEUR	184.827 TEUR	-75.350 TEUR
Eigenmittel – anrechenbar MCR	260.139 TEUR	166.543 TEUR	-93.596 TEUR
Bedeckungsquote – SCR	429 %	215 %	-214 Prozentpunkte
Bedeckungsquote - MCR	953 %	550 %	-402 Prozentpunkte

Der anrechnungsfähige Betrag des Rückstellungstransitionals beträgt aktuell 110.120 TEUR und würde ohne Ansetzen des RT die versicherungstechnischen Rückstellungen (inkl. Risikomarge) um diesen Betrag erhöhen. Dies hat zur Folge, dass sich passive latente Steuern abbauen, die den Anstieg der Verpflichtungen leicht mindern. In Summe sinkt der Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten, was sich negativ auf die Ausgleichsrücklage und damit auf die Eigenmittel auswirkt. Das SCR und das MCR sind größer ohne RT, da der Rückgang der passiven latenten Steuern die entsprechende Verlustausgleichsfähigkeit reduziert.

Im Ergebnis führt die Anwendung des RT zu einer Solvency II-Bedeckungsquote von 429 % für das SCR bzw. 953 % für das MCR gegenüber 215 % für das SCR bzw. 550 % für das MCR ohne diese Übergangsmaßnahme.

D.2.8 Einforderbare Beiträge aus Rückversicherungsverträgen und gegenüber Zweckgesellschaften

Für die Abbildung der Rückversicherung im Branchensimulationsmodell werden künftige Zahlungsströme zwischen Erst- und Rückversicherer simuliert. Der Barwert dieser Zahlungsströme für den gesamten Bestand zusammen mit den vorhandenen HGB-Rückstellungen aus Rückversicherung (vor allem Bardepots) bildet den Marktwert der einforderbaren Beträge aus Rückversicherung (siehe auch D.1).

D.2.9 Änderungen der Annahmen zur Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen gegenüber dem vorangegangenen Berichtszeitraum

Änderungen bei der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen bezogen sich bisher vor allem auf die jährliche Aktualisierung der oben genannten, realistisch gewählten Rechnungsgrundlagen (Annahmen 2. Ordnung). Nun wurde im Bereich der Stornomodellierung auf neue, aktuellere Stornotafeln umgestellt. Die Rückversicherung wird fortan im Branchensimulationsmodell explizit in den Zahlungsströmen berücksichtigt, wodurch sich jedoch nur ein geringer Einfluss auf das Niveau der versicherungstechnischen Rückstellungen im Berichtsjahr ergab. Wesentliche Änderungen der bei der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen zugrunde gelegten relevanten Annahmen gegenüber dem vorangegangenen Berichtszeitraum hat es nicht gegeben.

D.3 Sonstige Verbindlichkeiten

In diesem Abschnitt werden die sonstigen Verbindlichkeiten der Öffentlichen Lebensversicherung für jede wesentliche Klasse der Solvabilitätsübersicht dargestellt. Es erfolgt darüber hinaus eine Erläuterung, auf welche Grundlagen, Methoden und

Hauptannahmen sich die Bewertung für den Jahresabschluss nach HGB und die Solvabilitätsübersicht gemäß Solvency II stützt. Diese Methoden führen im Jahresabschluss zu teilweise deutlichen Differenzen.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die sonstigen Verbindlichkeiten mit ihren Wertansätzen nach HGB und Solvency II zum 31.12.2023.

Posten in der Solvabilitätsübersicht	Solvency II	HGB-Buchwert	Differenz
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	3.958 TEUR	4.136 TEUR	-178 TEUR
Rentenzahlungsverpflichtungen	26.402 TEUR	36.916 TEUR	-10.514 TEUR
Depotverbindlichkeiten	3.514 TEUR	3.514 TEUR	0 TEUR
Latente Steuerschulden	37.650 TEUR	0 TEUR	37.650 TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	2.917 TEUR	27.665 TEUR	-24.748 TEUR
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	255 TEUR	255 TEUR	0 TEUR
In den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	56.434 TEUR	25.000 TEUR	31.434 TEUR
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	1.069 TEUR	1.250 TEUR	-182 TEUR
Sonstige Verbindlichkeiten insgesamt	132.200 TEUR	98.737 TEUR	33.463 TEUR

Zum Stichtag verfügt die Öffentliche Lebensversicherung nicht über die folgenden Verbindlichkeiten:

- Eventualverbindlichkeiten,
- Derivate,
- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten,
- Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten,
- Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern.

Die Bewertungsmethoden und -unterschiede für die bestehenden Verbindlichkeiten der Solvabilitätsübersicht ergeben sich wie folgt:

Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen

Posten in der Solvabilitätsübersicht	Solvency II	HGB-Buchwert	Differenz
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	3.958 TEUR	4.136 TEUR	-178 TEUR

HGB:

Unter diesem Posten werden Steuerrückstellungen und sonstige Rückstellungen (z. B. Jubiläumzahlungen und Altersteilzeitabkommen) erfasst. Die Rückstellungen sind der Höhe nach mit den nach kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbeträgen angesetzt. Diese betragen insgesamt 4.136 TEUR.

Solvency II:

Entsprechend zu den Pensionsrückstellungen sind auch andere Rückstellungen, die auf langfristige Verpflichtungen ausgelegt sind, mit IFRS-Ansätzen neu zu bewerten. Hierunter fallen Jubiläumrückstellungen, Rückstellungen für Altersteilzeit sowie Rückstellungen für Beihilfeleistungen im Krankheitsfall. Diese betragen nach Solvency II 3.958 TEUR.

Differenz:

Die Differenz zwischen dem Solvency II-Wert und dem HGB-Buchwert in Höhe von -178 TEUR resultiert insbesondere aus den unterschiedlichen Zinssätzen bei der Diskontierung.

Rentenzahlungsverpflichtungen

Posten in der Solvabilitätsübersicht	Solvency II	HGB-Buchwert	Differenz
Rentenzahlungsverpflichtungen	26.402 TEUR	36.916 TEUR	-10.514 TEUR

HGB:

Unter diesem Posten werden die Pensionsverpflichtungen gegenüber Mitarbeitenden und bereits in den Ruhestand eingetretenen Mitarbeitenden erfasst. Diese werden nach § 253 Abs. 1 S. 2 HGB in Höhe ihres Erfüllungsbetrages angesetzt. Dieser beträgt 36.916 TEUR.

Solvency II:

Pensionsverpflichtungen sind unter Solvency II mit IFRS-Ansätzen neu zu bewerten. Als maßgebliche Grundlage wird der Zins neu ermittelt. Es wird durationsgewichtet der BilMoG-Wert mit der Zinsdifferenz Rechnungszins BilMoG vs. Marktzins IAS19 umbewertet. Damit ergibt sich eine marktwertnahe Rentenzahlungsverpflichtung in Höhe von 26.402 TEUR.

Differenz:

Die Differenz zwischen dem Solvency II-Wert und dem HGB-Buchwert in Höhe von -10.514 TEUR resultiert aus den unterschiedlichen Zinssätzen bei der Diskontierung.

Depotverbindlichkeiten

Posten in der Solvabilitätsübersicht	Solvency II	HGB-Buchwert	Differenz
Depotverbindlichkeiten	3.514 TEUR	3.514 TEUR	0 TEUR

HGB:

Unter diesem Posten werden die vom Rückversicherer zur Verfügung gestellten Anteile der Deckungsrückstellungen für die Berufsunfähigkeitsversicherungen erfasst. Handelsrechtlich werden die Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von unter einem Jahr mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt. Dieser beträgt 3.514 TEUR.

Solvency II:

Die Depotverbindlichkeiten für rückversicherte Anteile der Deckungsrückstellungen für Berufsunfähigkeitsversicherungen werden unter Solvency II ebenfalls mit dem Erfüllungsbetrag in Höhe von 3.514 TEUR erfasst, da diese nach HGB bereits diskontiert gebildet worden sind. Die einforderebaren Beträge aus Rückversicherung werden auf Basis der Differenz zwischen Brutto- und Netto-Best Estimates der versicherungstechnischen Rückstellungen (zzgl. der saldierten Abrechnungsforderungen und -verbindlichkeiten) ermittelt und enthalten implizit die gestellte Depotverbindlichkeit.

Differenz:

Es ergeben sich keine Bewertungsunterschiede.

Latente Steuerschulden

Posten in der Solvabilitätsübersicht	Solvency II	HGB-Buchwert	Differenz
Latente Steuerschulden	37.650 TEUR	0 TEUR	37.650 TEUR

HGB:

Im Jahresabschluss nach HGB sind keine latenten Steuerschulden vorhanden.

Solvency II:

Latente Steuerschulden ergeben sich aus den temporären Bewertungsunterschieden zwischen der Solvabilitätsübersicht und der Steuerbilanz. Unter Solvency II sind latente Steueransprüche und Steuerschulden nach den International Accounting Standards (IAS 12) zu bewerten. Es wurden Steuersätze verwendet, die zum Bilanzstichtag gültig oder angekündigt waren. An dieser Stelle sind saldiert die latenten Steueransprüche und latente Steuerschulden ausgewiesen.

Differenz:

Die Differenz zwischen dem Solvency II-Wert und dem HGB-Buchwert in Höhe von 37.650 TEUR stellt den Ansatz der latenten Steuerschulden unter Solvency II dar.

Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern

Posten in der Solvabilitätsübersicht	Solvency II	HGB-Buchwert	Differenz
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	2.917 TEUR	27.665 TEUR	-24.748 TEUR

HGB:

Unter diesem Posten werden im Wesentlichen die Verbindlichkeiten gegenüber den Versicherungsnehmern (vorausgezahlte Beiträge, Beitragsdepots sowie Überschussanteile an der Gewinnbeteiligung nach dem Ansammlungssystem) und Provisionsverbindlichkeiten, die im laufenden Jahr ausgezahlt werden, erfasst. Handelsrechtlich werden die Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit unter einem Jahr mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt. Dieser beträgt 27.665 TEUR.

Solvency II:

Das Guthaben im Ansammlungssystem, welches unter Solvency II bei den zukünftigen Zahlungsströmen für die versicherungstechnischen Rückstellungen zu berücksichtigen ist, wird an dieser Stelle mit Null angesetzt. Das Ansammlungsguthaben ist direkt in den versicherungstechnischen Rückstellungen enthalten. Damit betragen die Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern nach Solvency II 2.917 TEUR.

Differenz:

Die Differenz zwischen dem Solvency II-Wert und dem HGB-Buchwert in Höhe von -24.748 TEUR ergibt sich dadurch, dass unter Solvency II an dieser Stelle das Ansammlungsguthaben nicht erfasst wird, da dieses bereits in den versicherungstechnischen Rückstellungen enthalten ist.

Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)

Posten in der Solvabilitätsübersicht	Solvency II	HGB-Buchwert	Differenz
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	255 TEUR	255 TEUR	0 TEUR

HGB:

Unter diesem Posten werden Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Körperschaften, Verbindlichkeiten gegenüber Lieferanten und Mitarbeitenden handelsrechtlich mit dem Erfüllungsbetrag erfasst. Dieser beträgt 255 TEUR.

Solvency II:

Verbindlichkeiten sind unter Solvency II mit dem erwarteten Barwert zukünftiger Zahlungsströme zu bewerten. Aufgrund ihrer kurzfristigen Laufzeit werden die Verbindlichkeiten ebenfalls mit ihrem Erfüllungswert in Höhe von 255 TEUR angesetzt.

Differenz:

Es ergeben sich keine Bewertungsunterschiede.

In den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten

Posten in der Solvabilitätsübersicht	Solvency II	HGB-Buchwert	Differenz
In den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	56.434 TEUR	25.000 TEUR	31.434 TEUR

HGB:

Handelsrechtlich erfolgt die Bewertung der nachrangigen Verbindlichkeiten nach § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB zum Erfüllungsbetrag in Höhe von 25.000 TEUR angesetzt.

Solvency II:

Unter diesem Posten sind nur solche nachrangigen Verbindlichkeiten ausgewiesen, die den Eigenmitteln zugeordnet werden. Hierbei handelt es sich um nachrangige Verbindlichkeiten aus einem von der Öffentlichen Sachversicherung an die Öffentliche Lebensversicherung begebenen Nachrangdarlehen. Dieses wird in der Solvabilitätsübersicht mithilfe des

Branchensimulationsmodells anhand zukünftig erwarteter Gewinne und unter Berücksichtigung der individuellen Optionen mit einem Zeitwert bewertet und beträgt 56.434 TEUR.

Differenz:

Die Differenz zwischen dem Solvency II-Wert und dem HGB-Buchwert in Höhe von 31.434 TEUR ergibt sich aus der unterschiedlichen Bewertungsmethode.

Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten

Posten in der Solvabilitätsübersicht	Solvency II	HGB-Buchwert	Differenz
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	1.069 TEUR	1.250 TEUR	-182 TEUR

HGB:

Unter diesem Posten werden sonstige Verbindlichkeiten sowie passive Rechnungsabgrenzungsposten handelsrechtlich mit dem Erfüllungsbetrag erfasst. Dieser beträgt 1.250 TEUR.

Solvency II:

Im Gegensatz zur HGB-Bewertung werden unter Solvency II keine Disagien angesetzt, da diese bereits in den Marktwerten der Anleihen enthalten sind. Für die anderen Verbindlichkeiten gilt: Aufgrund ihrer kurzfristigen Laufzeit werden die Verbindlichkeiten ebenfalls mit ihrem Erfüllungsbetrag in Höhe von 1.069 TEUR angesetzt.

Differenz:

Die Differenz zwischen dem Solvency II-Wert und dem HGB-Buchwert in Höhe von -182 TEUR entsteht durch die Vermeidung der Doppelerfassung von Disagien unter Solvency II.

D.4 Alternative Bewertungsmethoden

Bei den „Staats- und Unternehmensanleihen“ erfolgt für die nicht börsennotierten festverzinslichen Wertpapiere im Direktbestand der Öffentlichen Lebensversicherung monatsweise eine Marktwertermittlung mittels einer standardisierten alternativen Bewertungsmethode. Die Anwendung einer alternativen Bewertungsmethode ist erforderlich, da auf Ebene der individuellen Wertpapiere keine verlässlichen und regelmäßigen Marktpreise vorliegen.

Zunächst werden die Risikoprämien für Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen anhand eines breiten Vergleichsuniversums von börsennotierten Anleihen mit sehr gut vergleichbaren Charakteristiken (wie z. B. Rating, Anleiheart und Land) automatisiert ermittelt. Dabei werden je nach Anleiheart und Land sogenannte Illiquiditäts- und Laufzeitenzuschläge berücksichtigt, die manuell festgelegt und einer regelmäßigen Überprüfung unterzogen werden. Anschließend erfolgt eine Bewertung mit der Zinskurve gemäß der aktuellen Marktlage.

D.5 Sonstige Angaben

Andere wesentliche Informationen zur Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten für Solvabilitätszwecke bei der Öffentlichen Lebensversicherung sind nicht vorhanden.

E. Kapitalmanagement

E.1 Eigenmittel

E.1.1 Ziele und Verfahren des Kapitalmanagements

Das Kapitalmanagement der Öffentlichen Lebensversicherung umfasst das Management der Eigenmittel des Unternehmens und orientiert sich an der Risikostrategie, die sich aus der Geschäftsstrategie ableitet. In der Risikostrategie werden die Risiken, die einen Einfluss auf die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage des Unternehmens haben, erfasst und die Rahmenbedingungen zur Steuerung von Risiken festgelegt. Zur regelmäßigen Überprüfung der Bedeckungssituation werden bei der Öffentlichen Lebensversicherung die Höhe und Zusammensetzung der Eigenmittel quartalsweise ermittelt und dem Risikokapitalbedarf gegenübergestellt. Zusätzlich weist ein ausgereiftes Ampelsystem frühzeitig auf eine drohende Unterdeckung hin, um Maßnahmen zur Risikosteuerung einzuleiten.

Darüber hinaus werden im Rahmen des ORSA-Prozesses Stresstests und Szenarioanalysen durchgeführt, um zu überprüfen, ob die mittelfristige Kapitalplanung (Mehrjahresplanung und ORSA) auch bei ungünstigen Entwicklungen den risikostategischen Vorgaben entspricht. Zusätzlich wird im Rahmen des ORSA die zukünftige Entwicklung der Eigenmittel auf sechs Jahre projiziert, analysiert und die Klassifizierung der Eigenmittel überprüft. Anschließend werden die Eigenmittel dem Risikokapitalbedarf gegenübergestellt. Des Weiteren wird im ORSA-Prozess eine qualitative Aussage über die Entwicklung der Eigenmittelbedeckung über diesen Zeitraum hinaus getätigt.

Das Kapitalmanagement der Öffentlichen Lebensversicherung verfolgt das Ziel, stets ausreichend Eigenmittel zur Verfügung zu stellen, um den Risikokapitalbedarf entsprechend den Vorgaben der Risikostrategie zu decken, die Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern dauerhaft zu erfüllen und gleichzeitig die aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen einzuhalten. Änderungen an den grundsätzlichen Methoden und Prozessen des Kapitalmanagements wurden im Berichtsjahr nicht vorgenommen.

E.1.2 Verfügbare und anrechenbare Eigenmittel

Die Gesamteigenmittel umfassen gemäß § 89 VAG Basiseigenmittel und ergänzende Eigenmittel. Basiseigenmittel (bilanzielle Eigenmittel) ergeben sich aus dem Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten und den eigenmittelfähigen nachrangigen Verbindlichkeiten. Ergänzende Eigenmittel (außerbilanzielle Eigenmittel) sind Eigenmittel, die nicht zu den Basiseigenmitteln zählen und zum Ausgleich von Verlusten eingefordert werden können (z. B. Kreditbriefe oder Garantien von Dritten). Diese Eigenmittel sind von der Aufsichtsbehörde zu genehmigen. Die Öffentliche Lebensversicherung setzt nur Basiseigenmittel an, ergänzende Eigenmittel waren im Berichtszeitraum nicht vorhanden.

Gemäß §§ 91 und 92 VAG werden die Eigenmittel je nach Erfüllungsgrad der regulatorisch vorgegebenen Merkmale in drei unterschiedliche Qualitätsklassen (Tiers) eingestuft, wobei Tier 1-Eigenmittel die höchste Qualität bilden. Für die Einstufung in die entsprechenden Tiers gelten insbesondere die folgenden Eigenschaften: ständige Verfügbarkeit, Nachrangigkeit und ausreichende Laufzeit.

Zusätzlich ist noch zu berücksichtigen, dass der Eigenmittelposten vertraglich weder Rückzahlungsanreize, obligatorisch feste Kosten sowie weitere Belastungen enthalten darf. Entsprechend ihrer Eingruppierung sind die Eigenmittel wie folgt für die Solvenzkapitalanforderung (SCR) und Mindestkapitalanforderung (MCR) anrechenbar:

Qualitätsklasse	Anrechenbarkeit SCR*	Anrechenbarkeit MCR
Tier 1-Eigenmittel	Nicht gebunden: unbeschränkt Gebunden: bis zu 20 % der gesamten Tier 1 Eigenmittel, der Überschuss kann als Tier 2 Eigenmittel entsprechend der Anrechnungsgrenzen angesetzt werden	Anrechenbarkeit analog SCR
Tier 2-Eigenmittel	maximal 50 % des SCR	maximal 20 % des MCR
Tier 3-Eigenmittel	maximal 15 % des SCR	nicht anrechenbar

*Die Summe aus Tier 2- und Tier 3-Eigenmitteln darf maximal 50 % des SCR betragen.

Alle Eigenmittelposten der Öffentlichen Lebensversicherung besitzen gemäß Art. 69 DVO die höchste Qualitätsstufe (Tier 1) und es wird regelmäßig überprüft, ob diese Eigenmittelbestandteile die in Art. 71 DVO geforderten Merkmale aufweisen. Da jedoch der gebundene Teil der Tier 1 Eigenmittel die 20 % der gesamten Eigenmittel leicht überschreitet, werden 5.499 TEUR für die Anrechenbarkeit des SCR sowie 5.462 TEUR für die Anrechenbarkeit des MCR als Tier 2 Eigenmittel ausgewiesen.

Bei der Öffentlichen Lebensversicherung besteht eine nachrangige Verbindlichkeit (gebundenes Tier 1 Eigenmittel) in Form der Stillen Beteiligung der Öffentlichen Sachversicherung an der Öffentlichen Lebensversicherung. Die Einlage beträgt nominal 25.000 TEUR durch Übertragung festverzinslicher Wertpapiere an die Öffentliche Lebensversicherung. Die stille Gesellschafterin erhält das 1,25-fache der prozentualen Trägerzinsausschüttung, mindestens jedoch 70 % des handelsrechtlichen Jahresabschlusses nach Steuern. Die Öffentliche Sachversicherung nimmt am Verlust nur bis zur Höhe ihrer Einlage teil. Verluste, die die Einlage übersteigen, sind auf einem gesonderten Verlustkonto auszuweisen. Eine Verbindlichkeit der Öffentlichen Sachversicherung wird dadurch nicht begründet. Gewinnausschüttungen kann die Öffentliche Sachversicherung erst nach Ausgleich des Verlustkontos und Auffüllung der Einlage verlangen. Bei Beendigung der stillen Gesellschaft im Laufe eines Geschäftsjahres wird die Gewinn- und Verlustbeteiligung anteilig bemessen.

Im Berichtszeitraum gab es keine wesentlichen Veränderungen in der Eigenmittelstruktur. Nachfolgend sind die Eigenmittel der Öffentlichen Lebensversicherung per 31.12.2022 und per 31.12.2023 dargestellt.

Eigenmittel nach Solvency II	Klassifizierung	Per 31.12.2023	Per 31.12.2022	Differenz
Trägerkapital	Tier 1	2.000 TEUR	2.000 TEUR	0 TEUR
Sicherheits- / Gewinnrücklage	Tier 1	23.681 TEUR	23.081 TEUR	600 TEUR
Überschussfonds	Tier 1	74.583 TEUR	67.655 TEUR	6.928 TEUR
Ausgleichsrücklage	Tier 1	103.478 TEUR	109.635 TEUR	-6.157 TEUR
Marktwert Stille Beteiligung	Tier 1	56.434 TEUR	53.127 TEUR	3.308 TEUR
Gesamt:	Tier 1	260.176 TEUR	255.498 TEUR	4.678 TEUR

Trägerkapital

Das Trägerkapital ist gemäß § 4 Abs. 5 NöVersG sowie gemäß § 4 der Satzung der Öffentlichen Lebensversicherung in voller Höhe eingezahlt und beträgt 2.000 TEUR.

Sicherheits- / Gewinnrücklage

Die Sicherheits- / Gewinnrücklage erhöht sich um 600 TEUR auf 23.681 TEUR aufgrund des positiven Jahresüberschusses.

Überschussfonds

Der Überschussfonds gemäß Art. 91 Abs. 2 Solvency II-Rahmenrichtlinie wurde auf Basis des Branchensimulationsmodells inkl. der zum 31.12.2023 zur Verfügung stehenden nicht gebundenen Rückstellungen für Beitragsrückerstattung (RfB) und des Schlussüberschussanteilsfonds (SÜAF) ermittelt. Dadurch wird gewährleistet, dass im Überschussfonds nur zukünftige Auszahlungen aus der zum 31.12.2023 feststehenden nicht gebundenen RfB bzw. des SÜAF zum Einsatz kommen. Damit werden die Anforderungen an die Tier 1 Qualität erfüllt. Der um 6.928 TEUR auf 74.583 TEUR gestiegene Überschussfonds ergibt sich aus Zuführungen zu beiden Positionen verbunden mit einem Diskontierungseffekt infolge des leichten Zinsrückgangs.

Ausgleichsrücklage

Für die gesunkene Ausgleichsrücklage um 6.157 TEUR auf 103.478 TEUR zeigen sich verschiedene Effekte verantwortlich: Die Ausgleichsrücklage berechnet sich aus dem Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten, von dem noch das HGB-Eigenkapital und der Überschussfonds abgezogen werden. Dabei haben sich die Marktwerte der Kapitalanlagen stärker erhöht als die der Verbindlichkeiten, sodass ein leichter Anstieg des Überschusses der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten verzeichnet werden kann. Aufgrund des zuvor beschriebenen stärkeren Anstiegs des Überschussfonds verbleibt insgesamt ein Rückgang der Ausgleichsrücklage. Seitens des Unternehmens wird über den ALM-Ansatz des Duration Matchings versucht, die Duration der Zinstitel möglichst an die der versicherungstechnischen Rückstellungen anzugleichen und somit die zinsbedingte Volatilität der Ausgleichsrücklage gering zu halten.

Marktwert Stille Beteiligung

Der Anstieg des Marktwerts der Stillen Beteiligung um 3.308 TEUR auf 56.434 TEUR resultiert aus einer geänderten Ertragsbewertung im Bewertungsmodell. Ursächlich zeigen sich unter anderem eine positive Entwicklung der Bewertungsreserven der Vermögenswerte.

Aktive Latente Steueransprüche

Aktive latente Steueransprüche wurden im Berichtszeitraum nicht bilanziert.

Insgesamt ist die Eigenmittelausstattung der Öffentlichen Lebensversicherung im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Aufgrund der bestehenden Eigenmittelstärke und der aktuellen Bedeckungssituation der Öffentlichen Lebensversicherung ist davon auszugehen, dass keine neuen Eigenmittelbestandteile generiert werden müssen. Weitere Basiseigenmittelbestandteile werden bei der Öffentlichen Lebensversicherung nicht angesetzt.

Bedeckung der Solvenzkapitalanforderung

Der anrechnungsfähige Betrag der Eigenmittel zur Bedeckung der Solvenzkapitalanforderung setzt sich zum 31.12.2023 fast ausschließlich aus Tier 1-Eigenmitteln in Höhe von 254.677 TEUR zusammen. Ein kleinerer Teil der gebundenen Tier 1 Eigenmittel wird als Überlauf in den Tier 2 Eigenmitteln in Höhe von 5.499 TEUR ausgewiesen und ist ebenfalls vollumfänglich anrechenbar. Weitere Eigenmittel der Qualität Tier 2 und 3 sind zur Bedeckung der Solvenzkapitalanforderung nicht vorhanden. In Summe betragen die anrechenbaren Eigenmittel 260.176 TEUR.

Bedeckung der Mindestkapitalanforderung

Der anrechnungsfähige Betrag der Basiseigenmittel zur Bedeckung der Mindestkapitalanforderung setzt sich zum 31.12.2023 analog zu der Bedeckung der Solvenzkapitalanforderung zusammen. Lediglich der Teil vom gebundenen Tier 1 Eigenmittel als Überlauf in Tier 2 kann zu einem kleinen Betrag nicht vollumfänglich angerechnet werden, sondern nur mit 5.462 TEUR. Damit belaufen sich die für das MCR anrechnungsfähigen Eigenmittel auf 260.139 TEUR.

E.1.3 Unterschiede der Eigenmittel zwischen HGB und Solvency II

Das Eigenkapital laut handelsrechtlichem Jahresabschluss in Höhe von 25.681 TEUR setzt sich aus den beiden Positionen Trägerkapital (2.000 TEUR) und Grundkapital (23.681 TEUR) zusammen. Der zum 31.12.2023 für Solvabilitätszwecke berechnete Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten beträgt 203.810 TEUR. Die Unterschiede zwischen dem HGB-Eigenkapital und dem Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten ergeben sich aus den unter Solvency II anzusetzenden Positionen Ausgleichsrücklage (103.546 TEUR) vor Abzug von vorhersehbaren Dividenden, Ausschüttungen und Entgelte bzw. Trägerkapitalverzinsung (68 TEUR), insgesamt 103.478 TEUR, Überschussfonds (74.583 TEUR) und ggf. aktive latente Steuern (0 TEUR). Zusätzlich wird auf den Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten die Stille Beteiligung der Öffentlichen Sachversicherung (56.434 TEUR) an der Öffentlichen Lebensversicherung hinzugerechnet.

E.1.4 Übergangsmaßnahmen und ergänzende Eigenmittel

Die Stille Beteiligung der Öffentlichen Sachversicherung an der Öffentlichen Lebensversicherung kann aufgrund der Übergangsmaßnahmen für Eigenmittel-Bestandteile (Art. 308b Abs. 9 Solvency II-Richtlinie und Leitlinie Nr. 27 der Leitlinien zur Einstufung der Eigenmittel „Grandfathering“) über zehn Jahre (bis 2025) als Eigenmittelposten Tier 1 eingruppiert werden. Zum 31.12.2023 beträgt der Marktwert der Stillen Beteiligung 56.434 TEUR.

Darüber hinaus hält die Öffentliche Lebensversicherung keine ergänzenden Eigenmittel, so dass hier keine weiteren Informationen angegeben werden können.

E.1.5 Abzugsposten

Von der sich aus der Solvabilitätsübersicht ergebenden Ausgleichsrücklage wird nach Ermittlung der Differenz der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten eine nach Aufstellung der Bilanz absehbare Gewinnverwendung abgezogen. Konkret werden 68 TEUR des Überschusses an die Anteilseigner (sogenannte Trägerkapitalverzinsung) ausgeschüttet. Darüber hinaus kommen bei der Öffentlichen Lebensversicherung keine Beschränkungen zum Tragen, die sich auf die Verfügbarkeit oder Übertragbarkeit von Eigenmitteln auswirken. Auch etwaige Obergrenzen der verschiedenen Qualitätsklassen über die Prüfung der Anrechnungsgrenzen der Standardformel hinaus, die zu Kürzungen der Eigenmittel führen, werden nicht angewendet.

E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung

E.2.1 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung im Überblick

Solvenzkapitalanforderung

Die Solvenzkapitalanforderung wird bei der Öffentlichen Lebensversicherung mithilfe der Solvency II-Standardformel ermittelt. Der Solvenzkapitalbedarf wird als Value at Risk der Basiseigenmittel zu einem Konfidenzniveau von 99,5 % über einen Zeitraum von einem Jahr berechnet. Dies bedeutet, dass ein Versicherer, der über anrechnungsfähige Eigenmittel in Höhe der Solvenzkapitalanforderung verfügt, mit einer Wahrscheinlichkeit von wenigstens 99,5 % in der Lage ist, innerhalb des nächsten Jahres eintretende unerwartete Verluste auszugleichen.

	Stand 31.12.2023
Solvenzkapitalanforderung	60.686 TEUR
Bedeckungsquote	429 %

Der Betrag der Solvenzkapitalanforderung der Öffentlichen Lebensversicherung schlüsselt sich in die folgenden Risikomodule der Solvency II-Standardformel auf:

Risikomodule der Solvency II-Standardformel	
Marktrisiko	263.397 TEUR
Versicherungstechnisches Risiko Leben	126.491 TEUR
Ausfallrisiko	1.123 TEUR
Summe der Einzelrisiken	391.011 TEUR
Diversifikation	-71.235 TEUR
BSCR	319.776 TEUR
Operationelles Risiko	7.133 TEUR
Verlustausgleichsfähigkeit latenter Steuern	-28.004 TEUR
Verlustausgleichsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellungen	-238.219 TEUR
Solvenzkapitalanforderung	60.686 TEUR

Die Verlustausgleichsfähigkeit latenter Steuern resultiert aus einer Umkehrung latenter Steuerverbindlichkeiten bis zur entsprechenden Höchstgrenze (Summe aus dem BSCR und dem operationellen Risiko multipliziert mit dem Unternehmenssteuersatz). Da passive latente Steuern als werthaltig gelten und der bilanzierte Wert über dem Teil, der zum Verlustausgleich

herangezogen wird, liegt, ist keine Werthaltigkeitsprüfung erforderlich. Der Passivüberhang der latenten Steuern resultiert insbesondere aus den Bewertungsreserven der versicherungstechnischen Rückstellungen.

Für die Verlustausgleichsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellungen wird die hohe Beteiligung der Versicherungsnehmer an den zukünftigen Überschüssen betrachtet. Dabei kann sich diese bei Eintritt eines adversen Szenarios verringern, wenn z. B. aufgrund eines Marktwertrückgangs der Vermögenswerte die erwarteten Gewinne geringer ausfallen als zunächst angenommen. Die Differenz dieser beiden Werte für die zukünftigen Überschüsse wird als Verlustausgleichsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellungen bezeichnet.

Eine weitere Adjustierung findet nicht statt. Die Öffentliche Lebensversicherung wendet im Kontext der Ermittlung des SCR keine vereinfachten Berechnungen oder unternehmensspezifische Parameter an.

Mindestkapitalanforderung

Die Mindestkapitalanforderung entspricht nach § 122 VAG dem Betrag anrechnungsfähiger Basiseigenmittel, unterhalb dessen die Versicherungsnehmer und Anspruchsberechtigten bei einer Fortführung der Geschäftstätigkeit des Versicherers einem unannehmbaren Risikoniveau ausgesetzt sind. Deshalb hat es für einen Versicherer den Verlust der Geschäftsbetriebserlaubnis zur Folge, wenn seine Eigenmittel unter den Betrag der Mindestkapitalanforderung absinken und die Einhaltung des MCRs nicht kurzfristig wiederhergestellt werden kann.

	Stand 31.12.2023
Mindestkapitalanforderung	27.309 TEUR
Bedeckungsquote	953 %

Als Input für die Berechnung des MCR werden verschiedene Standardparameter von EIOPA verwendet, die unabhängig vom Unternehmen sind. Darüber hinaus müssen detaillierte Informationen zu den Best Estimate-Rückstellungen und der entsprechenden Risikomarge, den Prämien, dem riskierten Kapital sowie dem SCR für die Ermittlung herangezogen werden. Anschließend lassen sich die verschiedenen Kennzahlen bestimmen, aus denen der finale Wert für die Mindestkapitalanforderung ermittelt wird. Die Öffentliche Lebensversicherung wendet im Kontext der Ermittlung des MCR keine vereinfachten Berechnungen oder unternehmensspezifische Parameter an.

E.2.2 Änderungen der Solvenzkapitalanforderung und der Mindestkapitalanforderung

Für das SCR und das MCR haben sich im Berichtszeitraum wesentliche Rückgänge ergeben. Ursächlich für diese Entwicklung zeigen sich vor allem Umschichtungen im Bereich der Kapitalanlagen in tendenziell risikoärmere Papiere. Dies führte zu einem Rückgang der Marktrisiken.

Darüber hinaus wurden im Jahresverlauf keine weiteren wesentlichen Veränderungen beobachtet.

E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

Deutschland hat keinen Gebrauch von der Option gemacht, die Verwendung eines durationsbasierten Submoduls Aktienrisiko zuzulassen. Daher sind hier keine Informationen erforderlich.

E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen

Die Berechnung der Solvenzkapitalanforderung wird bei der Öffentlichen Lebensversicherung auf Basis der Solvency II-Standardformel und nicht durch ein internes Modell vorgenommen.

E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung

Bei der Öffentlichen Lebensversicherung liegt weder eine Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung noch eine Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung zum Stichtag 31.12.2023 vor. Auch gab es während der Berichtsperiode oder zu einem anderen Zeitpunkt keine Nichteinhaltung der Anforderungen.

E.6 Sonstige Angaben

Andere wesentliche Informationen zum Kapitalmanagement der Öffentlichen Lebensversicherung sind nicht vorhanden.

Glossar

ALM (Asset Liability Management)	Das ALM beinhaltet im Kern die zielgerichtete Koordination der Steuerung der Aktiva und Passiva, d. h. der Abstimmung der Anlageportfolios (Assets) mit den durch die Versicherungsprodukte induzierten versicherungstechnischen Verpflichtungen (Liabilities).
BCM (Business Continuity Management)	Das BCM beschreibt entwickelte Strategien, Prozesse und Notfallpläne mit denen, bei Ausfall der Geschäftstätigkeit, der Geschäftsbetrieb in kürzester Zeit und mit möglichst geringem Schadenaufwand wiederhergestellt werden kann.
BE (Best Estimate)	Der Best Estimate beschreibt den Zeitwert der erwarteten künftigen Zahlungsströme (Cashflows) aus einem Versicherungsvertrag. Auf der Grundlage mathematisch-statistischer Werte ist das Versicherungsunternehmen verpflichtet künftige Schadenszahlungen im Voraus zu berechnen und abzuzinsen. Daraus ergeben die sich nach Solvency II erforderlichen Rückstellungen.
BilMoG	Das Gesetz zur Modernisierung des Bilanzrechts (Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz – BilMoG) ist am 29.5.2009 in Kraft getreten und erstmals auf das nach dem am 31.12.2009 beginnende Geschäftsjahr anzuwenden. Ziel der Bundesregierung ist es, mit dem BilMoG die Wirtschaft durch Herbeiführung von Deregulierungseffekten finanziell in erheblichem Umfang zu entlasten und das Bilanzrecht des Handelsgesetzbuches für den Wettbewerb mit internationalen Rechnungslegungsstandards (insbes. IFRS) zu stärken.
CMS (Compliance-Management-System)	Unter dem Compliance-Management-System (CMS) werden alle Maßnahmen, Strukturen und Prozesse in einem Unternehmen verstanden, die dem Regelkonformen Verhalten dienen. Dies können rechtliche aber auch ethische Regeln sein.
Deckungsrückstellungen	Deckungsrückstellungen sind der nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelte Kapitalwert der bestehenden Verpflichtungen zur Zahlung von Versicherungsleistungen und Rückgewährbeiträgen. In der Lebensversicherung ist dies die aus der Versicherungssumme abgeleitete bilanzielle zeitanteilige Leistungsverpflichtung der Unternehmen gegenüber den Kunden. Der bei der Berechnung dieser Verpflichtung zugrunde liegende Zins wird als Rechnungszins bezeichnet. Strenge Vorschriften für die Berechnung der Deckungsrückstellungen, der für ihre Einhaltung sogenannte Verantwortliche Aktuar sowie die Anlage des zum Deckungsstock gehörenden Vermögens stellen für den Versicherungsnehmer eine wichtige Garantie für die Erfüllbarkeit seiner vertraglichen Ansprüche dar.
Eigenmittel	Unter Eigenmittel eines Versicherers versteht man die Zusammensetzung hauptsächlich aus den vorhandenen Eigenkapital und den freien Rückstellungen für Beitragsrückerstattung. Sie bilden jenen Teil an frei verfügbaren Mitteln, der zum Ausgleich von Ertragsschwankungen oder zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Unternehmenslage herangezogen werden kann. Eigenmittel stellen eine Sicherheit für die dauernde Erfüllbarkeit der eingegangenen Vertragsverpflichtungen gegenüber den Versicherten dar. Es gibt zwei Arten von Eigenmitteln:

	<p>Basiseigenmittel sind bilanzielle Eigenmittel, die sich aus dem Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten und den eigenmittelfähigen nachrangigen Verbindlichkeiten zusammensetzen. Ergänzende Eigenmittel sind außerbilanzielle Eigenmittel, die zum Ausgleich von Verlusten eingefordert werden können und von der Aufsichtsbehörde genehmigt werden müssen.</p>
Einmalbeitrag	<p>Einmalbeiträge, sind Beiträge, die bei Vertragsabschluss (z. B. Lebensversicherung) in einer Summe bezahlt werden.</p>
EIOPA (European Insurance and Occupational Pensions Authority)	<p>Europäische Aufsichtsbehörde, die insbesondere technische Standards zu Solvency II veröffentlicht, aber auch direkte Aufsichtsbefugnisse besitzt.</p>
Governance-System	<p>Das Governance-System bildet den Orientierungsrahmen für eine vertrauensvolle und nachhaltige Unternehmensführung- und Kontrolle. Des Weiteren hat das Governance-System zum Ziel, die Einhaltung der Gesetze, Verordnungen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen sicherzustellen und damit eine solide und umsichtige Leitung des Unternehmens (§ 23 VAG) zu unterstützen.</p>
Hinweisgebersystem	<p>Das Hinweisgebersystem soll ermöglichen, vertrauliche Informationen oder tatsächliche Pflicht- und Regelverstöße durch Mitarbeitende oder externe Personen an entsprechende Anlaufstellen weiterzugeben. Dadurch trägt das Hinweisgebersystem intern zur Aufklärung und extern zur Vermeidung von Haftungsfällen und Reputationsschäden bei.</p>
Limitsystem	<p>Im Rahmen der Risikostrategie, welche auf Basis der Geschäftsstrategie entwickelt wurde, werden Grundsätze und Zielsetzungen des Risikomanagements festgelegt. Im Rahmen des Limitsystems erfolgt die laufende Überwachung der Einhaltung der risikostrategischen Zielsetzungen.</p>
Line of Business (LoB)	<p>Im Regelwerk von Solvency II werden die verschiedenen Geschäftsbereiche des Versicherungsgeschäfts zu sogenannten Line of Business abweichend von der HGB-Spartensicht zusammengefasst.</p>
MaGo (Mindestanforderungen an die Geschäftsorganisation)	<p>Die BaFin hat in einem Rundschreiben die Mindestanforderungen an die Geschäftsorganisation (MaGo) zusammengefasst. Ziel der MaGo ist es, übergreifende Aspekte zur Geschäftsorganisation zusammenzuführen.</p>
MCR (Minimum Capital Requirement)	<p>Das MCR bezeichnet das Mindestsolvenzkapital, welches durch das Versicherungsunternehmen unter Solvency II als regulatorische Untergrenze mindestens vorgehalten werden muss.</p>
Nettoverzinsung (Nettorendite)	<p>Diese Kennzahl gibt an, welche Verzinsung ein Unternehmen aus den Kapitalanlagen erzielt. Die Nettoverzinsung berücksichtigt sämtliche Erträge und Aufwendungen aus bzw. für Kapitalanlagen. Einbezogen sind damit auch die Gewinne und Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen sowie die Zu- / Abschreibungen auf Wertpapiere, Investmentanteile sowie Grundbesitz.</p>
NGFS	<p>Das Network for Greening the Financial System (NGFS) ist ein weltweites Netzwerk von Zentralbanken und Finanzaufsichtsbehörden, dass sich für ein nachhaltiges Finanzsystem einsetzt, um die Ziele der Klimakonferenz von Paris zur Begrenzung der globalen Erwärmung zu erreichen.</p>

<p>ORSA (Own Risk and Solvency Assessment)</p>	<p>Der ORSA beinhaltet eine unternehmenseigene Einschätzung der Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung sowie eine zukunftsgerichtete Risikobeurteilung. Im ORSA findet jährlich eine Angemessenheitsbeurteilung der Solvency II-Standardformel statt.</p>
<p>Proportionalität</p>	<p>Proportionalität beschreibt das Grundprinzip von Solvency II, mit dem sich Erleichterungen für das Versicherungsunternehmen von den aufsichtsrechtlichen Anforderungen begründen lassen, wenn das unternehmenseigene Risikoprofil dieses zulässt.</p>
<p>Quantitative Reporting Templates</p>	<p>Für die quartalsweise und jährliche Berichterstattung stellt EIOPA Excel-Mappen mit Tabellenvorlagen zur Verfügung, um die geforderten Daten an die Aufsichtsbehörde zu übermitteln.</p>
<p>Rechnungszins</p>	<p>Für die Bilanz der Versicherungsunternehmen werden jährlich die anteiligen Leistungsverpflichtungen ermittelt. Bei dieser Berechnung wird ein kalkulatorischer Zins, der Rechnungszins angesetzt, der bei Vertragsabschluss entsprechend der Deckungsrückstellungsverordnung festgelegt wird und über die gesamte Vertragslaufzeit garantiert wird.</p>
<p>Risikomanagementsystem</p>	<p>Das Risikomanagementsystem stellt angemessene Strategien, Prozesse und interne Meldeverfahren dar, die dazu dienen, mögliche Risiken zu identifizieren, zu bewerten, zu steuern und zu überwachen.</p>
<p>Risikomarge</p>	<p>Die Risikomarge dient dazu, Kapitalbindungskosten wiederzugeben, die bei der Bestandsübertragung auf ein anderes Versicherungsunternehmen entstehen können. Das andere Versicherungsunternehmen benötigt dann zusätzliches Risikokapital (Sicherheitspuffer) für die Restlaufzeit des übertragenen Bestandes.</p>
<p>Rückversicherung</p>	<p>Die Rückversicherung ist die Versicherung des Erstversicherers. Teile des vom Kunden übernommenen Risikos werden auf einen Rückversicherer gegen Zahlung eines Rückversicherungsbeitrags übertragen; vereinfacht „Versicherung der Versicherer“.</p> <p>Grundsätzlich wird zwischen „aktiver“ und „passiver“ Rückversicherung unterschieden. Die aktive Rückversicherung beschreibt das Geschäft eines Rückversicherers, anderen Erst- oder Rückversicherern Rückversicherungsschutz anzubieten. Bei der passiven Rückversicherung fragt der Erst- oder Rückversicherer explizit nach Rückversicherungsschutz.</p>
<p>SAA (Strategische Asset Allocation)</p>	<p>Die Strategische Asset Allocation ist die langfristige Anlagenaufteilung (Diversifikation) der Kapitalanlagen auf verschiedene Anlageklassen (z. B. Anleihen, Aktien, Immobilien) sowie auf verschiedene Regionen und Währungen. Durch die entstehende Diversifikation können Rendite und Risiko gesteuert werden.</p>
<p>Schlüsselfunktionen</p>	<p>Kontrollfunktionen im Kontext von Solvency II, die im Unternehmen einzurichten sind. Hierunter fallen die Risikomanagementfunktion, die Compliance-Funktion, die Versicherungsmathematische Funktion und die Funktion der Internen Revision.</p>
<p>SCR (Solvency Capital Requirement)</p>	<p>Das SCR bezeichnet das Zielsolvvenzkapital, welches durch das Versicherungsunternehmen im Rahmen von Solvency II vorgehalten werden muss. Das SCR wird mittels der Solvency II-Standardformel ermittelt.</p>

SFCR (Solvency and Financial Condition Report)	Der Solvency and Financial Condition Report gemäß Art. 290 DVO ist unter Solvency II durch alle Versicherungsunternehmen jährlich zu erstellen. Ziel des Berichtes ist es die Öffentlichkeit über wesentliche Informationen zur Solvenz- und Finanzlage des Unternehmens zu informieren und somit die Transparenz sicherzustellen.
Solvabilität	Aufsichtsrechtlich geforderte Fähigkeit von Versicherungsunternehmen, ihre Existenz und die dauernde Erfüllbarkeit der eingegangenen Verpflichtungen jederzeit durch ausreichende Solvabilitätsmittel sicherzustellen.
Solvency II-Standardformel	Das SCR eines Versicherungsunternehmens wird mithilfe der Solvency II-Standardformel unter dem Grundsatz der Unternehmensfortführung so ermittelt, dass alle quantifizierbaren Risiken, denen ein Versicherungsunternehmen ausgesetzt ist, berücksichtigt werden. Sie wird als Value at Risk zu einem Konfidenzniveau von 99,5 % berechnet, welches ein alle 200 Jahre eintretendes Ereignis darstellt. Das SCR soll mindestens das Nichtlebensversicherungsrisiko, das Lebensversicherungsrisiko, das Krankenversicherungsrisiko, das Marktrisiko, das Ausfallrisiko sowie das operationelle Risiko berücksichtigen. Die jeweils ermittelten Kapitalbedarfe für die einzelnen Risikokategorien werden durch die Solvency II-Standardformel, unter Berücksichtigung der Risikokorrelationen, zum gesamten SCR aggregiert.
Tiers	Tiers sind Qualitätsklassen, in die die Eigenmittel eines Versicherungsunternehmens entsprechend ihrer Werthaltigkeit eingestuft werden. Es gibt drei Eigenmittelklassen (Tier 1, Tier 2 und Tier 3) wobei Tier 1-Eigenmittel noch einmal in gebundene und nicht gebundene Tier 1-Eigenmittel unterteilt werden. Zur Einstufung der Eigenmittel in die Qualitätsklassen gelten Eigenschaften wie ständige Verfügbarkeit, Nachrangigkeit und ausreichende Laufzeit. Abhängig von ihrer Einstufung sind die Tiers für das SCR und MCR anrechenbar.
Überschussbeteiligung	Überschüsse bei Lebensversicherungsunternehmen entstehen durch eine rentable Anlage der Beiträge, eine rationelle Verwaltung und dadurch, dass weniger Leistungsfälle eintreten als bei der vorsichtigen Beitragskalkulation angenommen wird.
Value-at-Risk	Value-at-Risk ist ein Risikomaß und gibt an, welchen Wert der Verlust einer bestimmten Risikoposition mit einer vorgegebenen Wahrscheinlichkeit innerhalb eines vorgegebenen Zeitraums nicht überschreitet.
Zinszusatzreserve	Zusätzlicher Teil der Deckungsrückstellungen der Lebensversicherungen zum Ausgleich des Niedrigzinsszenarios (nach § 5 der Deckungsrückstellungsverordnung ab Geschäftsjahr 2011 in Abhängigkeit von einem jährlich neu festgelegten Referenzzins zu bilden).

Anhang

S.02.01.02 Bilanz

	Solvabilität-II-Wert	
		C0010
Vermögenswerte		
Immaterielle Vermögenswerte	R0030	0
Latente Steueransprüche	R0040	0
Überschuss bei den Altersversorgungsleistungen	R0050	
Sachanlagen für den Eigenbedarf	R0060	40
Anlagen (außer Vermögenswerten für indexgebundene und fondsgebundene Verträge)	R0070	1.863.022
Immobilien (außer zur Eigennutzung)	R0080	20.830
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	R0090	
Aktien	R0100	2.475
Aktien – notiert	R0110	
Aktien – nicht notiert	R0120	2.475
Anleihen	R0130	931.567
Staatsanleihen	R0140	595.824
Unternehmensanleihen	R0150	335.743
Strukturierte Schuldtitel	R0160	
Besicherte Wertpapiere	R0170	
Organismen für gemeinsame Anlagen	R0180	879.150
Derivate	R0190	
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten	R0200	29.000
Sonstige Anlagen	R0210	
Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge	R0220	91.879
Darlehen und Hypotheken	R0230	3.443
Policendarlehen	R0240	2.126
Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen	R0250	1.317
Sonstige Darlehen und Hypotheken	R0260	
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen von:	R0270	2.942
Nichtlebensversicherungen und nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen	R0280	
Nichtlebensversicherungen außer Krankenversicherungen	R0290	
nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen	R0300	
Lebensversicherungen und nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen	R0310	1.582
nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen	R0320	
Lebensversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen	R0330	1.582
Lebensversicherungen, fonds- und indexgebunden	R0340	1.360
Depotforderungen	R0350	1.899
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	R0360	527
Forderungen gegenüber Rückversicherern	R0370	719
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	R0380	4.726
Eigene Anteile (direkt gehalten)	R0390	
In Bezug auf Eigenmittelbestandteile fällige Beträge oder ursprünglich eingeforderte, aber noch nicht eingezahlte Mittel	R0400	
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	R0410	855
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	R0420	7
Vermögenswerte insgesamt	R0500	1.970.058

	Solvabilität-II-Wert	
		C0010
Verbindlichkeiten		
Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung	R0510	
Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)	R0520	
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0530	
Bester Schätzwert	R0540	
Risikomarge	R0550	
Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Nichtlebensversicherung)	R0560	
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0570	
Bester Schätzwert	R0580	
Risikomarge	R0590	
Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer fonds- und indexgebundenen Versicherungen)	R0600	1.540.809
Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Lebensversicherung)	R0610	
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0620	
Bester Schätzwert	R0630	
Risikomarge	R0640	
Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen)	R0650	1.540.809
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0660	
Bester Schätzwert	R0670	1.540.809
Risikomarge	R0680	0
Versicherungstechnische Rückstellungen – fonds- und indexgebundene Versicherungen	R0690	93.239
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0700	
Bester Schätzwert	R0710	93.239
Risikomarge	R0720	0
Eventualverbindlichkeiten	R0740	0
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	R0750	3.958
Rentenzahlungsverpflichtungen	R0760	26.402
Depotverbindlichkeiten	R0770	3.514
Latente Steuerschulden	R0780	37.650
Derivate	R0790	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	R0800	
Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	R0810	
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	R0820	2.917
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	R0830	0
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	R0840	255
Nachrangige Verbindlichkeiten	R0850	56.434
Nicht in den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	R0860	
In den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	R0870	56.434
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	R0880	1.069
Verbindlichkeiten insgesamt	R0900	1.766.248
Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten	R1000	203.810

S.05.01.02 Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Geschäftsbereichen

		Geschäftsbereich für: Lebensversicherungsverpflichtungen					Lebensrückversicherungsverpflichtungen		Gesamt	
		Krankenversicherung	Versicherung mit Überschussbeteiligung	Index- und fondsgebundene Versicherung	Sonstige Lebensversicherung	Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit Krankenversicherungsverpflichtungen	Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit anderen Versicherungsverpflichtungen	Krankenrückversicherung		Lebensrückversicherung
		C0210	C0220	C0230	C0240	C0250	C0260	C0270		C0280
Gebuchte Prämien										
Brutto	R1410		104.848	16.566					121.413	
Anteil der Rückversicherer	R1420		4.534	0					4.534	
Netto	R1500		100.314	16.566					116.879	
Verdiente Prämien										
Brutto	R1510		105.112	16.566					121.678	
Anteil der Rückversicherer	R1520		4.534	0					4.534	
Netto	R1600		100.578	16.566					117.144	
Aufwendungen für Versicherungsfälle										
Brutto	R1610		167.328	4.920					172.248	
Anteil der Rückversicherer	R1620		3.060	0					3.060	
Netto	R1700		164.268	4.920					169.188	
Angefallene Aufwendungen	R1900		18.953	3.455					22.408	
Bilanz - Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen/Erträge	R2510									
Gesamtaufwendungen	R2600								22.408	
Gesamtbetrag Rückkäufe	R2700		47.284	4.310					51.594	

S.12.01.02 Versicherungstechnische Rückstellungen in der Lebensversicherung und in der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherung

	Versicherung mit Überschussbeteiligung	Index- und fondsgebundene		Sonstige Lebensversicherung		Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit anderen	In Rückdeckung übernommenes Geschäft	Gesamt (Lebensversicherung außer Krankenversicherung)	Krankenversicherung		Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammen	Krankenrückversicherung (in Rückdeckung übernommenes Geschäft)	Gesamt (Krankenversicherung nach Art der Lebensversicherung)			
		Verträge ohne Optionen und Garantien	Verträge mit Optionen oder Garantien	Verträge ohne Optionen und Garantien	Verträge mit Optionen oder Garantien				Verträge ohne Optionen und Garantien	Verträge mit Optionen oder Garantien						
	C0020	C0030	C0040	C0050	C0060	C0070	C0080	C0090	C0100	C0150	C0160	C0170	C0180	C0190	C0200	C0210
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0010															
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0020									0						
Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risikomarge																
Bester Schätzwert																
Bester Schätzwert (brutto)	R0030	1.617.113		0	93.239					1.710.352						
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen	R0080	1.582		0	1.360					2.942						
Bester Schätzwert abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt	R0090	1.615.531		0	91.879					1.707.410						
Risikomarge	R0100	33.816	0							33.816						
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt	R0200	1.540.809	93.239							1.634.048						

S.22.01.21 Auswirkungen von langfristigen Garantien und Übergangsmaßnahmen

		Betrag mit langfristigen Garantien und Übergangsmaßnahmen	Auswirkung der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen	Auswirkung der Übergangsmaßnahme bei Zinssätzen	Auswirkung einer Verringerung der Volatilitätsanpassung auf null	Auswirkung einer Verringerung der Matching-Anpassung auf null
		C0010	C0030	C0050	C0070	C0090
Versicherungstechnische Rückstellungen	R0010	1.634.048	110.120	0	5.615	0
Basiseigenmittel	R0020	260.176	-75.350	0	-3.872	0
Für die Erfüllung der SCR anrechnungsfähige Eigenmittel	R0050	260.176	-75.350	0	-3.872	0
SCR	R0090	60.686	25.468	0	5.641	0
Für die Erfüllung der MCR anrechnungsfähige Eigenmittel	R0100	260.139	-93.596	0	559	0
Mindestkapitalanforderung	R0110	27.309	2.954	0	2.264	0

S.23.01.01 Eigenmittel

	Gesamt	Tier 1 – nicht gebunden	Tier 1 – gebunden	Tier 2	Tier 3
	C0010	C0020	C0030	C0040	C0050
Basiseigenmittel vor Abzug von Beteiligungen an anderen Finanzbranchen im Sinne von Artikel 68 der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35					
Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)	R0010	2.000	2.000		
Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio	R0030	23.681	23.681		
Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsverei	R0040				
Nachrangige Mitgliederkonten von Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit	R0050				
Überschussfonds	R0070	74.583	74.583		
Vorzugsaktien	R0090				
Auf Vorzugsaktien entfallendes Emissionsagio	R0110				
Ausgleichsrücklage	R0130	103.478	103.478		
Nachrangige Verbindlichkeiten	R0140	56.434	56.434		
Betrag in Höhe des Werts der latenten Netto-Steueransprüche	R0160	0			0
Sonstige, oben nicht aufgeführte Eigenmittelbestandteile, die von der Aufsichtsbehörde als Basiseigenmittel genehmigt wurden	R0180				
Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen					
Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen	R0220				
Abzüge					
Abzug für Beteiligungen an Finanz- und Kreditinstituten	R0230	0	0	0	0
Gesamtbetrag der Basiseigenmittel nach Abzügen	R0290	260.176	203.742	56.434	0
Ergänzende Eigenmittel					
Nicht eingezahltes und nicht eingefordertes Grundkapital, das auf Verlangen eingefordert werden kann	R0300				
Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei					
Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen, die nicht eingezahlt und nicht eingefordert wurden, aber auf Verlangen eingefordert werden können	R0310				
Nicht eingezahlte und nicht eingeforderte Vorzugsaktien, die auf Verlangen eingefordert werden können	R0320				
Eine rechtsverbindliche Verpflichtung, auf Verlangen nachrangige Verbindlichkeiten zu zeichnen und zu begleichen	R0330				
Kreditbriefe und Garantien gemäß Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG	R0340				
Andere Kreditbriefe und Garantien als solche nach Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG	R0350				
Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG	R0360				
Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung – andere als solche gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz	R0370				
Sonstige ergänzende Eigenmittel	R0390				
Ergänzende Eigenmittel gesamt	R0400				
Zur Verfügung stehende und anrechnungsfähige Eigenmittel					
Gesamtbetrag der zur Erfüllung der SCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel	R0500	260.176	203.742	56.434	0
Gesamtbetrag der zur Erfüllung der MCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel	R0510	260.176	203.742	56.434	0
Gesamtbetrag der zur Erfüllung der SCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	R0540	260.176	203.742	50.935	5.499
Gesamtbetrag der zur Erfüllung der MCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	R0550	260.139	203.742	50.935	5.462
SCR	R0580	60.686			
MCR	R0600	27.309			
Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur SCR	R0620	4,2872			
Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur MCR	R0640	9,5258			
Ausgleichsrücklage					
Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten	R0700	203.810			
Eigene Anteile (direkt und indirekt gehalten)	R0710				
Vorhersehbare Dividenden, Ausschüttungen und Entgelte	R0720	68			
Sonstige Basiseigenmittelbestandteile	R0730	100.264			
Anpassung für gebundene Eigenmittelbestandteile in Matching-Adjustment-Portfolios und Sonderverbänden	R0740				
Ausgleichsrücklage	R0760	103.478			
Erwartete Gewinne					
Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Lebensversicherung	R0770	3.826			
Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Nichtlebensversicherung	R0780				
Gesamtbetrag des bei künftigen Prämien einkalkulierten erwarteten Gewinns (EPIFP)	R0790	3.826			

S.25.01.21 Solvenzkapitalanforderung – für Unternehmen, die die Standardformel verwenden

		Brutto- Solvenzkapitalanforderung	USP	Vereinfachungen
		C0110	C0090	C0120
Marktrisiko	R0010	263.397	 	
Gegenparteiausfallrisiko	R0020	1.123	 	
Lebensversicherungstechnisches Risiko	R0030	126.491	 	
Krankenversicherungstechnisches Risiko	R0040		 	
Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko	R0050		 	
Diversifikation	R0060	-71.235	 	
Risiko immaterieller Vermögenswerte	R0070		 	
Basissolvvenzkapitalanforderung	R0100	319.776	 	
Berechnung der Solvenzkapitalanforderung		C0100		
Operationelles Risiko	R0130	7.133		
Verlustausgleichsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellungen	R0140	-238.219		
Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern	R0150	-28.004		
Kapitalanforderung für Geschäfte nach Artikel 4 der Richtlinie 2003/41/EG	R0160			
Solvvenzkapitalanforderung ohne Kapitalaufschlag	R0200	60.686		
Kapitalaufschlag bereits festgesetzt	R0210			
davon bereits festgelegte Kapitalaufschläge - § 37 Abs. 1 Typ a	R0211			
davon bereits festgelegte Kapitalaufschläge - § 37 Abs. 1 Typ b	R0212			
davon bereits festgelegte Kapitalaufschläge - § 37 Abs. 1 Typ c	R0213			
davon bereits festgelegte Kapitalaufschläge - § 37 Abs. 1 Typ d	R0214			
Solvvenzkapitalanforderung	R0220	60.686		
Weitere Angaben zur SCR				
Kapitalanforderung für das durationsbasierte Untermodul Aktienrisiko	R0400			
Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für den übrigen Teil	R0410			
Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Sonderverbände	R0420			
Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Matching-Adjustment-Portfolios	R0430			
Diversifikationseffekte aufgrund der Aggregation der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für Sonderverbände nach Artikel 304	R0440			
Annäherung an den Steuersatz				
		Ja/Nein		
		C0109		
Ansatz auf Basis des durchschnittlichen Steuersatzes	R0590		Approach not based on average tax rate	
Berechnung der Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern				
		VAF LS		
		C0130		
VAF LS	R0640	-28.004		
VAF LS gerechtfertigt durch die Umkehrung der passiven latenten Steuern	R0650	-28.004		
VAF LS gerechtfertigt durch Bezugnahme auf den wahrscheinlichen zukünftigen zu versteuernden wirtschaftlichen Gewinn	R0660			
VAF LS gerechtfertigt durch Rücktrag, laufendes Jahr	R0670			
VAF LS gerechtfertigt durch Rücktrag, zukünftige Jahre	R0680			
Maximum VAF LS	R0690	-28.004		

S.28.01.01 Mindestkapitalanforderung – nur Lebensversicherungs- oder nur Nichtlebensversicherungs- oder Rückversicherungstätigkeit

MCR _{NL} -Ergebnis		C0010		
	R0010	0		
			Bester Schätzwert (nach Abzug der Rückversicherung/Zweckgesellschaft) und versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	Gebuchte Prämien (nach Abzug der Rückversicherung) in den letzten zwölf Monaten
			C0020	C0030
Krankheitskostenversicherung und proportionale Rückversicherung	R0020			
Einkommensersatzversicherung und proportionale Rückversicherung	R0030			
Arbeitsunfallversicherung und proportionale Rückversicherung	R0040			
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0050			
Sonstige Kraftfahrtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0060			
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung und proportionale Rückversicherung	R0070			
Feuer- und andere Sachversicherungen und proportionale Rückversicherung	R0080			
Allgemeine Haftpflichtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0090			
Kredit- und Kautionsversicherung und proportionale Rückversicherung	R0100			
Rechtsschutzversicherung und proportionale Rückversicherung	R0110			
Beistand und proportionale Rückversicherung	R0120			
Versicherung gegen verschiedene finanzielle Verluste und proportionale Rückversicherung	R0130			
Nichtproportionale Krankenrückversicherung	R0140			
Nichtproportionale Unfallrückversicherung	R0150			
Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung	R0160			
Nichtproportionale Sachrückversicherung	R0170			
Bestandteil der linearen Formel für Lebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen				
MCR _L -Ergebnis		C0040		
	R0200	28.911		
			Bester Schätzwert (nach Abzug der Rückversicherung/Zweckgesellschaft) und versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	Gesamtes Risikokapital (nach Abzug der Rückversicherung/Zweckgesellschaft)
			C0050	C0060
Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung – garantierte Leistungen	R0210	1.198.233		
Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung – künftige Überschussbeteiligungen	R0220	340.993		
Verpflichtungen aus index- und fondsgebundenen Versicherungen	R0230	91.879		
Sonstige Verpflichtungen aus Lebens(rück)- und Kranken(rück)versicherungen	R0240			
Gesamtes Risikokapital für alle Lebens(rück)versicherungsverpflichtungen	R0250			2.378.834
Berechnung der Gesamt-MCR				
Lineare MCR		C0070		
	R0300	28.911		
SCR	R0310	60.686		
MCR-Obergrenze	R0320	27.309		
MCR-Untergrenze	R0330	15.172		
Kombinierte MCR	R0340	27.309		
Absolute Untergrenze der MCR	R0350	4.000		
Mindestkapitalanforderung		C0070		
	R0400	27.309		

Öffentliche Lebensversicherung Braunschweig

Theodor-Heuss-Str. 10
38122 Braunschweig

Telefon: 0531 / 202 - 0
Telefax: 0531 / 202 - 15 00
E-Mail: service@oeffentliche.de
Internetauftritt: www.oeffentliche.de

Vorstand:

Marc Knackstedt (Vorsitzender des Vorstandes)
Nina Hajetschek
Dr. Alexander Tourneau

Vorsitzender des Aufsichtsrates:

Christoph Schulz (Vorstandsmitglied der Nord/LB)

